Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KLASSENKAMPF

Dezember 75/ 3. Jhg. Nr.12 Zeitung des Kommunistischen Bundes Wien (KB Wien) P.b.b. Preis: S.3.-

HANDELSANGESTELLTE: 17% GEFORDERT – 8,5% ABGESCHLOSSEN

ÖGB-Führung verzichtet auf Kampf!

Für die etwa 225.000 Handelsangestellten gab es ein schlimmes Erwachen. Das, was sie zum Leben im nächsten Jahr erhalten werden, wenn es nach dem Wunsch und Abmachung der Unternehmer und der ÖGB-Führung geht, wird schmal bemessen sein. Am 26. November wurde der Abschluss zwischen den "Sozialpartnern" perfekt gemacht. 8,5 % auf den KV-Lohn und gleichbleibende Schillingüberzahlung auf das Ist-Gehalt ist das Ergebnis der einige Wochen dauernden Verhandlungen.

Dieses Ergebnis ist insofern wichtig, als es der erste grosse Abschluss im Zuge der jetzt fälligen KV-Abschlüsse ist. Und da ist es jetzt auch der erste Abschluss, der genau die Taktik der völligen Unterordnung der Gewerkschaftsführung unter die Interessen der Kapitalisten auf der ganzen Linie zeigt. Schon wie die Unternehmer über die Paritätische Kommission von Anfang der Verhandlungen an ihre Interessen durchzusetzen versuchten, war ein Zeichen für ihre Absichten. Die erste Forderung der Gewerkschaft in der Höhe von 17 % wurde von der Paritätischen zurückgewiesen und an den Unterausschuss zur Neubehandlung zurückgeleitet. Dort wurden dann die Verhandlungen ohne die Grundlage einer Gewerkschaftsforderung "neu" begonnen. Die Linie und das Vorgehen der Unternehmer drückte kürzlich der neue Präsident der Wiener Handelskammer, Dittrich, aus: "Gerade in dieser kritischen Situation und konfrontiert mit den unverantwortlich hohen Lohnforderungen fordere ich alle Funktionäre unserer Organisation auf, bei Verhandlungen hart zu sein." Weiters meinte er, dass "man es auf einen Streik ankommen lassen muss."
Nun, dazu ist es nicht gekommen. Das hat schon die Gewerkschaftsführung erledigt. Noch für den Abend vor dem Abschluss hatte sie die Betriebsräte der Wiener Handelsangestellten in die Niederösterreichische Handelskammer eingeladen. Dort sollten weitere Schritte beschlossen werden. Einige höhere Gewerkschaftsfunktionäre hatten auch in Gesprächen die Frage eines Streiks der Handelsangestellten als Kampfmittel zur Durchsetzung der Forderung erwähnt. Doch blieb dies dann nur ein Ablenkungsmanöver. Der Saal, in dem die Beratung stattfinden hätte sollen, blieb geschlossen und die Betriebsräte wurden von einem Gewerkschaftsfunktionär nach Hause geschickt. Am nächsten Tag wurde dann der Abschluss perfekt gemacht.

-R-

Zu den Kollektivvertrags-Verhandlungen der Metallarbeiter siehe Seite 10

Aus dem Inhalt

Arbeitslosigkeit in Österreich

Artikel siehe Seite 3

Der israelische Terror wird den Zionistenstaat Israel noch gründlicher isolieren

Nachdem in der UNO die Teilnahme der palästinensischen Befreiungsfront PLO an allen Nahost-Debatten beschlossen wurde, nachdem die Völkermordpolitik Israels als rassistisch bezeichnet wurde, versucht Israel durch brutale Überfälle die politischen Erfolge der PLO wettzumachen. 3o israelische Kampfflugzeuge zerstörten das libanesische Dorf Nabathie. 77 Menschen wurden getötet. Sollte Israel glauben, auf diese Weise seine Isolation zu durchbrechen, so ist das ein Irrtum. Durch diesen Angriff haben sich die Zionisten die weitere tiefe Verachtung der Völker der Welt zugezogen.

Siehe Seite 25: "DER ZIONISMUS IST EINE FORM DES RASSISMUS"



Vor einigen Monaten bereits wurde das libanesische Dorf Nabathie von Israel angegriffen. 15 Menschen kamen dabei ums Leben.

PORTUGAL

Regierungskurs: Konterrevolution

In den letzten Novembertagen hat die 6. Regierung erneut unter Beweis gestellt, daß sie nicht die Interessen der portugiesischen Werktätigen, sondern die der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer vertritt. Über Lissabon wurde der Ausnahmezustand verhängt, Zensur für alle Massenmedien eingeführt, ein Demonstrationsverbot erlassen, Maßnahmen zur Zensur von Post und Telefon angekündigt, sowie das Recht, Personen ohne richterliche Ermächtigung festzunehmen.
Mehrere Zeitungen wurden inzwischen eingestellt, die bekannt dafür sind, gegen Anschläge der Reaktion einzutreten zu sein.

Begründet wurden all diese Angriffe auf die demokratischen Freiheiten damit, daß ein Linksputsch verhindert werden müsse. Unmittelbar vorausgegangen war die Besetzung mehrerer Luftwaffenstützpunkte durch Fallschirmjäger, die mit diesen Aktionen gegen die zunehmenden Aktivitäten von Reaktionären in der Armee und reaktionären Maßnahmen gegen fortschrittliche Soldaten und die demokratische Soldatenbewegung protestiert hatten.
Die Aktionen wurden sofort als "linksextremistischer Staatsstreich" bezeichnet und von den Reaktionären zu einer Offensive benutzt. Eine der ersten Maßnahmen war die Auflösung der Sicherheitstruppe COPCON, deren Einheiten sich in der letzten Zeit beharrlich geweigert hatten, volksfeindliche Befehle auszuführen und ihre Waffen gegen Arbeiter einzusetzen.

Diese Maßnahmen der Regierung sind weitere Schritte in Richtung der Zerschlagung der demokratischen Volksbewegung, womit der offenen, blutigen Konterrevolution der Weg bereitet wird.

D.W.

Artikel siehe Seite 21

Energiesicherung immer noch ein offenes Problem

Wenn Österreich das Energiesicherungsgesetz, das sich aus seinem Beitritt zur Internationalen Energieagentur der OECD (IEA) ergibt, nicht ratifiziert, würde dies zunächst zur Folge haben, daß Österreich bei einem Notstand so behandelt würde, als ob es Notstandsreserven angelegt hätte. Es könnte daher in „eine bedrängte Lage" kommen. Darüber hinaus würde es zu einer politischen Diskussion im Kreise der Mitgliedsländer der IEA kommen. Dies erklärte der Exekutivdirektor der IEA, Dr. Lantzke, in einer Pressekonferenz in Wien. (Wiener Zeitung 28.11)

Die IEA, unter Führung der NATO-Staaten, macht also folgendes klar: Die österreichische Bourgeoisie hat Verträge abgeschlossen und muß sich daran halten. (Gegenseitige Unterstützung in Kriegs- und Krisenfällen in der Versorgung ist der wesentliche Inhalt der Verträge).

Legt sie also nicht schleunigst Notstandslager an, dann kann es ihr passieren, daß sie gezwungen wird, die vorhandenen Bestände herzugeben. Österreich käme also "in eine bedrängte Lage", "politische Diskussionen" unter den IEA-Mitgliedern würden geführt werden. Mit einem Wort: Die österreichische Bourgeoisie soll sich gefälligst daran erinnern, daß sie im Lager der westlichen imperialistischen Staaten steht und sich dementsrpechend zu verhalten hat.

UN-Golanmandat verlängert

Erst Stunden nach Auslaufen des Mandats der UNO-Truppen auf den Golanhöhen kam der UN-Sicherheitsrat zu einem Beschluß. Das Mandat wird für weitere sechs Monate verlängert und im Jänner soll eine umfassende Beratung über das Nah-Ost-Problem abgehalten werden, in der auch Vertreter der palästinensischen Befreiungsorganisation eingeladen werden. Syrien konnte diese von ihm gestellte Bedingung für die Verlängerung der Truppenstationierung durchsetzen, weil sie vollauf den letzten Beschlüssen der UN-Generalversammlung entspricht.

Osttimor unabhängig

Die "Revolutionäre Front für ein unabhängiges Ost-Timor" rief am 28.11. den unabhängigen Staat Osttimor aus. Sie kontrolliert trotz ständiger Intervention Indonesiens den größten Teil des Gebietes. Die portugiesische Flagge wurde eingerollt und die Flagge der "Demokratischen Volksrepublik Ost-Timor" gehißt.

Indonesien hält seine Ansprüche auf Ost-Timor aufrecht und schickte 500 Soldaten mit Panzerunterstützung nach Ost-Timor.

Energiesicherungsgesetz:

Raus aus der Energieagentur! Keine Finanzierung der "Notstandslager" über den Mineralölpreis!

Handelsminister Staribacher hat kürzlich den Entwurf für das "Energiesicherungsgesetz" im Parlament eingebracht. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes werden die Grundlagen geschaffen sein, Bestimmungen der Internationalen Energie Agentur (IEA) über "gegenseitige Hilfe im Notfall" zu erfüllen. Da die Agentur von den NATO-Staaten angeführt wird, läuft diese "Hilfe" auf die praktische Eingliederung Österreichs in das Militärkonzept der NATO hinaus.

Gegründet wurde die IEA als ein Kampfinstrument der westlichen imperialistischen Staaten gegen die Interessen der Entwicklungsländer in ihrem Kampf um eine gerechte Weltwirtschaftsordnung.

Den Ausbeutungspraktiken der reichen Länder wurden inzwischen seitens der 3.Welt immer mehr Riegel vorgeschoben. So lassen sich die Erdöl exportierenden Länder das Recht auf Festsetzung des Erdölpreises nicht mehr aus der Hand nehmen. Viele Länder der 3.Welt haben sich in Organisationen zusammengeschlossen und haben Maßnahmen gegen die multinationalen Gesellschaften ergriffen, die die Rohstoffe der armen Länder bisher schrankenlos und billigst ausplündern konnten.

Gemeinsam gegen die armen Länder vorzugehen, um die Ausbeutungsquellen zu erhalten und bei schärferer Gegenwehr der Rohstoffländer (wie etwa dem Ölboykott im Winter 73/74) eine gewissen Versorgungsspielraum zu erhalten, war der Zweck der IEA-Gründung. Verbunden mit dem Versuch der USA, ihren Einfluß auf Westeuropa zu stärken. Auch Österreich ist unter den Gründungsmitgliedern der Agentur.

Öl"notstands"lager: Profite für die Konzerne – Preiserhöhung für die Verbraucher

Das Energieprogramm der IEA sieht u.a. die "Sicherstellung eines gemeinsamen Niveaus der Selbstversorgung mit Erdöl in Notständen" vor sowie die "Festlegung und Durchführung von Maßnahmen zur Verteilung des verfügbaren Erdöls in Notständen".

Diesen Forderungen wird das "Energiesicherungsgesetz" entsprechen: die österreichischen Raffineure (betrifft nur die ÖMV) werden 15% der Lager als Notstandsreserve halten müssen; die übrigen Ölimporteure (betrifft die Tochtergesellschaften der internationalen Ölkonzerne in Österreich) sollen 10% ihres Vorjahresimports lagern. Für die Lagerung müssen eigene Behälter gebaut werden, wobei sich nach Angaben der ÖMV die Jahreslagerkosten auf 600 S pro Tonne belaufen werden. Die Bundeskammer schätzt die Gesamtkosten so ein, daß 70 Tage Ölvorrat insgesamt 70 Milliarden Schilling erfordern. Woher aber das Geld? Dem Handelsminister gibt diese Frage keine Probleme auf: "Die Finanzierung muß über den Preis erfolgen, dieses Problem müssen die Firmen lösen", sagte Staribacher (Presse, 14.10.) und wiederholte am 24.11. im ORF: "Das Handelsministerium erteilt nur die Auflage, daß die Firmen die Lager anlegen müssen, alles andere, wo sie die Lager anlegen, wie sie die Lager befüllen usw. ist ausschließlich Firmensache."

Zahlen ist nach Ansicht des Ministers wohl ausschließlich Volkssache. Diskutiert wird da nur mehr, wie. Daß das Volk zahlen muß, steht außer Debatte. Über den Preis, meinen Staribacher und die ÖMV; über eine Steuer, meinen die Bundeskammer und die internationalen Konzerne.

Den Ölgesellschaften wird so eine weitere Karte in die Hand gespielt, um die Mineralölpreise hinauftreiben zu können. Die vom Volk finanzierte Lagerhaltung werden sie benützen können, um Öl in größeren Mengen zurückzuhalten, damit der Preis steigt. Diese Praxis haben sie erfolgreich angewandt während der sogenannten "Ölkrise", wo die Lager bekanntlich voll waren.

Ganz unabhängig davon werden die Benzinpreise voraussichtlich um 50g/l per 1.1.1975 erhöht werden. Zusätzlich wird Finanzminister Androsch spätestens Mitte 1976 die Mineralölsteuer generell erhöhen.

Im Kriegs- und Krisenfall kann die NATO mit der Unterstützung durch die österreichische Bourgeoisie rechnen

70 Milliarden für 70 Tage Ölvorrat bei den Konzernen, finanziert vom österreichischen Volk. Wem aber kommt diese Notstandsreserve zugute? Dem Volk? Nein! In "Notfällen" werden sich die IEA-Länder gegenseitig unter die Arme greifen. Wer sind diese Länder? Welche Notfälle sind gemeint?

Die Energie-Agentur wird angeführt von der USA. Dazu kommen sämtliche NATO-Staaten bis auf Frankreich, sowie Österreich, Schweden, die Schweiz, Norwegen, Holland, Irland, Neuseeland, Japan und Spanien. Wer aber den Ton angibt in dieser Agentur, das sind die Vereinigten Staaten. Dadurch, daß das Stimmrecht mit dem Erdölverbrauch jedes Landes gekoppelt ist, hat die USA beispielsweise mehr als zehnmalsoviel Stimmen wie Österreich. Der USA ist es gelungen, mittels der Energie-Agentur eine Reihe von Staaten, die nicht in der NATO sind, vor den Karren ihrer Weltmachtpolitik zu spannen. Zumindest in der Frage der Energieversorgung.

Angesichts der Krise in der NATO ein wichtiger Punkt für die USA im Kampf um die Weltherrschaft mit der anderen Supermacht, der Sowjetunion. Wer Europa beherrscht, wird die Welt beherrschen, das ist die Logik der beiden Supermächte und deswegen rüsten sie auf einen Krieg um Europa, deswegen versuchen sie beständig, ihren Einfluß auf den einen oder anderen Teil Europas auszudehnen und zu festigen.

Kommt es zu einem Krieg um Europa, dann kann unter anderem die Versorgung mit Treibstoffen entscheidend sein. Bei einem solchen "Notfall" sollen die angelegten Ölvorräte eingesetzt werden. Wie, das steht wohl außer Frage: gemäß den Bedürfnissen der kriegsführenden NATO-Staaten unter der Führung der USA. Mit den eingegangenen Verpflichtungen hat sich Österreich in der Tat in das strategische Konzept der NATO eingegliedert. Eine entsprechende Unterstützung

der NATO im Kriegsfall würde der Teilnahme der österreichischen Bourgeoisie am imperialistischen Krieg der einen Supermacht gegen die andere gleichkommen.
Daran hat aber das österreichische Volk nicht das geringste Interesse, ebensowenig Interesse wie 70 Milliarden schon jetzt für einen solchen "Unterstützungsfall" auf den Tisch zu legen!

Dieser Art von "Energiesicherung" entspricht die sogenannte "wirtschaftliche Landesverteidigung" im Rahmen der "Umfassenden Landesverteidigung".
Im Energiesicherungsgesetz sind weitgehende Lenkungsmaßnahmen vorgesehen:
beliebige Einschränkungen des Benzin-, Öl- oder Stromverbrauchs durch die Bundesregierung werden im "Krisen- oder Kriegsfall" möglich sein. Die Frage ist, wem dienen solche Maßnahmen und wem schaden sie?

...cher ist, daß die Energie...serven nicht etwa der Bevölkerung zugutekommen werden, sondern entsprechend den IEA-Bestimmungen eingesetzt werden. Das österreichische Volk hat aber kein Interesse an autolosen Tagen, an der Beschlagnahme von Privatautos durch das Militär und an kalten Wohnungen, zugunsten der Politik der österreichischen Bourgeoisie, die ihr Verteidigungskonzept auf die NATO-Bedürfnisse abstimmt. Wenn sich heute die Bourgeoisie auf diese Weise mehr Gewicht unter den westlichen imperialistischen Staaten verspricht und damit Vorteile für das österreichische Monopolkapital im internationalen Konkurrenzkampf, dann ist das ihre Sache.
Die Sache des Volks ist es, sich gegen die Abwälzung dieser Politik auf seine Schultern zur Wehr zu setzen und wachsam zu sein gegenüber jedem Versuch, von der Bourgeoisie eingespannt zu werden für diese Politik.
Deswegen:

KEINE FINANZIERUNG DER "NOTSTANDSLAGER" ÜBER DEN BENZINPREIS!

Raus aus der Energieagentur

Ob mittels der IEA-Abkommen die Militärpolitik der NATO unterstützt werden soll, oder ob durch die "Durchführung eines langfristigen Kooperationsprogramms zur Verringerung der Abhängigkeit von Erdölimporten" (IEA-Programm) die österreichische Bourgeoisie gemeinsam mit den übrigen westlichen Imperialisten die OPEC-Länder erpressen will, in keinem Fall hat die Arbeiterklasse ein Interesse daran.
Die Arbeiterklasse und das österreichische Volk stehen dem Ringen der Supermächte USA und Sowjetunion um die Herrschaft über Europa und um die Weltherrschaft feindlich gegenüber. Wie sie überhaupt dem imperialistischen Weltsystem feindlich gegenüberstehen, dessen Anführer die beiden Supermächte sind.

Ebenso feindlich steht die österreichische Arbeiterklasse jedem Versuch der österreichischen Bourgeoisie gegenüber, sich an der Seite der einen oder anderen Supermacht oder des einen oder anderen Militärblocks "unterstützend" zu beteiligen und in nur irgendeiner Weise das österreichische Volk mit hineinzuziehen!
Deswegen muß Österreich raus aus der Energie-Agentur!

Die Österreichische Arbeiterklasse hat auch nicht das geringste Interesse an der Erpressung der Länder der 3.Welt durch die imperialistischen Staaten und an der Mitgliedschaft Österreichs an dementsprechenden imperialistischen Vereinigungen.
Vielmehr unterstützt sie den Kampf die Länder der 3.Welt gegen die Kontrolle durch den Imperialismus, insbesondere durch die beiden Supermächte.
Wie die Arbeiterklasse die Ausbeutung im eigenen Land abschaffen will und zu diesem Zweck die Bourgeoisie stürzen wird, so ist sie auch entschieden dafür, daß die Ausbeutung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen abgeschafft wird. Die IEA will diese Ausbeutung erhalten.
Deswegen muß Österreich raus aus der Energie-Agentur!

H.H.

KLASSENKAMPF
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN

Erscheint 12mal jährlich. Einzelpreis S 3.-, Jahresabonnement inkl. Porto (12 Nummern) S 50.- im Inland, S 60,- im Ausland. Bestellung durch Zuschrift an KB - Wien, 1070 Halbgasse 12, oder telefonisch: (0222) 93 83 37. Einzahlung auf Konto Nr. BAWAG - Zentrale 00 66304 7, Erlagschein folgt mit der ersten übersandten Nummer.
Redaktionsschluß: 1.12. Erscheinungstermin: 3.12.
Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1070

Impressum: Herausgeber, Eigentümer, Verleger: Kommunistischer Bund Wien, Für den Inhalt verantwortlich: Wilfried Graf Alle: 1070 Wien, Halbgasse 12.
Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1070 Wien, Halbgasse 12.

Großbritannien Die Zahl der Arbeitslosen hat hat sich bereits auf 1,25 Millionen erhöht. Damit sind bereits über 5% der Bevölkerung arbeitslos. Unser Bild zeigt Arbeitslose auf einem Londoner Arbeitsamt.



Arbeitslosigkeit in Österreich

"Sicherung der Arbeitsplätze" - dafür aber "Gürtel enger schnallen" - mit dieser Alternative ist es der SPÖ ohne Zweifel gelungen, große Teile der arbeitenden Bevölkerung zu beeindrucken und sie zur Stimmabgabe für sie bei den letzten Wahlen ins Parlament und im Betrieb zu gewinnen.
Doch jetzt, nach den Wahlen, ist auch plötzlich Österreich nicht mehr die "Insel der Seligen" inmitten der ringsum tief in der Krise steckenden kapitalistischen Länder. Zuerst Vizekanzler Häuser und dann ÖGB-Präsident Benya bestätigten nur das, was die Vertreter der Industrie schon seit einiger Zeit lauthals verkündeten: die Zahl der Arbeitslosen wird in der nächsten Zeit auf jeden Fall erheblich steigen.
Auf 80.000 bis 100.000 - oder noch mehr, lauten die Prognosen. Doch damit ist die Frage noch nicht beantwortet, warum es bis jetzt in Österreich im Vergleich zu dem Rückgang der Industrieproduktion um 7,9% und den hohen Arbeitslosenzahlen rings um im Ausland, nicht zu einer stärkeren Arbeitslosigkeit gekommen ist, warum sich die kapitalistische Krise nicht stärker ausgewirkt hat?

Verschleierte Arbeitslosigkeit

Die in den Statistiken verlautbarte Zahl von aktuell 60.000 gemeldeten Arbeitslosen, das wären um 16.000 mehr als vor einem Jahr, ist nur die Spitze des Eisbergs.

Dahinter verbergen sich eine Menge an Verschlechterungen, die sich langsam aber sicher in der verschiedensten Art und Weise für die arbeitende Bevölkerung auswirken.
Vorerst der rasante Abbau der ausländischen Kollegen.
Österreich geht, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung schreibt, viel härter gegen die ausländischen Arbeiter vor, als dies in Deutschland der Fall ist.
Die Zahl der in Österreich beschäftigten Ausländer ist auf 183.000 gefallen. Dies ergibt gegenüber dem Oktober 1973, als der Höchststand an ausländischen Beschäftigten war, einen Rückgang von 67.000 oder etwa 26,8%.

Was sich als nächstes nicht mehr in der Statistik der Arbeitslosenzahl auswirkt, sind die Frauen und die Nebenerwerbsbauern, die an "Herd oder Hof zurückgekehrt" sind. Eine bestimmte Zeit beziehen sie noch die Arbeitslosenunterstützung, jedoch danach erlischt auch der Anspruch und sie existieren nicht mehr für die Statistik. Für sie bedeutet das allerdings eine erhebliche Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen.
Denn wie schaut es für eine Arbeiterfamilie in Köflach oder Ebreichsdorf aus, wo zwar der Mann noch einen Arbeitsplatz als Pendler in der Umgebung ergattert hat, die Frau aber plötzlich nichts mehr verdient.
Wer bezahlt jetzt die Raten für die gekauften Gegenstände, oder die Kreditrückzahlungen für das Ein-

Fortsetzung nächste Seite

Arbeitslos im Waldviertel

Unser Nachbar P.K. arbeitete seit mehreren Jahren bei einer Baufirma, deren Auftragslage in der letzten Zeit bedeutend zurückgegangen ist. Die ganzen Jahre hindurch hat sich P.K. nie Urlaub genommen, da sehr viel zu tun war und er außerdem auf das Geld angewiesen war. Dieses Jahr hatte er nach Jahren seinen ersten Urlaub - allerdings sollte das ein langer Urlaub sein. Als er nämlich zurückkam, gab ihm die Firmenleitung zu verstehen, daß er bereits abgemeldet sei.

Eine Anstellung bei einer anderen Firma kann er sicher nicht finden, da jetzt überall im Raum Gmund und Zwettl, wo es ohnehin nur wenig Industrie gibt, massiv Arbeiter abgebaut werden.

N.N.
(Waldviertel)

Arbeitslosigkeit für Ausländer

Obwohl ich im Augenblick nicht vor der Entlassung stehe, spüre ich die wirtschaftliche Krise in Vorarlberg und fürchte, daß ich nach der Saison meine Arbeitsstelle bei der Baufirma, der ich schon seit 5 Jahren angehöre, verliere. Selbstverständlich werden bei Arbeitslosigkeit zuerst die ausländischen Arbeiter entlassen, das ist mir klar, aber für mich bedeutet dieser Schritt eine kaum vorstellbare Härte, weil ich in Yugoslawien ein Haus gebaut habe, dafür noch investieren und außerdem meine Familie in der Heimat erhalten muß. Ich weiß nicht was ich anfangen soll.

aus: "Vorarlberger Nachrichten"

Weltweite Krise

Die kapitalistische Weltwirtschaft liegt heute arg danieder. Erlebten manche Länder, wie z.B. das "Wirtschaftswunderland" BRD, in den Jahren 1866/67 die erste richtige Krise nach dem Zweiten Weltkrieg, so schaut dies diesmal anders aus. Die Krise, in die die entwickelten kapitalistischen Länder jetzt hineingeraten sind, ist weltweit: Alle wichtigen Industrieländer sind davon betroffen. War bei vorherigen Rezessionen immer wieder die Möglichkeit gegeben, sich durch verstärkte Exporte in Länder, wo gerade weniger Schwierigkeiten waren, einen Ausweg zu suchen, so geht dies jetzt nicht mehr.

Index der Industrieproduktion

	Jahr des Höhepunktes	Index in dem betreffenden Jahr	durchschnittl. Index: Jänner-Juli 75	Abnahme in %
Österreich	1974	126	117,5	- 7
BRD	1973	114	1o5,7	- 7
Frankreich	1974	123	117,8	- 4
Grossbritannien	1973	11o	1o5,8	- 4
Italien	1974	119	11o,6	- 7
Japan	1973	127	1o6,5	-14
USA	1973	118	1o4,3	-12

Arbeitslosigkeit

In den entwickelten Industrieländern lag die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen vor kurzem bei etwa 17 Millionen.

USA: September 1974 5,8 %
September 1975 8,3 %

BRD: Über eine Million im September 1975, das sind etwa 4,5 %. Für den Winter ist ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf über 1,5 Millionen angekündigt.

ITALIEN: 3,3 % Arbeitslose; aber 4oo.ooo Jugendliche, die zum ersten Mal Arbeit suchen, finden keine. Eine Zeitung schreibt, dass jetzt Italien statt Einzelentlassungen Massenentlassungen erleben wird. Die Zahl der Arbeitslosen werde jedenfalls noch kräftig ansteigen.

GROSSBRIT.: 5 % arbeitslos.

FRANKREICH: Hier beträgt die Zahl der Arbeitslosen über eine Million

FORTSETZUNG VON SEITE 3

Arbeitslosigkeit in Österreich

familienhaus? Gerade diese Anschaffungen konnten aber nur auf Grundlage des Zweitverdienstes gemacht werden. Hier heißt es dann unmittelbar Einschränkungen zu treffen. Oder aber der Nebenerwerbsbauer, der sich seine für die Landwirtschaft unbedingt notwendigen Maschinen und Geräte nur kaufen konnte, indem er nicht in die Landwirtschaft sondern in die Industrie arbeiten ging.
Oder aber der Ertrag seines Bodens so gering ist, daß er davon seine Familie nicht ernähren kann.
Wie brisant die Lage der Nebenerwerbsbauern ist, zeigt sich auch daran, daß jetzt plötzlich der ÖVP-Bauernbund sein Herz für die Nebenerwerbsbauern entdeckt hat und eine eigene Zeitschrift für sie herausgibt.

All diese Faktoren verschleiern die heute noch für die Kapitalisten und die Regierung so rosige Statistik.

Arbeitszeitverkürzung

Eine gewisse Bedeutung hat auch die im letzten Jahr durchgeführte Arbeitszeitverkürzung und die in vieler Teilen der Industrie (z.B.bei Elin) erfolgte drastische Herabsetzung der Überstunden.
Wie die Industriellenvereinigung bejammerte, gab es plötzlich durch die Arbeitszeitverkürzung für sie um 4,5% weniger Arbeitszeit zum Ausbeuten. Doch so einfach ist dies wiederum auch nicht.
Denn wie die Erfahrungen jedes einzelnen Arbeiters zeigen, haben die Kapitalisten die Hände während der Arbeitszeitverkürzung nicht tatenlos in den Schoß gelegt, sondern kräftig die Arbeitshetze verschärft.
So holen sie in vielen Fällen aus einem Arbeiter trotz verkürzter Arbeitszeit mehr oder zumindest ebensoviel heraus wie vorher. Da auch dies nicht immer so einfach geht und sich die Arbeiter dagegen wehren, ist es sicherlich so, daß hier den Kapitalisten weniger Arbeitszeit zur Verfügung stand. Daher kündigten einzelne Betriebe trotz geringeren Aufträgen noch keine Arbeiter.

Veränderung in Österreich

Der Rückgang der Industrieproduktion um 7,9% hat sich natürlich auf die in der Industrie beschäftigten Arbeiter ausgewirkt. Heute sind um 67.000 Arbeiter weniger in der Industrie beschäftigt als vor einem Jahr. Insgesamt ist jedoch die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Österreich "nur" um 11.000 gesunken. Auch dies ist bereits eine Zahl, die eine Umkehr der Tendenz anzeigt. Denn seit etwa 25 Jahren ist die Zahl der Beschäftigten immer angestiegen. Doch wohin ist der Rest verschwunden? Aufgrund des verhältnismäßig starken wirtschaftlichen Aufschwungs in den letzten Jahren, waren bestimmte Branchen- so der Handel, als auch der öffentliche Dienst unterbesetzt. Diese Lücken wurden mit den abgegangenen Industriearbeitern vorerst gefüllt. Jetzt aber schaut es dort auch schon nicht mehr rosig aus. Indirekte, aber auch direkt ausgesprochene Aufnahmesperren (Finanzamt,Post) zeigen dies an. Ebenso kam dieses Jahr eine ziemliche Steigerung des Fremdenverkehrs dazu. Daher schluckte diese Branche einen Teil der freigesetzten Arbeiter.

Welchen Stellenwert der Rückgang der Beschäftigten in der Industrie wirklich hat, wird erst genau ersichtlich, wenn man sich die einzelnen Branchen ansieht. Ende Juli gab es im Vergleich zum Vorjahr um 6.932 (10,1%) weniger Textilarbeiter, um 14.681 (3,6%) weniger Arbeiter in der Erzeugung und Verarbeitung von Metallen. In der Erzeugung und Verarbeitung von Gummi und Erdöl um 2.813 (3,5%) und in der Erzeugung von Stein- und Glaswaren um 2.582 (5,8%) weniger Arbeiter. Dies alles sind aber Zahlen vom Juli dieses Jahres und diese Bilanz hat sich in den letzten Wochen noch erheblich verschlechtert.
Alles in allem ist die Zahl aller Lohnabhängigen im letzten Jahr um über 11.000 gefallen.

Die verstaatlichte Industrie

Die verstaatlichte Industrie, die etwa 20% aller Beschäftigten auf sich vereinigt, spielte in der "Arbeitsmarktpolitik" der SPÖ eine große Rolle. In Hinblick auf die Wahlen am 5.Oktober und die kurz darauffolgenden Betriebs-

ratswahlen fanden trotz aller gegenteiligen Gerüchte keine Kündigungen statt. Dies war für viele umso verwunderlicher, als es gerade in der Stahlindustrie in der letzten Zeit zu Produktionseinschränkungen gekommen war, als gerade dort die Produktionskapazität immer weniger ausgelastet ist. Hier wurde bewußt eine Politik der "Zurückhaltung" durchgeführt, die allerdings auch nur über einen begrenzten Zeitraum aufrechtzuerhalten ist.

Schwierige Bedingungen für die Arbeiterklasse

Alles in allem gesehen, ist die Arbeitslosigkeit in Österreich der Zahl der Arbeitslosen nach, im Vergeleich zu anderen Ländern nicht gewaltig. Die österreichische Arbeiterklasse ist da schon einiges anderes gewohnt. Da genügt es schon, sich zu erinnern, daß es Anfang der Fünfzigerjahre in Österreich etwa 350.000 Arbeitslose gab und daß es damals für einen Jugendlichen beinahe unmöglich war, eine Lehrstelle zu finden.

Was die Arbeitslosigkeit für die österreichische Arbeiterklasse so gefährlich macht, das sind heute zwei Sachen. Einerseits werden alle davon Betroffenen, samt ihren Familien unmittelbar in ihrem Lebensniveau herabgedrückt. Und dies ist heute für viele Familien, deren Lebensniveau zum großen Teil auf Ratenzahlungen und Kredite für Wohnungen, Fahrzeug und ähnlichem aufgebaut ist, bereits der Fall. Ein Verlust des normalen Einkommens nur für eine kurze Zeit ist hier ein Katastrophe für diese Zahlungen. Daher geht man auch selbst jeden möglichen Kompromiß ein, um nur ja nicht den Arbeitsplatz zu verlieren, daher nimmt man kaum mehr das Risiko einer betrieblichen Auseinandersetzung auf sich, daher ist man dann auch gezwungen, fast jeden angebotenen Arbeitsplatz zu nehmen. Sei jetzt die Arbeit schwerer, sei es Schicht- oder Akkordarbeit, oder auch Arbeit unter ungesunden Bedingungen, wenn man nur irgendwie auf das Geld kommt.

Als gutes Beispiel dafür kann der Eumig-Konzern dienen. Diese Firma, der es gelungen ist, trotz der Krise ihren Produktionsumfang immer mehr auszuweiten, hat jetzt plötzlich keine Schwierigkeiten mehr, Arbeiter für die Schichtarbeit oder aber für gesundheitsschädliche Arbeiten zu finden. Die Einführung der Schichtarbeit am Fließband in Wiener Neudorf, Ansätze von 3-Schichtbetrieb im Wiener Werk und der, allerdings am Widerstand der Arbeiter gescheiterte Versuch der Einführung der Schichtarbeit für die Werkzeugmacher, sind hier einige Beispiele.

Dieses wichtige Argument der Einschüchterung, aber auch die immer höher steigenden Arbeitslosenzahlen in den großen Industrieländern rings um Österreich, sind für viele heute noch ein Argument, um auf einen Kompromiß auf Kosten des eigenen Lebensniveaus einzusteigen. Un dies benützen auch die Kapitalisten gemeinsam mit der SPÖ-Führung in Regierung und Gewerkschaft, um den Druck erheblich zu verstärken. Die jetzt laufenden Kollektivvertragsrunde und die Verhandlungen um das Gehaltsabkommen bei den öffentlichen Bediensteten zeigen dies deutlich. Kein Abkommen, das nicht für die Arbeiter und Angestellten eine Senkung ihres Lebensniveaus beinhaltet.

Die Rolle der Gewerkschaft

In der Auseinandersetzung zwischen den Interessen der Arbeiter und der Kapitalisten spielen die Gewerkschaften eine entscheidende Rolle. Und da ist es für die Arbeiterklasse von ganz besonderer Bedeutung, in wessen Hand die Gewerkschaften sind. Heute haben die Kräfte, die auf eine Unterordnung unter die Kapitalisteninteressen eingeschworen sind, die Führung.
Deutlicher als in den beiden folgenden Zitaten kann man es gar nicht mehr sagen, wasdies für unsere Interessen bedeutet. So meinte Kienzl, Nationalbankpräsident und ÖGB-Kontrollchef, kürzlich:"...es ist die Aufgabe der Gewerkschaften jetzt den Leuten zu erklären, daß sie den Gürtel enger schnallen müssen." Und auf dem steirischen ÖGB-Kongreß meinte ÖGB-Präsident Benya: "...man müsse es im Interesse der Vollbeschäftigung hinnehmen, wenn die Preise den Löhnen um ein bis zwei Prozent davonrennen."

Dem gegenüber muß der Kampf gegen den sich immer mehr verstärkenden Angriff auf die Lebensbedingungen auf zwei Ebenen geführt werden. Man darf nicht zulassen, daß die dauernde Drohung der Arbeitslosigkeit, das damit unmittelbar verbundene Herabsetzen des Lebensniveaus jeder davon betroffenen Arbeiterfamilie, zu einer Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterklasse führt.
Eine Kampfkraft, die gerade in Anbetracht der bereits durchgeführten und noch zu erwartenden Lohnraubabschlüsse für die Arbeiterklasse unbedingt notwendig ist. Und nur eine ausreichende Sicherung für den Einzelnen im Falle der Arbeitslosigkeit ist hier ein Mittel, um die Aufspaltung der Arbeiterklasse in solche, die noch eine Arbeit haben und solche, die bereits arbeitslos sind, zu verhindern. Kämpfen wir für die Forderung:



80% Arbeitslosenunterstützung für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit !

-R-

Arbeitslos: zu wenig Geld

Nachdem ich Anfang Oktober gekündigt hatte, ging ich aufs Arbeitsamt, um mir eine neue Arbeitsstelle vermitteln zu lassen. Der zuständige Beamte erklärte mir, dass es in meinem Beruf als Reprofotograph keine Arbeit gäbe, dass er schon etliche Arbeitslose vorgemerkt hätte und machte mir den Vorschlag, dass er mich nur in den Arbeitslosenstand aufnehmen könne. Ich stimmte dem zu und daraufhin sagte er mir, dass ich aber, da ich selbst gekündigt habe, eine einmonatige Sperrfrist abwarten müsse, bevor ich Anspruch auf Arbeitslosengeld geltend machen könne.

Da ich in diesem Monat keine Arbeit fand, ging ich wieder aufs Arbeitsamt, wo mir zwei Formulare ausgehändigt wurden. Auf dem einen musste ich von meiner alten Firma bestätigen lassen, wie lange ich dort gearbeitet hatte und wieviel Geld ich in den letzen vier Wochen meiner Beschäftigung verdient hatte. Auf dem anderen Formular trug ich meine Personalien ein. Mit beiden Formularen erschien ich eine Woche später, wie bestellt, beim Arbeitsamt.

Auf meine Frage nach einer Arbeitsstelle sagte mir der Beamte, er hätte eine, die er aber am selben Tag bereits einem anderen Kollegen gegeben habe. Wenn ich aber glaubte, diesen Kollegen ausstechen zu können, so könne ich die Adresse haben. Ich antwortete darauf, dass ich es nicht für richtig halte, mit anderen Kollegen in Konkurrenz um einen Arbeitsplatz zu treten, und erhielt darauf die Antwort, wenn ich so heikel sei, dann gäbe es eben vorerst auch keine Arbeit. Dafür erhielt ich, nachdem meine Personalien anhand der Dokumente, die ich mitzubringen hatte, überprüft worden waren, eine Stempelkarte und den Auftrag, eine Woche später wieder zu kommen. Diesmal musste ich eine Stunde vor der Tür des Beamten warten, nur um schliesslich einen Stempel auf meine Karte zu bekommen. Als ich fragte, wie hoch das Arbeitslosengeld sei, das ich bekommen würde und wann es denn so weit sei, bedauerte er darüber nichts zu wissen, es gehe ihn auch eigentlich gar nichts an, und er sei nur dazu da, freie Stellen zu vermitteln und Meldekarten abzustempeln. Er beruhigte mich aber darüber, dass er meinen Antrag auf Arbeitslosengeld

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

Arbeitsamt verhindert Anstellung

Arbeitsamt Bau-Holz
Embelgasse 6
1050 Wien

Stampiglie des Arbeitsamtes

Ausländischer Arbeitnehmer: [geschwärzt]

(Familien- und Vorname)

GZ Bau- /5709 B

Arbeitgeber:
Firma/~~xxxxxxxxx~~
A.K. GROSSBERGER Stadtbmstr.
Pugbachgasse 5
1020 Wien

Geboren am: [geschwärzt]
Staatsbürgerschaft: Türkei
Wohnhaft: [geschwärzt] Wien

Bescheid

Der von Ihnen als ausländischer Arbeitnehmer eingebrachte Antrag vom [geschwärzt] 1975 auf Erteilung der ARBEITSERLAUBNIS für die Beschäftigung bei dem oben angeführten Arbeitgeber wird gemäß § 10 der Verordnung über ausländische Arbeitnehmer vom 23.1.1933, DRGBl I, S 26, abgelehnt.

Die Ausübung einer Beschäftigung ohne Erlaubnis des Arbeitsamtes (Landesarbeitsamtes) ist verboten.

Wie es den ausländischen Kollegen bei der Suche nach Arbeit ergeht, zeigt der oben abgedruckte Brief des Arbeitsamtes deutlich.

Ein türkischer Kollege fand nach monatelanger Suche bei einer Baufirma Arbeit. Beim Arbeitsamt suchte er um Arbeitserlaubnis an. Abgelehnt! Nach § 1o, 1 der Verordnung über ausländische Arbeitnehmer vom 23.1.1933 wird die Arbeitserlaubnis "nur für eine Arbeitsstelle erteilt, für die der Arbeitgeber die Beschäftigungsgenehmigung erhalten hat." Und nach § 3, 1 wird die Beschäftigungsgenehmigung "nach den Bedürfnissen der inländischen Wirtschaft, der Lage des inländischen Arbeitsmarktes erteilt." Den türkischen Kollegen wird erzählt, das Arbeitsamt hilft ihnen Arbeit zu finden, sie sehen aber bald, dass sich das Arbeitsamt einen Dreck um die Interessen der Kollegen schert. Sie werden von einer Adresse zur anderen geschickt (oft Posten, die schon lange vergeben sind), dann finden sie endlich was - und das Arbeitsamt sorgt dafür, dass sie wieder entlassen werden.

N.N.

FORTSETZUNG V.S.5

...zu wenig Geld

weitergeleitet habe, dass ich nur solange warten müsse, bis die Verrechnugsstelle so weit sei. Irgendwann würde das Geld sicher kommen. Für zwei Wochen später wurde ich wieder zum Stempeln bestellt.

Meine materielle Lage sieht jetzt äusserst schlecht aus: Seit zwei Monaten erhalte ich kein Geld mehr und habe ausserdem keine Abfertigung bekommen. Die einzige Möglichkeit, die ich habe, ist Schulden zu machen, solange ich jemanden finde, der imstande und gewillt ist, mir langfristig Geld zu borgen. Ich habe zwar zum Glück niemanden ausser mir zu erhalten, doch werde ich mich, selbst wenn ich einmal das Arbeitslosengeld bekomme, sehr schwer tun. Der Höchstsatz, auf den ich Anspruch habe, beträgt etwa S 2.9oo,- im Monat. Also werde ich höchstwahrscheinlich gezwungen sein, irgendeine ungelernte Arbeit anzunehmen, obwohl ich, um meinen Beruf zu lernen, immerhin vier Jahre Lehrzeit im Kauf genommen habe. Wenn ich aber eine unqualifizierte Arbeit annehme, werde ich nie wieder beim Arbeitsamt Anspruch auf Vermittlung einer Arbeitsstelle in meinem gelernten Beruf haben, denn dann habe ich ja selbst bewiesen, dass für mich jede Arbeit "zumutbar" ist.

G.F.

Ausländerbeschäftigungsgesetz:

Mit erstem Jänner 1976 tritt das neue Ausländerbeschäftigungsgesetz (ABG) in Kraft, das von Vertretern der Bundeswirtschaftskammer und des Gewerkschaftsbundes ausgearbeitet und im März vom Nationalrat einstimmig beschlossen wurde. Bisher war die Ausländerbeschäftigung durch insgesamt 36 Kontingentvereinbarungen zwischen den Einzelgewerkschaften und den Unternehmerverbänden und durch eine ältere Verordnung aus dem Nazideutschland 1933 geregelt worden. Zum bisherigen Zustand wird das neue Gesetz keine wesentlichen Änderungen bringen außer eine weitere Entrechtung der Ausländer, damit der Staat und die Kapitalisten in Hinkunft noch willkürlicher mit ihnen umspringen können! Entgegen der Propaganda der Regierung wird es weder "dem Schutz der Arbeitsplätze für Inländer" dienen, noch "die Ausländer schützen" können! Es dient nur der Spaltung und Schwächung der ganzen Arbeiterklasse!

Der Staat treibt die Entrechtung der Ausländer voran

Das neue ABG legt nunmehr gesetzlich fest, was auch bisher schon so gehandhabt wurde: Eine Beschäftigungsbewilligung für Ausländer wird von den Arbeitsämtern nur vergeben, wenn "die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes die Beschäftigung zuläßt und dieser nicht wichtige oder gesamtwirtschaftliche Interessen entgegenstehen."
Nach wie vor bleiben die "Sozialpartner" zuständig, um das Ausmaß der Ausländerbeschäftigung durch Kontigentvereinbarungen festzulegen; der Sozialminister kann jedoch die Höchstzahl per Verordnung festsetzen.
Die Beschäftigungsbewilligung wird prinzipiell auf ein Jahr beschränkt und an einen bestimmten Betrieb gebunden, wobei sie aber jederzeit - ohne Möglichkeit auf Aufschub - widerrufen werden kann, wenn es die "wirtschaftliche Lage" erfordert.
Durch diese Bestimmungen wird die Abhängigkeit des Ausländers vom Staat und der ganzen Kapitalistenklasse, die die Arbeitsämter kontrollieren, sowie vom jeweiligen Betrieb enorm verschärft und die Freizügigkeit der Arbeitsplatzwahl empfindlich eingeschränkt.

Allein dadurch wird der ausländische Teil der Arbeiterklasse zur Hinnahme schlechterer Arbeitsbedingungen gezwungen, die Spaltung der Arbeiterklasse vorangetrieben und die Kampfbedingungen für die gesamte Arbeiterklasse verschlechtert.
Der "Schutz der Inländer" soll dadurch gegeben sein, daß "im Fall der Verringerung der Arbeitsplätze die Beschäftigungsverhältnisse der Ausländer vor jenen der inländischen Arbeitnehmer zu lösen sind", und weiters, daß "im Fall von Kurzarbeit im Sinn des Arbeitsmarktförderungsgesetzes vor deren Einführung die Beschäftigungsverhältnisse der Ausländer zu lösen sind, wenn damit Kurzarbeit auf längere Sicht verhindert werden könnte". Dabei sind bei "begründeten Einzelfällen" - also bei gezielten Rationalisierungsentlassungen - Ausnahmen sehr wohl möglich.
Seit November 1973 wurden bereits 65.000 Gastarbeiter abgebaut. Hat das verhindern können, daß die Arbeitslosenrate (in der die Gastarbeiter faktisch nicht aufscheinen) im letzten Jahr von 1,3% auf 2,1% gestiegen ist und auch die Inländer bereits von Massenentlassungen betroffen wurden?
Um die Jahreswende sollen weitere 40% der derzeit noch in Österreich arbeitenden Gatarbeiter (ca. 185 000) abgebaut werden, indem ihnen die Aufenthaltsgenehmigungen durch Arbeitsichtvermerke nicht mehr verlängert werden sollen.
Aber derselbe Sozialminister Häuser, der das angeordnet hat, - "zum Schutz der inländischen Arbeitsplätze" - weiß auch, daß 100.000 Inländer zur Jahreswende arbeitslos sein werden!
Aber nicht nur die Praxis zeigt, daß der Gastarbeiterabbau die Arbeitsplätze der Inländer nicht sichert:
In der Industriellen-Zeitung "Presse" ist auch offen die Rede davon, daß sich "die Auffassung, die Arbeitsplätze einheimischer Arbeiter durch bedenkenlosen Abbau der Ausländer schützen zu können",

als "kurzsichtig" erweise. (29.10.) Und in der Österreichischen Bauzeitung führt der Fachverband der Bauindustrie aus, warum dies so ist:
"Was hätte das zur Folge, würde man der Bauwirtschaft Tausende (ausländische) Hilfskräfte entziehen? Eines ist sicher, der erwartete Effekt, daß nun Tausende Österreicher, auch wenn sie beschäftigungslos würden, als Hilfsarbeiter in die Bauwirtschaft gehen, tritt gewiß nicht ein. Was geschieht, wenn der Fertigstellungstermin eines Bauwerks unverschiebbar feststeht und plötzlich keine Hilfskräfte vorhanden sind? Die hochqualifizierten, gut bezahlten einheimischen Facharbeiter müßten Hilfsarbeitertätigkeit verrichten. Tausende eingespielte Arbeitspartien in der Zusammensetzung:
- ein österreichischer Facharbeiter und 2 ausländische Hilfsarbeiter - würden auseinandergerissen und das zu einer Zeit, in der Wirtschaftlichkeit und Produktivität eine Frage des Überlebens sind".(25.10.)

Andererseits gibt es auch ausländische Arbeiter - etwa in der Textilindustrie in Vorarlberg - die hier schon sehr lange ansässig sind, angelernt wurden und sich fachlich qualifiziert haben. "Ihre Ersetzung durch Arbeitskräfte, die erst wieder angelernt werden müßten - falls sich überhaupt solche dazu bereit fänden - würde zweifellos von wirtschaftlichem und somit wieder von arbeitsmarktpolitischen Nachteil sein..."

"Eine tiefergreifende Rezession bedroht alle Arbeitsplätze. 'Reservate' für Inländer schaffen zu wollen - so angenehm der Gedanke manchen sein mag - wäre unrealistisch. Der Abbau von Ausländern zur Wahrung der Arbeitplätze von Inländern ist auf die Dauer gesehen, kein brauchbares arbeitsmarktpolitisches Instrument, eher ein Pflaster auf einer ungesäuberten Wunde!" (Presse, 29.10.)

In den Beilagen zur Regierungsvorlage zum Ausländergesetz hat die SPÖ-Regierung aber bereits im Jänner offen zugegeben, warum sie die gesetzliche Regelung der Kontingentierung der Ausländerbeschäftigung in Wirklichkeit anstrebt:
"Eine besondere Massierung der Ausländer zeigte sich in Bereichen, in denen niedrige Proiduktivität niedrige Löhne zur Folge hatten. In diesen Bereichen bewirkte die Ausländerbeschäftigung, daß die Verbesserung der Struktur durch produktionssteigernde Investitionen und Strukturbereinigigungen unterblieb!"

Nicht um den Schutz der Inländer geht es, sondern darum, durch die Einschränkung der Ausländerbeschäftigung Strukturbereinigungen und Rationalisierungen zu fördern, die sich die Kapitalisten durch die relativ billigen Lohnkosten der Ausländer in der Hochkonjunktur ersparten.

D.h.aber z.B. Stillegungen, Produktionszusammenlegungen und betriebliche Rationalisierungen, wie sie gegenwärtig in der Textilbranche durchgeführt und mit 130Mill. großzügig aus Steuergeldern finanziert werden, was 600 Arbeitern und Angestellten die Kündigung bringt!
Im ABG schafft sich der Staat ein Instrument, um die Lasten der Krise in unterschiedlicher Weise auf einzelne Teile der Arbeiterklasse abzuwälzen, um sie zu spalten und damit kampfunfähig zu machen.
Das ganze Gerede von der "Sicherung der Arbeitsplätze"hat der Regierung bisher immer nur dazu gedient, die Arbeiter und alle Lohnabhängigen zu betrügen, zum stillhalten zu veranlassen und weiter Verschlechterungen durchzusetzen. Im Fall des ABG dient es noch dazu, die österreichischen Arbeiter für den reaktionären Standpunkt zu gewinnen, die Ausländer seien kein Teil der Arbeiterklasse, will kein Teil der österreichischen Nation sondern bloßes Arbeitsvieh, das man beliebig herumtreiben kann und jetzt in der Krise wieder in ihre ärmeren vom Imperialismus ausgebeuteten und abhängigen Heimatländer zurückjagen könne, wo sie meist keine Arbeit oder nur unerträgliche Arbeits- und Lebensbedingungen vorfinden können.
Es soll damit auch dazu beitragen, die Arbeiterklasse in eine Solidarität mit den Bourgeoisien der reichen, imperialistischen Nationen zu bringen, gegen die Arbeiterklasse und das Volk der armen vom Imperialismus unterdrückten Nationen und dazu, chauvinistische Vorurteile in der Arbeiterklasse zu erzeugen.

● WEG MIT DEM ABG!
● VÖLLIGE RECHTLICHE GLEICHSTELLUNG ALLER IN ÖSTERREICH LEBENDEN UND ARBEITENDEN AUSLÄNDER!

W.G.

Eumig: Prozeß gegen die Verbreitung der Wahrheit über die Ausbeutung

Das Theater der Komödianten hat vor einiger Zeit im Programmheft zum Stück "Die Bergbahn" einen Artikel aus der Betriebszeitung der KB-Aufbauzelle Eumig "die rote lupe" abgedruckt. In diesem Artikel wurden die gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen in den Eumig-Abteilungen aufgezeigt. Die beiden Besitzer des Eumig-Konzerns, Vockenhuber und Hauser, haben das Gericht in Bewegung gesetzt, um diese Tatsachen vor der Öffentlichkeit als unwahr und erlogen hinzustellen.

Nicht wahr soll sein: daß das ständige Profitstreben der Kapitalisten auf die Gesundheit der Arbeiter und Angestellten keine Rücksicht nimmt.

Die Polizei beschlagnahmte die Programmhefte. Das Gericht stützt sich in der Anklage gegen den presserechtlich Verantwortlichen Theater-Betriebsrat Martin Auer, auf den § 111, wegen "übler Nachrede".

Das Ausmaß der Höchstrafe geht bis zu einem Jahr Gefängnis. Im gegebenen Fall ist mit einer Geldstrafe von mindestens 25000 Schilling bei Verurteilung von Martin Auer zu rechnen. Die erste Verhandlung fand am 13.11.1975 statt.

Jeder Kollege wird sich fragen, warum die Kapitalisten nicht schon die "rote lupe", in der ja der Artikel stand, beschlagnahmen ließen. Die Antwort ist einfach: weil jeder Kollege bei Eumig weiß, daß hier nur die Wahrheit gesagt wurde. Also konnten die Kapitalisten nicht viel unternehmen. Wohl aber, als der Artikel durch das Theaterprogramm in eine breite Öffentlichkeit getragen wurde.

DAGEGEN FÜHREN DIE KAPITALISTEN DEN PROZESS

In dem genannten Artikel wurden die Auswirkungen der Schicht- und Akkordarbeit, die ständig steigende Arbeitshetze und die giftigen Dämpfe, welche in einigen Abteilungen vorkommen, auf die Gesundheit behandelt.
Hier heißt es:

"Durch die "rationelle Produktion", also Akkordschinderei und Prämienhetze, müssen die Kolleginnen, die den ganzen Tag an den Maschinen sitzen, immer wieder die gleichen Gelenke, Muskeln und Sehnen benützen, weil sie Tag für Tag die gleichen Bewegungen machen müssen. Dadurch ist es kein Wunder, wenn sich die Gelenke und Muskeln mit der Zeit abnützen und nicht mehr richtig funktionieren und sie an ständigen Schmerzen zu leiden haben. Zu all dem kommt noch die Schichtarbeit, die bei vielen Schlafstörungen hervorruft, da sich der Lebensrhythmus von Woche zu Woche ändert. Dazu wegen der unregelmäßigen Arbeitszeit Verdauungsschwierigkeiten, Magenbeschwerden, Nervosität und Kreislaufstörungen."

Hinzu kommt noch die ständige Belastung durch Lärm, Öl- und Trichlordämpfe, welche die Arbeiter einatmen müssen. Anstatt bessere Absaugvorrichtungen anzuschaffen, gibts für jeden Kollegen einen halben Liter Milch täglich.

Und wem dient dies alles, angefangen von der Schichtarbeit bis zu den nicht vorhandenen bzw. unzureichenden Absaugvorrichtungen?

Es dient den Unternehmern und ihren Profitinteressen.

Fortsetzung nächste Seite

HAUSER
VOCKENHUBER
WAS ??? DIE ARBEITSHETZE, DER LÄRM, DIE HITZE UND GESTANK SOLLEN FÜR EINEN ARBEITER SCHÄDLICH SEIN ?

Grafik aus"die rote lupe",Betriebszeitung Eumig des KB Wien. (Hauser und Vockenhuber sind die Alleinbesitzer des Konzerns,der einen Jahresumsatz von etwa 3 Milliarden S erreicht)

KV-Zivilingenieurbüros...

(FORTSETZUNG VON S 9)

6. Zusammenfassen der Beschäftigungsgruppen A und J (Jugendliche) zu einer gemeinsamen Gruppe mit S 3.91o,-- Mindestgehalt.
7. Baustellenzulage nach 2 Stunden Aussendienst.
8. Anhebung der KV-Mindestgehälter an die Sätze des Baugewerbes.

Die Forderung, dass Zulagen einander nicht mehr ausschliessen sollen, wurde modifiziert angenommen.

Die Bundesingenieurskammer machte folgende "Angebote":

1. Erhöhung der KV-Mindestgehälter um 17 % für alle Beschäftigungsgruppen, allerdings ohne Verpflichtung, diese auf die Ist-Gehälter draufzuschlagen.
2. Bei Verzicht auf jede Istgehaltserhöhung für die kommenden 18 Monate empfiehlt die Ingenieurskammer ihren Mitgliedern, keine Kündigungen von Angestellten auszusprechen.

Die beinharte Ablehnung der entscheidenden Forderungen förderte insgesamt die Einheit und Geschlossenheit des Verhandlungskomitees, und führte letzten Endes zu dem einstimmigen Beschluss, die Verhandlungen abzubrechen.

Als nächste Schritte beschloss das Verhandlungskomitee:

1. *Eine Aussendung an alle Angestellten in den Zivilingenieurbüros über das Ergebnis der ersten Verhandlungsrunde.*
2. *Eine Mitgliederversammlung der Gewerkschaftsmitglieder, um die neue Lage zu diskutieren und Beschlüsse für den weiteren Verlauf zu fassen.*
3. *Einberufung von Betriebsversammlungen durch die Betriebsräte.*
4. *Verfassen von betriebsinternen Resolutionen zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen zum Kollektivvertrag.*

26.11.1975 H.R.
(Mitglied der Arbeitsgr.)

Eumigprozeß...

(FORTSETZUNG VON SEITE 7)

In der Anklageschrift der Kapitalisten heißt es: "Es ist das legitime Streben jedes Kaufmanns, durch den Verkauf seiner Produkte Profite zu erzielen" und "...ebenso muß jeder Kaufmann versuchen, seine Produkte so billig wie möglich herzustellen, weil er sonst einfach nicht konkurrenzfähig ist."

Tatsache ist, daß das Profitstreben im Kapitalismus nicht nur legitim ist, sondern überhaupt die Grundlage dieser Gesellschaft ausmacht. Tatsache ist auch, daß der Profit überhaupt nur aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse kommen kann, weil es die Arbeiter sind, die die Produkte herstellen, und weil es die Kapitalisten sind, die diese Produkte zu einem viel höhern Preis, als sie für die Erhaltung der Arbeitskraft an Löhnen zahlen, verkaufen. Tatsache ist es auch, daß das Profitstreben der Kapitalisten auf die Gesundheit der Arbeiter keine Rücksicht nimmt.

WER SITZT WIRKLICH AUF DER ANKLAGEBANK?

Die Kapitalisten versuchen mit diesem Prozeß, Martin Auer als Verbreiter dieses Artikels zu verurteilen wegen "Ehrenbeleidigung" und "übler Nachrede".

Der Hintergrund ist aber der, daß Arbeiter der Firma Eumig diesen Artikel verfaßt haben, daß die Arbeiter damit ihre Lage geschildert und ihre Interessen zum Ausdruck gebracht haben. Und deshalb ist dieser Prozeß von besonderer Bedeutung: hier versuchen die Eumig-Kapitalisten als Vertreter ihre Klasse die Ausbeutung und das Profitstreben auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter als gerecht hinzustellen. Hier sitzen also die Interessen aller Werktätigen, der ganzen Arbeiterklasse auf der Anklagebank. Die Kapitalisten wollen mit diesem Prozeß den Arbeitern "gesetzlich" verbieten, in der Öffentlichkeit die Ausbeutung, die gesundheits schädlichen Arbeitsbedingungen, das Profitstreben, kurz, den Kapitalismus anzuklagen.

Dabei stützen sich die Kapitalisten auf die bürgerliche Justiz - auf den Richter und Staatsanwalt, auf Leute, die keine Ahnung haben von Akkord- und Schichtarbeit, keine Ahnung davon, wie es in einem Betrieb ausschaut. Und diese Leute sollen hier ein Urteil fällen. Der Prozeß wurde vertagt auf den 20.1. zur Einvernahme der sozialdemokratischen Betriebsratsobmänner, die als Zeugen für die Kapitalisten aussagen sollen. Wir werden über den weiteren Verlauf des Prozesses berichten.

N.N.
(EUMIG-BETRIEBSAUFBAUZELLE DES KB WIEN)

Miserables Forderungs...

Die Metallar...

Die Forderungen der Gewerkschaftsführung der Metall- und Bergarbeiter für den neuen Kollektivvertrag lauten:

- 10% Brutto-Ist-Lohnerhöhung, mindestens 600 S brutto
- 12% Brutto-Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne
- "Entsprechende Erhöhung" der Lehrlingsentschädigungen
- Angleichung der Abfertigungsansprüche an die der Angestellten

Was von diesem Forderungsprogramm zu halten ist, zeigte sich in den ersten Reaktionen der bürgerlichen Presse:

- Unter der Überschrift "Metallarbeiter zurückhaltend" schreibt der Kurier befriedigt: "Das Lohnsignal der 340.000 Metall- und Bergarbeiter steht deutlich auf Vorsicht und Zurückhaltung"
- Das Unternehmerblatt "Die Presse" stellt erfreut fest, daß die Metall- und Bergarbeitergewerkschaft "als erste Gruppe ihre Forderungen gemäß der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung etwas zurückgeschraubt hat"

Was bedeuten die einzelnen Forderungen konkret? Und welche Situation wird durch die Vorgangsweise der Gewerkschaftsführung geschaffen?

Ist-Löhne

Die Ist-Lohn-Forderung von 10% liegt bereits um 6% unter der vom vorigen Jahr. Damals sind 16% gefordert worden, abgeschlossen hat die Gewerkschaft bei 12,5%.

Die Forderung nach einer Mindesterhöhung der Ist-Löhne um 600 Schilling liegt gar schon um 30 S unter dem Abschluß vom vorigen Jahr. (630.-)!

Seit dem letzten Abschluß (November 1974) werden bis zum Inkrafttreten der neuen Lohnregelung (Jänner 1976) 14 Monate vergangen sein. In diesen 14 Monaten wird der offizielle Preisindex um mindestens 9% gestiegen sein(bis jetzt schon ca 8%). Damit ist die tatsächliche Verteuerung der Lebenshaltung seither allerdings noch gar nicht voll erfaßt. Im Schnitt dürften sich diese Kosten bis Jahresende um mindestens einen Tausender im Monat erhöht haben.

Schon die Forderung der Gewerkschaftsführung liegt damit nur knapp bei der offiziellen Preissteigerungsrate und unter der tatsächlichen Erhöhung der Lebenshaltungskosten, wie sie jeder selbst zu spüren bekommt. Dabei muß noch bedacht werden, daß es sich erst um die Forderung handelt und der Abschluß noch darunter liegen wird. Weiters, daß es hier erst einmal um die Brutto-Beträge geht, von denen der Staat noch einmal gut ein Viertel bis ein Drittel wegsteuern wird.

Diese Tatsachen beweisen, daß die Gewerkschaftsführung die Kapitalisten mit ihrer Forderung zur Besiegelung des Reallohnabbaus einlädt. Selbst bei einem Abschluß in der Höhe der Forderung würde für die Mehrheit der Kollegen ein Reallohnverlust von 300, 400 Schilling bleiben, netto sogar noch mehr.

KV-Mindestlöhne

Bei den kollektivvertraglichen Mindestlöhnen liegt die Forderung (12%) heuer gar um 7,8% unter der Forderung vom Vorjahr. Damals sind 19,8% gefordert worden. 16,5% wurden ausgehandelt.

Diese niedrige Forderung ist umso schwerwiegender, als heute die Unternehmer in verschiedenen Branchen in zunehmendem Maße versuchen, die schwächeren Arbeitergruppen auf den Mindestlohn herabzusetzen oder neue Arbeiter nur mehr zum Mindestlohn einzustellen. Beispiele aus der Bau- und Textilbranche sind schon bekannt und auch in anderenBranchen werden solc[he] Versuche nicht ausbleiben. Gerade in der heutigen Zeit wäre es deshalb von entscheidender Bedeutung, die kollektivvertraglichen Mindestlöhne an das tatsächliche Ist-Lohnniveau heranzuführen. Damit würde den Unternehmern bei dieser Methode der Lohndrückerei ein starker Riegel vorgeschoben.

Die Gewerkschaftsführung tut mit ihrer Forderung genau das Gegenteil. Sie lädt die Unternehmer damit förmlich ein, diese Möglichkeiten des Lohnraubs an den Kollegen "bei Bedarf" zu nützen.

Die anderen Punkte des ÖGB-Forderungsprogramms

Bei den Abfertigungen ist schon voriges Jahr die Angleichung an die Ansprüche der Angestellten gefordert worden. Ausgehandelt wurde

programm der Gewerkschaftsführung

beiter müssen ihre Sache selbst in die Hand nehmen

dann aber nur die Regelung, daß Arbeiter nach 5 Jahren Betriebszugehörigkeit auf eine Abfertigung von ganzen zwei Wochenlöhnen Anspruch haben sollen. Vorher bekam man erst nach 10 Jahren Betriebszugehörigkeit drei Wochenlöhne.

Über die Höhe der Forderung bei den Lehrlingsentschädigungen ist bisher nichts genaues bekanntgegeben worden. Bei der letzten Kollektivvertragsrunde sind sie im Schnitt um 20% erhöht worden, was bei ihrer geringen Höhe in Schilling um einiges weniger ausmachte, als vorher durch die Teuerung verlorengegangen war.

Derzeit betragen die Lehrlingsentschädigungen im 1.. Lehrjahr 300.-, im 2, Lehrjahr 420--, im 3. Lehrjahr 520.- und im 4.Lehrjahr 700.- Auch über die Forderungen nach Erhöhung der Zulagen sind noch keine konkreten Zahlen bekannt. In der Regel werden sie aber in ungefähr dem gleichen Ausmaß erhöht wie die Löhne.

Protest erheben – selbst Forderungen stellen

Das ganze Forderungspaket der Gewerkschaftsführung ist völlig ungeeignet für die Verteidigung der Interessen der Metallarbeiter. Es kapituliert von vornherein vor dem Reallohnabbau durch die Unternehmer. Er eröffnet den Kapitlisten einen noch größeren Spielraum für ihre Angriffe auf die Lebenshaltung und Arbeitsbedingungen der Kollegen, für Druckmaßnahmen und Spaltung.

Mit diesem Forderungsprogramm hat die Gewerkschaftsführung einen Kampf um die Verteidigung des Lohns und für andere wichtige Forderungen im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen unmöglich gemacht. Für die Forderungen, die sie aufgestellt hat, läßt sich kein erfolgreicher Kampf organisieren. Das ist die Folge ihrer Sozialpatnerschaftspolitik, die immer auf die Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Unternehmer hinausläuft.

Für die Arbeiter schafft das eine ungünstige Situation. Im Zuge der Kollektivvertragsverhandlungen hätte man die Kraft der ganzen Branche in die Waagschale werfen und bei konsequentem Auftreten sicher trotz der schwierigen Kampfbedingungen in der Krise der Lohnraubpolitik den Kapitalisten entgegentreten können.

Der verschärfte Konkurrenzkampf der Kapitalisten untereinander um die Marktanteile hätte es den Metallkapitalisten schwergemacht, einer organisierten und entschlossenen Arbeiterschaft der ganzen Branche einen harten Widerstand entgegenzusetzen. Gerade heute könnten sich viele Kapitalisten keinen größeren Produktionsausfall leisten, weil sonst sofort die Konkurrenz zuschlägt.

Jetzt ist es so, daß die Arbeiter in jedem einzelnen Betrieb den jeweiligen Bedingungen entsprechend darangehen müssen, solche Forderungen nach Lohnerhöhungen und anderen Verbesserungen aufzustellen, die ihren Interessen entsprechen und die Kapitulation der Gewerkschaftsführung zumindest zum Teil wettmachen können. Auf keinen Fall sollte jedoch darauf verzichtet werden, gegen die schädliche Politik der Gewerkschaftsführung offen Protest zu erheben und von den führenden Gewerkschaftern Rechenschaft für ihre Ausverkaufspolitik zu fordern. Eine Änderung dieser Gewerkschaftspolitik kann nicht erreicht werden, wenn man alles schluckt. Die Metallarbeiter müssen selbständig für ihre Interessen eintreten, im Betrieb wie in der ganzen Branche gegen die Kapitalisten!

N.N

Eisenbahner

Die Gewerkschaft stellt sich tot

In einem Artikel im Fachblatt der Gewerkschaft der Eisenbahner von Oktober wurde groß verkündet, daß in der nächsten Nummer über das Gehaltsabkommen genau berichtet würde. Jetzt liegt die Novembernummer vor, keine Zeileüber das Gehalt. Glauben denn die Herrn sie können die Kollegen auf die Dauer an der Nase herum führen, dazu ist die Lage am Preis- und Tarifsektor für uns viel zu ernst.

Im Zuge der Wahlkampfs der öffentlich Bediensteten enthüllte die SP-Fraktion in der AZ, daß es eine Geheimabsprache zwischen der christlichen Gewerkschaftsfraktion und der SPÖ-Fraktion über die Höhe der Prozente gab. Nämlich, nicht mehr als 6% zu verlangen. Das kam sogar den Christlichen für ihren Wahlkampf zu wenig vor und sie verletzten das Geheimabkommen und verlangten ihrerseits 10% und mindestens 600 Schilling. Man kann sich leicht vorstellen, wie lange diese Forderung halten wird.

Glauben diese Leute im Ernst, daß die Eisenbahner auf die Dauer alles stillschweigend hinnehmen werden? Denn in letzter Zeit wurden auch die Mehrleistungsstunden nicht mehr ausbezahlt, und die Wucht der Preiserhöhungen trifft uns jetzt noch stärker als früher. Und im kommenden Jahr fängt erst die Preislawine zu rollen an. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir den Karren der Kapitalisten nicht aus dem Dreck ziehen werden, und daß wir kein Interesse an ihrem Überlaeben haben.

Unsere wichtigste Frage in nächster Zukunft ist, daß wir nicht bereit sind, einen Reallohnverlust hinzunehmen, und daß wir die Vertrauensmänner auf den Dienststellen zwingen müssen, in der Gewerkschaft mit genügend Nachdruck unsere Forderung um eine genügende Abgeltung der Teuerung zu kämpfen. Wenn auch der "Sonnenkönig Kreisky" klipp und klar erklärt, er würde sogar eine Niederlage bei den nächsten Gewerkschaftswahlen in Kauf nehmen, und sich nicht davon abhalten lassen, die Lasten im Interesse der Kapitalisten auf die Arbeiter und Angestellten abwälzen zu können. So müssen wir dem famosen Herrn sagen, dafür haben ihn die Arbeiter nicht gewählt. Und wenn er nicht begreifen will, müssen die Arbeiter in Zukunft nur solche Vertrauensmänner wählen, die sich zur Abgeltung der Teuerung bekennen und daß die Arbeiter sie jederzeit abwählen, wenn sie dagegen verstoßen. Zwingt die gewählten Vertrauensmänner zu Schritten, da° ihr nicht die ganze Wucht der Teuerung tragen müßt! Bildet Komitees auf euren Dienststellen die diese Forderungen unterstützen! Versucht einen offenen Brief an die Gewerkschaft zu schreiben und laßt eure Kollegen unterschreiben!

In Gesprächen auf unseren Dienststellen lehnten die meisten Kollegen eine prozentuelle Abgeltung ab. Denn die Teuerung trifft alle gleich. Um der Teuerung Herr zu werden, verlangen sie mindestens 1.000 Schilling pro Monat. Weiters verlangen sie, daß die Wertsicherungsklausel, dem tatsächlichen Warenkorb angepaßt wird.

Laßt euch nicht Angst machen von den Kapitalisten und ihren Helfershelfern, die gerechten Forderungen durchzubringen.

R.K.
(Bahnhof Liesing)

Österreich:
Rückgang der Industrieproduktion um 7,9%

Im September 1975 lag die Produktion der österreichischen Industrie um 7,9 % unter der des September des vergangenen Jahres. Den stärksten Rückgang hatte die Konsumgüterproduktion zu verzeichnen. Dort betrug der Rückgang 9,4 %. Besonders betreffen war die Produktion von langlebigen Konsumgütern, die um 16,6 %, und die Bekleidungsindustrie, wo die Produktion um 11 % unter dem Vorjahresstand blieb. Auch hat sich die Situation in der Bauwirtschaft weiter verschärft. Wie Vertreter der Bauindustrie meinen, sei mit der Auftragslücke von 43 % der "tiefste Punkt des Konjunkturabschwunges" für die Bauwirtschaft noch nicht erreicht.

Berufsschule für Goldschmiede

Darf der Schulsprecher für die Interessen seiner Kollegen eintreten?

NEIN! sagt der Herr Direktor einer Wiener Berufschule. NEIN - sagen aber auch die Bestimmungen für Schülervertreter.

Die genauere Festsetzung des Wirkungsbereiches der Schülervertreter sollte im Schulgemeinschaftsausschuss geschehen, wo zwei Schülervertreter und der Schulsprecher "mitbestimmen" können - das letzte Wort aber hat hier der Schulleiter.

In unserem Schulgemeinschaftsausschuss wurde vom Schulleiter als vordringlichste Aufgabe der Schülervertreter "die Mitwirkung und Mitgestaltung an der Hundertjahr-Feier unserer Berufsschule" bestimmt. Obwohl die Vorgangsweise sehr demokratisch erscheint - wäre das der Auftrag von meinen Kollegen, so würde ich sicherlich nach meinen Kräften mitwirken - muss unbedingt gesagt werden, dass diese Schulgemeinschaftssitzung nie stattgefunden hat.

Im Gegensatz zum Herrn Direktor habe ich andere Aufgaben als vordringlich angesehen. Welchen Grund sollten wir Lehrlinge auch haben, loo Jahr Berufsschule zu feiern? Einen Grund zum Feiern haben höchstens die Goldschmiedkapitalisten. loo Jahre Profit auf Kosten der Lehrlinge und auf Kosten ihrer Ausbildung. loo Lehrjahre, die keine Herrenjahre waren, in dunklen Kellern, bei schlechtem Licht. Sie haben mit dieser Feier auch eine gute Gratiswerbung - die ausgestellten Schmuckstücke werden von den Schülern hergestellt und darunter steht der Firmenname. Sie erwarten sich sicher auch gute Aufträge - es werden ja viele prominente Gäste kommen.

Als vordringlichste Aufgabe als Schulsprecher erschien es mir vielmehr dafür zu sorgen, dass meine Kollegen nicht weitere loo Jahre abwarten, sondern jetzt schon für eine Verbesserung ihrer Lage eintreten, und dass Möglichkeiten geschaffen werden, damit sie das auch können. So wollte ich gleich den Anfang machen und meine Kollegen fragen, was sie von der Forderung "EXISTENZLOHN FÜR LEHRLINGE" halten. Da ich aber nur an einem Tag in die Berufsschule gehe und deshalb nur mit wenigen Kollegen unmittelbar in Kontakt kommen kann, wollte ich durch den Herrn Direktor einen Brief verteilen lassen, in dem auch der Termin für eine Versammlung bekannt gegeben wurde.

Das war mein erster Akt als Schulsprecher. Der erste Akt des Direktors war, mir das Verteilen zu verbieten, weil ich den Brief nicht seiner Zensur unterziehen lassen wollte.

Er fand wohl einiges recht und billig, was in dem Brief stand - z.B. "dass sich der Schulsprecher für die Interessen seiner Kollegen einsetzen muss....". Wie das zu geschehen hat, stünde aber sowieso im Gesetz, meinte er.

Ich verteilte meinen Brief natürlich trotzdem, soweit es mir möglich war, und forderte die Kollegen zum Unterschreiben der Existenzlohnforderung auf. Einige behielten auch die Listen, um weiter zu sammeln. Der Direktor war mir gegenüber zwar nur der Meinung, dass ich "meine Arbeit wohl etwas überstürze", doch tatsächlich liess er dann nicht lange darauf warten, gegen mich, den "verirrten Schulsprecher" zu hetzen. Auch ein Fachlehrer liess sich bereitwillig dafür einspannen, der sich bemühte, den Direktor selbst noch zu übertrumpfen.

Im Stiegenhaus wurde auch ein Zettel angebracht, wo sich die Hetzer mit Nachdruck auf die "zuständigen Gesetze" beriefen - es kann ihnen in ihrer Haut doch nicht wohl gewesen sein.

J.Sch.
(Schulsprecher)

'Rechte' der Schülervertreter

MITWIRKUNGSRECHTE:

- das Recht auf Anhörung,
- das Recht auf Information,
- das Recht auf Abgabe von Vorschlägen und Stellungnahmen,
- das Recht auf Teilnahme an einzelnen Punkten von Lehrerkonferenzen, ausgenommen Beratungen über die Leistungsbeurteilung und über die Berechtigung zum Aufsteigen, die Zulässigkeit der Ablegung einer Wiederholungsprüfung oder der Wiederholung einer Schulstufe,
- das Recht auf Mitsprache bei der Gestaltung des Unterrichts im Rahmen des Lehrplanes,
- das Recht auf Beteiligung an der Wahl der Unterrichtsmittel.

MITBESTIMMUNGSRECHTE:

- das Recht auf Mitentscheidung bei der Erstellung der Hausordnung,
- das Recht auf Mitentscheidung bei der Anwendung von Erziehungsmitteln, wie Versetzung eines Schülers in eine Parallelklasse oder in einen anderen Lehrgang bzw. die Beantragung des Ausschlusses des Schülers von der Schule durch die Schulkonferenz.

Graphische Berufsschule

Diskussion bei Buchdruckerlehrlingen

In einer Supplierstunde schlug der eingesprungene Lehrer vor, sich still zu beschäftigen. Ich verlangte, unseren Brief an die ÖGJ in dieser Stunde zur Diskussion stellen zu dürfen. Der Lehrer hatte nichts dagegen. Ich trug erst einmal unsere Forderungen nach einem Existenzlohn für Lehrlinge vor. Dann ging ich auf die momentane Lage der Lehrlinge ein, und wozu die niedrige Lehrlingsentschädigung führt. Dass viele Schulabgänger (14 %) keine Lehre beginnen, sondern Hilfsarbeiter werden, um den Eltern nicht in der Tasche zu liegen. Dass die Lehrlinge, weil so wenig verdienen, von den Eltern bevormundet und von den Kollegen nicht als vollwertig behandelt werden. Und dass dadurch die Einheit der Arbeiter gespalten sei. Aus diesem Grund sind wir für einen Existenzlohn von mindestens S 3.000,-- ab dem ersten Lehrjahr und gleiche Lohnerhöhungen für alle Werktätigen. Als ich fragte, wer dagegen sei, meldete sich ein einziger Lehrling. Bei meiner Frage, wer dafür sei, zeigten alle auf. Nur der Lehrer hatte Einwände, ob sich die älteren Kollegen denn das bieten lassen würden, und was denn die Lehrlinge mit so viel Geld eigentlich anfangen sollten. Einige aus der Klasse meinten, sie wüssten nicht, was irgendein Arbeiter dagegen haben sollte, wenn die Lehrlinge mehr verdienten. Ausserdem wüssten sie schon, was sie mit dem vielen Geld anfangen würden. Auf jeden Fall würden sie ihren Eltern nicht mehr so in der Tasche liegen, und sie müssten sich nicht mehr vorschreiben lassen, was sie zu tun hätten, bloss weil sie vom Geld ihrer Eltern lebten. Als nun der Lehrer versuchte, die Qualität der Arbeit des Lehrlings als Grund für die niedrige Lehrlingsentschädigung anzuführen, gab es einen Sturm der Entrüstung, denn 9o % der Klasse arbeiten schon vom ersten Tag an voll in der Produktion. Dann kam der Lehrer damit, dass die Unternehmer dann keine Lehrlinge mehr aufnehmen würden. Er erntete jedoch nur Gelächter, da jeder weiss, dass die Kapitalisten Facharbeiter brauchen. Ich ging dann noch im Hinblick auf die kommende KV-Runde darauf ein, dass bei Lohnkämpfen die Einheit der Lehrlinge mit den Arbeitern eine stärkere Kampffront ergeben würde, wenn es für alle um den gleichen linearen Betrag geht.

Die grössten Schwierigkeiten gab es beim Aufzeigen des Weges zur Durchsetzung unserer Forderungen. Ich betonte, dass wir nur durch die Gewerkschaft so etwas zustandebringen könnten, dass wir uns dazu eben dazu gewerkschaftlich organisieren müssten, und durch Beschlüsse auf der Ebene der gewerkschaftlichen Basis die ÖGJ-Führung zwingen müssen, diese Punkte bei den nächsten KV-Verhandlungen zu fordern. Doch aufgrund der Politik der ÖGB-Führung ist das Misstrauen und die Unwissenheit unter meinen Kollegen gegenüber der Gewerkschaft sehr gross und es gelang mir noch nicht, jemanden mit in die Gewerkschaftsjugend zu nehmen.

Gegen Schluss der Stunde war der Lehrer dann so weit, dass er mir vorwarf, ich ginge nur einseitig von den Interessen der Arbeiter aus und ich nähme keine Rücksicht auf das Gesamtwohl unserer Wirtschaft und des Staates, was mir jedoch keiner meiner Berufschulkollegen übel nahm.

W.M.
(Lehrling)

Die Auseinandersetzung um den Existenzlohn richtig führen!

In einem Offenen Brief an die ÖGJ (den bisher ca.600 Lehrlinge unterschrieben haben) werden von den Lehrlingen die Forderungen nach Existenlohn in der Höhe von mindestens 3000 S, sowie nach einer Erhöhung aller Löhne und Gehälter und der Lehrlingsentschädigung um den gleichen Betrag bei den nächsten KV-Verhandlungen aufgestellt.
Die Klassensprecher oder Radiomechaniker und Fernmeldemonteure, der Mollardschule, haben diese Forderungen beschlossen und den Offenen Brief an die ÖGJ und an alle Zeitungen geschickt. In einer Reihe von Jugendgruppen der Gewerkschaftsjugend sind Diskussionen entbrannt, in denen vor allem von seiten von Funktionären der ÖGJ eine Reihe von Argumenten gegen den Existenzlohn vorgebracht wurden. Mit diesen Argumenten beschäftigt sich der folgende Artikel.

Bisher hat noch niemand offen gesagt, der Existenzlohn sei etwas Schlechtes. Vielmehr heißt es, grundsätzlich sei man schon dafür, aber man würde diese Forderung nicht durchsetzen können.
Im Wesentlichen werden folgende Argumente gegen den Existenzlohn vorgebracht:

Die Bewegung für den Existenzlohn, sagten einige Gewerkschaftsfunktionäre, lenkt von einer Verbesserung der Berufsausbildung ab. Wie ist das [illegible]er wirklich?
[illegible]kanntlich schaut es sehr triste aus mit der Berufsausbildung, wie dies auch die ÖGJ feststellte. Der Ausweg aus diesen miserablen Zuständen ist jedoch sicherlich nicht der, daß man auf den Existenzlohn für alle Lehrlinge verzichtet, sondern der, daß für alle Lehrlinge eine umfassende theoretische und praktische Ausbildung geschaffen wird. Ein Schritt in diese Richtung wäre sicherlich ein Ausbau und eine Veränderung des Berufsschulunterrichts und der Ausbau von Lehrwerkstätten an den Berufsschulen.
Der Existenzlohn wird ja nicht vielleicht deshalb gefordert, weil die Lehrlinge ausgenutzt [illegible]den, und in vielen Fällen nichts anderes als billige Arbeitskräfte sind. Nein, der Existenzlohn ist deshalb notwendig, wie dies auch im Offenen Brief an die ÖGJ aufgezeigt wird, da die heutige geringe Lehrlingsentschädigung zur Folge hat:

- Eine große finanzielle Belastung der Eltern, wodurch viele Jugendliche keinen Lehrberuf ergreifen können (dies trifft besonders Jugendliche vom Land);
- Daß die Lehrlinge der Möglichkeit der Bevormundung durch Eltern bzw. Erziehungsberechtigte ausgesetzt sind, solange sie von diesen finanziell abhängig sind. Umgekehrt würde der Existenzlohn für Lehrlinge vielen Arbeiterfamilien eine erhebliche Erleichterung bringen.

Und nicht zuletzt ist die niedrige Lehrlingsentschädigung ein zusätzlicher Anreiz für die Unternehmer, Lehrlinge als billige Arbeitskräfte einzusetzen, wodurch sie in Konkurrenz zu den Erwachsenen Kollegen kommen.
Zu dem Gerede, die Lehrlinge könnten nicht mit "soviel" Geld umgehen, ist einmal zu sagen, daß dieses Argument sicherlich von den Unternehmern einfach übernommen worden ist. Steht etwa den Lehrlingen, die genauso wie andere Arbeiter ihre Arbeitskraft an den Kapitalisten verkaufen, nicht das Recht zu, dafür soviel Geld zu verlangen, daß sie damit selbständig leben können?

Weiters meinen die ÖGJ-Funktionäre, die Unternehmer würden keine Lehrlinge mehr einstellen, wenn es einen Existenzlohn gibt. Es ist jedoch so, daß die Unternehmer alles Interesse daran haben, die Kontrolle über die Ausbildung im Betrieb nicht aus der Hand zu geben. In Groß-wie im Kleinbetrieb, bilden sie die Lehrlinge so aus, wie es für sie am besten ist, d.h. die meisten Profite bringt. Deswegen werden sie vielleicht versuchen, die Lehrlinge mit solchen Drohungen einzuschüchtern, versuchen, sie davon abzuhalten, einheitlich eine wirkliche Verbesserung ihrer Lage durchzusetzen, aber aus der Hand werden die Kapitalisten die Berufsausbildung im Betrieb nicht so schnell geben.

Außerdem sanieren sich gerade in Kleinbetrieben die Unternehmer auf Kosten der Lehrlinge, sie leben oft von den "billigen Arbeitskräften",den Lehrlingen. Auch in den meisten Großbetrieben arbeiten die Lehrlinge spätestens ab dem 2.Lehrjahr voll in der Produktion. Dazu, daß die Lehrlinge eine miserable Ausbildung bekommen, kommt also, daß sie noch eine äußerst billige Arbeitskraft sind. Der Existenzlohn ist, das ist schon vorher begründet worden, eine Notwendigkeit und im Interesse der Lehrlinge. Die Frage ist nur – wer solldas bezahlen?
In den Betrieben und Firmen bestimmen die Kapitalisten über die Berufsausbildung der Lehrlinge. Solange sie über die Ausbildung der Jugendlichen bestimmen,sollen sie auch bezahlen. Wollen sie das nicht, dann muß die Ausbildung aus einer Privatsache des Unternehmers zu einer öffentlichen Sache werden. In diesem Fall muß der Staat, genauso wie er das übrigens auch für Schulbesuch und Studium tun müßte, für die Kleidung, Nahrung und Lernmittel aufkommen. Solange aber die Kapitalisten über die Ausbildung im Betrieb als ihre Privatsache bestimmten können, also wie und was der Lehrling lernt, solange sollen sie auch soviel bezahlen, daß man davon existieren kann.

Wir haben gesehen, es gibt eine Reihe von richtigen und wichtigen Gründen für den Existenzlohn, deshalb ist es auch eine gute Sache für alle Lehrlinge, wie auch für die gesamte Arbeiterklasse. Die Gewerkschaftsjugendfunktionäre werden deshalb mit ihren Argumenten auch nicht weit kommen und in der Tat, wenn sie sehen, daß sie damit nicht durchkommen, sagen sie,die Forderung sei illusionär, könnte niemals durchgesetzt werden.

Dazu ist erstens zu sagen, was soll man von Leuten halten,die zuerst mit allen möglichen Gerede zu verhindern suchen, daß wir uns hinter diese Forderung stellen und die, wenn ihnen das nicht gelingt, bloß noch jammern, der Existenzlohn sei sowieso nicht durchsetzbar?Gar nichts braucht man von solchen Leuten halten, denn sie wollen uns nur aufhalten und zurück – halten. Heute geht es vor allem darum, daß man die Mehrheit der Lehrlinge und Jugendlichen für diese Forderung gewinnt:
An den Berufsschulen, in den Betrieben, sowie in der Gewerkschaft. Überall muß man diese Forderungen besprechen, ebensolche Beschlüsse fassen, wie die Radiomechaniker und Fernmeldemonteure an der Mollardschule, man muß die Lehrlinge dafür gewinnen, daß sie in der ÖGJ mitarbeiten und dort dafür eintreten – das und nur das können gleichzeitige Schritte dazu sein, daß die Gewerkschaftsjugend eine schlagkräftige und klassenbewusste Jugendorganisation wird. Das ist durchaus nicht illusionär und auf diesem Wege werden wir die Kräfte sammeln, um den Existenzlohn auch durchzusetzen!

R.K.

KJÖ XVI

Diskussion um Existenzlohn

Unlängst besuchten wir eine Veranstaltung der KJÖ XVI, bei der über Lehrlingsprobleme diskutiert wurde. Unter anderem kamen wir auch auf die Bewegung für einen Existenzlohn zu sprechen.

Ein KJÖ-Funktionär sagte uns, im Grunde hätte man nichts gegen einen Existenzlohn, nur könne man das nicht durchsetzen und ausserdem würde der Kampf um einen Existenzlohn verhindern, dass die Ausbildung der Arbeiterjugend verbessert werden könne, da man zuviel Kräfte für die Durchsetzung des Existenzlohnes aufwenden müsste. Die Ausbildung sei das Wichtigste und deshalb müsste man auf einen Existenzlohn verzichten.

Wir zeigten daraufhin, dass gerade durch die jetzige Bewegung für den Existenzlohn immer mehr Jugendliche mobilisiert werden in die Gewerkschaftsjugend zu gehen und dort aktiv werden. So wurde ganz klar, dass dadurch die Arbeiterjugend gestärkt wird, auch in ihrem Kampf für bessere Ausbildungsverhältnisse, und nicht geschwächt.

Übrig blieb am Schluss nur mehr, dass man diese Forderung nicht durchsetzen könne, ein Jammern darüber, dass die Jugendlichen so leicht alles hinnehmen und nichts tun wollten. Er sagte, heute gehe es darum, die gesetzlichen Schutzbestimmungen auch wirklich durchzusetzen und gleichzeitig in einzelnen Fragen, wie z.B. um niedrige Kantinenpreise, an den einzelnen Berufsschulen zu kämpfen. Es ist sicherlich eine äusserst wichtige Sache, die schon erkämpften gesetzlichen Rechte auch in den einzelnen Betrieben durchzusetzen bzw. zu verteidigen. Sich aber darauf zu beschränken und im wesentlichen nicht darüber hinauszugehen, heisst, dass man mit dem Kapitalismus zufrieden wäre, würden bloss alle Gesetze eingehalten, heisst Kapitulation vor den Kapitalisten und deren Staat.

Abschliessend wollten wir noch wissen, warum die Volksstimme nicht auf den offenen Brief, der auch an sie abgeschickt wurde, eingeht. Man könnte doch wenigsten annehmen, dass sie einmal begründet, warum sie dagegen ist, einmal diese Frage aufwirft, denn der Kampf gegen die miserable Bezahlung der Lehrlinge ist doch eine wichtige Sache. Unsicher geworden, antwortete der KJÖ-Funktionär, er werde fragen, warum das nicht gemacht wurde.

R.K.

Wie sich ein Unternehmer Geld erspart

Eine Angestellte einer kleinen Firma wurde mit einer Lungenentzündung ins Spital eingeliefert und war insgesamt 5 1/2 Wochen im Krankenstand. Ab dem Moment, als sie ins Spital eingeliefert wurde, hat sie keinen Groschen Gehalt bekommen. Schuld daran ist der "rosa Schein" und ein Gesetz. Jenen rosa Schein, den man bei der Entlassung aus dem Spital bekommt, braucht man für den behandelnden Arzt, und man muß ihn auch bei den gruppenärztlichen Untersuchungen vorweisen. Von diesem vielgebrauchten Schein kriegt man nur ein Exemplar, und dieses kann man offensichtlich nicht aus der Hand geben. Als die Frau wieder in die Firma kam, sagte man ihr, sie habe keine Gehaltsansprüche für die Dauer des Krankenstandes: die Firma sei nur ab dem Moment verpflichtet zu zahlen, wenn der besagte Schein bei ihr eingelangt sei. Und das war eben **am ersten Arbeitstag nach dem Krankenstand der Fall. Es besteht ein Gesetz, nach dem der Unternehmer nicht verpflichtet ist, im Nachhinein mit dem Geld herauszurücken.**

Das alles erzählte die Frau im Lungenambulatorium in der Strohgasse und sagte: "Ich erzähle das jetzt überall, wo ich hinkomme, damit die Leute wissen, was da gespielt wird. Ich bin überall hingerannt, sogar zur Angestelltenkammer, und immer hat man mir gesagt: "Jetzt kann man da nichts mehr machen, aber fürs nächste Mal wissen Sie es nun, daß es so ein Gesetz gibt (obwohl es bis jetzt praktisch noch nie angewendet worden ist)". Das Arbeitsgericht hat genauso entschieden. Ich habe gar nicht glauben können, daß alle auf der Seite des Arbeitgebers sind!"

E.K.



Das Argument der Gemeinde, daß Tariferhöhungen dem aus dem Fugen geratenen Massenverkehr beikommen könnten, ist seit den letzten Erhöhungen anschaulich widerlegt worden. Die Wartezeiten werden immer länger, die Zustände in Straßenbahn und Autobus immer chaotischer.

Tariferhöhungen bei Straßenbahn angekündigt

Die Lage bei der Straßenbahn schaut für die, die mit ihr fahren müssen, zur Zeit so aus: Anmarschwege sind durch Verlegung von Haltestellen verlängert, die Wartezeiten durch gleichbleibende Wagenanzahl vergrößert, die Drängerei in den Wagen selbst immer ärger geworden. Außerdem sollen jetzt noch Linien aufgelassen werden, so im Rahmen der Ottakringer Assanierungen, die hochfrequentierte J-Linie. Vom versprochenen "Beschleunigungsprogramm" sind außer dem 49er alle Linien "verschont" geblieben. Es gibt keine neuen Tramwaytrassen. Aus der angekündigten Linie von der Großfeldsiedlung nach Floridsdorf, die schon längst notwendig ist, wird wohl bis in die 80er-Jahre nichts werden.
In den Verkehrsstoßzeiten kommt es regelmäßig innerhalb kürzester Zeit zu Autostaus, die sich elend lang nicht auflösen. Und die Straßenbahn steckt mittendrin (v.a.der 5er). Fällt dann noch der Strom zufällig aus (obwohl man auch für diesen Fall gewisse Sicherheitseinrichtungen bauen könnte), bleibt den Fahrgästen nichts mehr übrig, als zu warten oder zu Fuß zu gehen.

Seit der letzten Tariferhöhung hat sich also nichts, aber buchstäblich nichts zum Besseren verändert, das Gegenteil ist der Fall.
Alle Versprechungen der "Stadtväter" haben sich in Luft aufgelöst. Heute sagen sie: "Die Lage der Stadtwerke ist nicht rosig, aber im Todeskampf liegen sie nicht." (Nekula).
Was wollen die Verantwortlichen aber tun? Natürlich, Tariferhöhungen oder Einschränkung des Nahverkehrs. Als ob sie beide Möglichkeiten nicht schon bisher praktiziert hätten! Mit der Einschränkung des Nahverkehrs ist es aber so eine Sache: Im Budgetentwurf für 1976 ist eine 10%ige Steigerung der U-Bahn-Ausgaben vorgesehen. Warum ausgerechnet bei der U-Bahn? Weil z.B. 80% der Wiener Bauwirtschaft "freie Kapazitäten" haben, sprich: zuwenig Profite, um heil aus der Krise zu kommen.

Überhaupt kümmert sich die Gemeinde vorwiegend um die private Wirtschaft. Auch hat sie selber eigene Unternehmen. Da darf es nicht mehr verwundern, daß die Profite ihr Sorgenkind Nr.1 sind. Trotzdem ist im Verlauf der allgemeinen Wirtschaftskrise die Wiener Industrieproduktion 1975 um 8,8% gegenüber 1974 zurückgegangen. Dazu kommt eine Gemeindepolitik, die Kredithaftungen für die Kapitalisten übernimmt, ihnen Zinszuschüsse gewährt, Gründe baureif aufschließt und Pleiten bezahlt. Konkret: 1974 über 1 Milliarde Schilling Zinszuschüsse, 200 Millionen Kredithaftung, 1973 über 1 Million Quadratmeter Baugrundaufschließung um 110 Millionen Schilling, WIG-Park-Pleite (eine "Weltreise" dorthin für Erholungssuchende), zwei Fußgängerzonen für die Geschäftsleute (in denen laut Stadtratsbeschluß nicht einmal musiziert werden darf, weil es das "Einkaufsklima" stört), eine zur Hälfte leerstehende UNO-City, 700 Millionen S zur Bauringpleite, und wahrscheinlich noch viele andere "kleinere" Sachen, von denen man aber nichts hört.
Das alles ist Bestandteil der Gemeindepolitik wie auch der drohende Bankrott der Verkehrsbetriebe.

Wie stehen die Stadtwerke finanziell da?. In ihrem Bericht zum Wirtschaftsplan 1976 sind Einnahmen von 9,18 Milliarden S, an Ausgeben 12,19 Milliarden S vorgesehen. Die Differenz von 3 Milliarden S soll durch Investitionssperren und Aufnahme von Fremdkapital aufgehoben werden. Das bedeutet aber:

1. Keine Verbesserung bei den öffentlichen Verkehrsmitteln, sondern Tariferhöhung.
2. Steigende Verschuldung der Gemeinde bei den Banken. Diese machen durch die Zinsen mehr Profit.

Wer allerdings glaubt, daß dadurch die Straßenbahn wieder in Ordnung kommt, täuscht sich. Die Gemeinde gerät mehr und mehr unter die Fuchtel der Banken, und diese sind es, die den Geldhahn auf und zudrehen. Das zeigt sich schon an der Tatsache, daß Banken und Versicherungen ein Wachstum von 7,1% haben, während die Industrie bei - 8,8% steht und ständig nach Finanzspritzen schreit und sie von den "Stadtvätern" auch bekommt. Diese sind es gerade, die dieses Mißsystem auch noch verteidigen und sich daran selber sanieren.
Zum anderen haben die Herren der Gemeinde Angst vor einer Auseinandersetzung mit der Bevölkerung und schieben deshalb den Schwarzen Peter einmal den einen, dann wieder den anderen zu. So will Stadtrat Nekula die Zukunft des Tramwaytarifs von zwei Faktoren abhängig machen:
1. Von der Entwicklung der Einnahmen,
2. Vom Ergebnis der Gehaltsverhandlungen im öffentlichen Dienst: "Wenn hier hohe Forderungen kommen, können wir den Tarif nicht halten." Als ob Lohnverzicht die bis jetzt beschlossenen Erhöhungen verhindert hätte!
Was Nekula erreichen will, ist folgendes: die Wiener Bevölkerung in Beamte und Straßenbahnfahrer aufteilen und den Beamten damit die Verantwortung für die Misere in die Schuhe schieben. Er vertraut also nicht mehr allzusehr darauf, daß die Bevölkerung die Erhöhung widerstandslos hinnimmt. Tatsächlich zeigt sich das schon jeden Tag: immer mehr Fahrgäste fahren "schwarz". Die letzte Maßnahme, den Schwarzfahrern beizukommen, sollen jetzt "schwerpunktmäßige Razzien" auf einzelnen Linien und Anti-Schwarzfahrer-Gesetze sein. Vielleicht lassen sich dadurch einige Schwarzfahrer einschüchtern. Aber die einzig richtige Antwort auf die ständig steigenden Tarife kann nur sein, die Tariferhöhungen überhaupt zu verhindern!

Ge.

Unter "Wohnqualität verbessern" ist gemeint: Mieten hinauf!

"Sicher muß die Frage der Wohnbauförderung überprüft werden, ebenso wie alles, was mit der Wohnung zu tun hat". (Kreisky in der AZ vom 11.10.75)

Solche Äußerungen über den Wohnbau und die Wohnverhältnisse hört man in letzter Zeit sehr oft von den bürgerlichen Politikern.
Die Wohnungen sind schlecht, aber man ist dabei, sich etwas zu überlegen, - das sagte die SPÖ vor der Wahl, das sagt sie nach den Wahlen. Ihre "Überlegungen" spitzen sich alle auf ein und denselben Ausruf zu, der in den Zeitungen, im Rundfunk und auf Veranstaltungen unermüdlich wiedergekaut wird: "Die Wohnqualität muß verbessert werden!"

Warum, fragt man sich, schreien die Politiker plötzlich so laut nach einer Verbesserung der Wohnqualität? Weil sie selbst in schlechten Wohnungen leben müssen? - Das kann es kaum sein. Ihre Prunkwohnungen und Villen, die sie sich mit ihren hohen Gehältern und Zuschüssen leicht leisten können, sind ja allen bekannt, sind sie doch in den Illustrierten und in den Wochenendbeilagen der Tageszeitungen oft genug zu bewundern.
Ist es vielleicht ihre Sorge um <u>unsere</u> schlechten Wohnungen, die die Politiker so quält?

Was steckt hinter der dem Schlagwort: »Verbesserung der Wohnqualität«

Die Wohnsituation für die arbeitenden Menschen in Wien ist tatsächlich sehr traurig: 1971 gab es in Wien 237.000 Wohnungen ohne Klo und Wasser, 133.000 Wohnungen ohne Dusche oder Bad (nach offiziellen Angaben der Gemeinde).
Bis heute hat sich an diesen Zahlen so gut wie nichts geändert. Das heißt, ca. 370.000 Familien müssen in Wohnungen ohne ordentliche Waschgelegenheiten leben. Dazu kommt, daß der übrige Zustand dieser Wohnungen, abgesehen von Klo und Wasser, außerordentlich schlecht ist.
Nun sind es aber nicht nur diese 370.000 Wohnungen, die in schlechtem Zustand sind, sondern es gibt noch genügend Wohnungen, die trotz Klo und Wasser äußert dürftig und oft viel zu klein sind.

Diese elenden Mißstände, so posaunt die Regierungspartei von allen Seiten, werde die SPÖ beseitigen, - und dafür habe sie auch schon die Wunderwaffe gefunden: <u>die Stadterneuerung!</u>

Um die Stadterneuerung durchführen zu können, wurde 1974 das Gesetz "betreffend der Assanierung von Wohngebieten", genannt das "Stadterneuerungsgesetz", beschlossen (mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP).
Wie das Stadterneuerungsgesetz in der Praxis angewandt aussehen wird, sieht man am ersten Stadterneuerungsvorhaben in Wien, am "Beispiel Ottakring".

Im inzwischen als Assanierungsviertel bekannten Gebiet zwischen Ottakringerstraße, Thaliastraße, Wattgasse und Eisnergasse sollen die "städtebaulichen Mißstände" beseitigt werden. D.h., das ganze Viertel soll umgestaltet und erneuert werden. 78% der Wohnungen in diesem Gebiet sind Basenawohnungen. Die Häuser mit diesen Wohnungen sollen erneuert oder abgerissen werden, an ihrer Stelle werden Neubauten und neue Wohnungen mit Klo und Wasser entstehen.

"Erhaltungswürdige alte Häuser sollen bestehen bleiben. Nur dort, wo dies aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen nicht möglich ist, wird es zu einem Abbruch kommen" (aus der "Ottakringer Assanierungszeitung"). Wer die alten, halbverfallenen Häuser in diesem Viertel kennt, wird sich vorstellen können, daß im Zuge der Assanierungen in Ottakring viele Steine rollen werden.
Es wird also in diesem Gebiet mit 78% Basenawohnungen ein modernes Wohn- und Geschäftsviertel ohne Basenawohnungen entstehen. So weit, so gut -, die schlechten, "menschenunwürdigen" Wohnungen werden verschwinden.
Aber jetzt kommt der Zweck der Sache:

Auf die Frage, was eine assanierte (erneuerte oder verbesserte) Wohnung im Durchschnitt einen Mieter kosten wird, antwortete der SP-Politiker Hobel, Abgeordneter zum Nationalrat, auf einer Veranstaltung der Gemeinde in Ottakring am 27.11.75.:
"Für die assanierte Wohnung muß der Mieter im Durchschnitt mit 1700 bis 2500 S Eigenmittelaufbringung pro Quadratmeter und mit einer durchschnittlichen Nutzgebühr (Miete) von 25 - 27 S pro Quadratmeter rechnen.".

Bürohäuser und Supermärkte anstelle von Wohnhäusern, zerstörtes Stadtbild: Folgen der Assanierungspolitik.

Das würde für eine kleine Wohnung mit 50 m^2 im Schnitt 105.000 S Erneuerungskosten und 1.300 S Miete (dazu kommen noch die Betriebskosten) ausmachen.

"Die Gemeinde wird helfend eingreifen", tröstete Herr Hobel, "indem sie relativ günstige Kredite gewähren wird." Und als Draufgabe erklärte er lächelnd und achselzuckend: "Eine genossenschaftliche Neubauwohnung kostet heute auch nicht weniger."

Wem nützt die Stadterneuerung ?

Heute zahlen die Menschen, die in einer Basenawohnung mit 50 m^2 wohnen, ohne Betriebskosten 50 S Miete. Durch die Assanierungen würde man neben den Kreditrückzahlungen für die Erneuerungskosten eine um mehr als das zwanzigfache gestiegene Miete zu zahlen haben.

Wer jetzt noch meint, die Stadterneuerung wird an den schlechten Wohnbedingungen der arbeitenden Menschen etwas verbessern, der müßte sagen: Die Menschen, die in den billigen Wohnungen ohne Klo und Wasser leben, die wohnen aus Spaß dort oder weil sie sich nicht gerne waschen.
Die Realität ist anders:
Die Arbeiter und Pensionisten wohnen in den schlechten Wohnungen aus dem einfachen Grund, weil sie sich keine besseren leisten können!

Das heißt, viele werden aus dem Assanierungsviertel verdrängt werden, um woanders, wiederum in schlechten Wohnungen unterzukommen. Nur diese "neuen" schlechten Wohnungen werden trotzdem teurer als die alten schlechten Wohnungen sein, weil die Friedenszinsmiete (1 S/m^2) wegfällt.
Andere, die keine passende, billige Wohnung finden, werden sich noch mehr in Schulden stürzen und noch mehr schuften und Pfuscharbeit machen müssen, um sich das Wohnen leisten zu können.

Den Arbeitern, kleinen Angestellten und Pensionisten bringt die Stadterneuerung keine Verbesserung, sondern im Gegenteil eine erhebliche Verschlechterung ihrer Lebenshaltung.

Anders sieht es für die Gemeinde, für die Banken und die Finanzierungsgesellschaften aus, die sich mit ihrem Kapital an der Stadterneuerung beteiligen:

Sie kaufen sich in das Assanierungsviertel ein, erneuern die Häuser, errichten Neubauten und neue Geschäftsbauten, gewähren die "relativ günstigen" Kredite, - kassieren die Zinsen und setzen die Mieten für die erneuerten Bauten ordentlich hoch an.
Während sich die Gemeinde und die Banken in der Vorfreude auf das gute Geschäft mit der "Stadterneuerung" die Hände reiben, erheben die "Väter" der Stadterneuerung, - die bürgerlichen Politiker, allen voran die Regierungspartei, ein großes Geschrei von "Verbesserung der Wohnqualität" und vom "Recht auf eine menschenwürdige Wohnung".
Mit ihrem Geschrei versuchen sie ihre volksfeindliche Politik zu verbergen, eine Politik die es den großen Finanzgesellschaften ermöglicht, auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung ein zusätzliches Geschäft zu machen.

W.H.

Die Fristenlösung in der Praxis

Seit 1.1.1975 ist die Fristenlösung in Kraft. Viele sind auch heute noch der Meinung, daß dieses Gesetz ein Fortschritt gegenüber dem alten § 144 ist, da "ja die Frauen jetzt eh in den ersten drei Monaten abtreiben können." Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? In ganz Österreich werden nur in dreizehn Spitälern, davon fünf in Wien, Abtreibungen durchgeführt. Das alles auf Grundlage des Gesetzes, denn "kein Arzt ist verpflichtet, einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen oder an ihm mitzuwirken." (§ 97, Abs.2.). Das bedeutet daß es in den meisten Bundesländern eben kein Spital gibt, das Schwangerschaftsabbrüche vornimmt. Diese Situation führt zu einem beschwerlichen, fast ausweglosen Kampf der Betroffenen um eine Abtreibung

"Ich bin bereits viermal nach Wien gefahren, um im Wilhelminenspital nachzufragen, ob ein Bett für mich frei ist," erzählte uns eine Niederösterreicherin, "denn Frauen aus den Bundesländern kommen da nur dran, wenn es sich eben ausgeht. Ich habe jetzt schon 700.- an Fahrtspesen ausgegeben. Ich kann aber jetzt nicht mehr länger zuwarten."

Sie ging dann zu einer Ärztin, die bei ihr unter dem alten § 144 schon einmal eine Abtreibung vorgenommen hatte. Damals bezahlte sie 5.000.-. Heute wird sie nicht mehr so billig davonkommen. Die Ärzte, die privat abtreiben, haben nämlich seit dem Inkrafttreten der Fristenlösung ihre Honorare verdoppelt, da den Frauen, die in den Spitälern nicht drankommen, nichts anderes übrigbleibt, als privat abzutreiben.

Haben die Frauen das Glück, in einem Gebiet zu wohnen, wo Spitäler sind, die abtreiben, dann bedeutet das noch lange nicht, daß diese auch zu einem Schwangerschaftsabbruch kommen.

"Es besteht natürlich kein Rechtsanspruch auf eine Abtreibung", sagte Bundeskanzler Kreisky nach dem Inkrafttreten der Fristenlösung.

Schauen wir uns einmal den Weg an, den eine Schwangere zu gehen hat, wenn sie sich für eine Abtreibung entschieden hat: Zuerst muß sie laut Gesetz eine Beratungsstelle aufsuchen. Dort wird sie anfangs gleich einmal registriert. Dann wird ihr erzählt, was der Staat so alles für die Kinder leistet (Geburten-, Kinderbeihilfe, freie Schulbücher, usw.). Es wird auf sie eingeredet, und sie wird so hingestellt, als ob sie eine für alle unfaßbare Tat begehen wolle.

"Von den Beratungsstellen wird erwartet, daß sie der Frau die möglichen Konsequenzen einer Abtreibung bzw. die Alternativen für eine Abtreibung aufzeigen." So schilderte Fr. Staatssekretär Karl die Aufgaben einer Beratungsstelle in einer Fernsehdiskussion mit der Aktion Leben am 25.11. Die Vorsitzende der Sozialistischen Frauen Fr. Bundesrat Demuth erklärte weiter, daß durch die Beratung die Frauen eventuell bewegt werden könnten, das Kind auszutragen.

Läßt sich die Frau nicht einschüchtern und besteht sie weiterhin auf Abtreibung, wird sie einem Arzt vorgeführt. Dieser hat nun verschiedene Möglichkeiten. Er kann ihr laut Gesetz eine Abtreibung verwehren ("Die Fristenlösung bedeutet Entscheidung des Arztes nach seinem Gewissen," erklärte Fr.Staatssekretär Karl). Er kann ihr, trotz besserem Wissen der Betroffenen erklären, daß sie über die Frist hinaus ist. ("Was mir die Frauen so vorschwindeln", sagte Dr. Rockenschaub, Primar der Semmelweisklinik in Wien). Er kann ihr mit gutem Gewissen sagen, daß kein Bett frei ist, in dem für sie notwendigen Zeitraum.

Die Abtreibungsziffern des ersten halben Jahres beweisen, daß das neue Gesetz die Abtreibungsmöglichkeiten wirkungsvoller verhindert, als der alte § 144: Bis Juni 1975 konnten ungefähr 14.000 Frauen abtreiben. Das bedeutet, daß in einem Jahr für ca.30.000 Frauen ein Schwangerschaftsabbruch möglich ist. Es waren unter dem alten § 144 100.000 bis 150.000 Frauen jährlich, die keinen anderen Ausweg mehr sahen, als abzutreiben.

Der Staat hat auch keine Maßnahmen getroffen, daß die Spitäler überhaupt imstande wären, die zusätzliche Arbeit zu leisten. Es wurde weder zusätzliches Personal aufgenommen, noch wurden mehr Betten zur Verfügung gestellt.

"Die brauchen Maschinen- und Kanonenfutter", erklärte wütend eine Frau bei einem Agitationsstand.

Wir aber brauchen das Recht auf Abtreibung, da die sozialen Verhältnisse die Frauen immer wieder zur Abtreibung als letzten Ausweg zwingen. B.K.



In der Woche vom 24.11. bis 1.12.75 lag das Volksbegehren der Aktion Leben in den Bezirksämtern zur Unterschrift auf. Die Aktion benützte dies als Anlaß zur massiven Agitation. Mit überdimensionalen Plakaten, Flugblätter, Annoncen etc. warb sie um den "Schutz des menschlichen Lebens" und stempelte jeden, der für das Recht auf Abtreibung eintritt, zum Kindesmörder.

Keine Gemeinsamkeit mit der Aktion Leben

Im Kino, Fernsehen und bei verschiedenen Veranstaltungen zeigten sie einen Film über die Entwicklung eines Embryos bis zur Geburt. Dieser Film war zweifellos sehr interessant - nämlich die Entwicklung der einzelnen Organe beim Embryo zu beobachten - vorausgesetzt, daß man sich auf das Kind freuen kann!
Vielfach sind aber die Verhältnisse so, daß Kinder eine zu große finanzielle und psychische Belastung darstellen, sodaß die Frau zu einer Abtreibung gezwungen ist. Durch den Film sollte jedoch der Eindruck erweckt werden, daß es sich bei einem solchen Eingriff um einen gemeinen Mord an einem unschuldigen, bereits mit Persönlichkeitsmerkmalen ausgestatteten menschlichen Leben handelt.

Diese Frage ist aber für die Hauptsache nicht entscheidend: Denn die Frage, ob eine Abtreibung Mord ist oder nicht, können sich die betroffenen Familien gar nicht leisten, angesichts dessen, daß sie das Kind allein aufziehen müssen und über die notwendigen Mittel nicht verfügen.

Wer sind sie denn, diese Schreihälse, die angeblich den Schutz des Lebens fordern und was tun sie zum Schutz des Lebens, wenn das Kind einmal geboren ist?
Ganz besonders tut sich da die Kirche hervor, die mit ihrer Propaganda unter der Bevölkerung den einen Teil der Bourgeoisie unterstützt, der diese Methode des Abtreibungsverbots für wirkungsvoller hält. Wie weit es der Kirche aber wirklich um den Schutz des Lebens geht, zeigt sich angesichts dessen, daß sie im Kriegsfall die Waffen segnet, daß der Vatikan ein Hauptaktionär in der amerikanischen Rüstungsindustrie ist und in verschiedenen Konzernen die Finger im Spiel hat. Noch nie aber hat die Kirche ein Wort verloren über die immer größer werdende Arbeitshetze, an der Menschen psychisch und physisch zugrunde gehen, noch über die schlechten Lebensbedingungen der Arbeiterklasse.

Um den Schutz des Lebens geht es der Aktion Leben offensichtlich nicht, sondern ganz eindeutig stehen dahinter die Interessen der Kapitalisten, möglichst billige Arbeitskräfte in genügendem Ausmaß zur Verfügung zu haben.

Das zeigt sich z.B. in ihrer Broschüre "Leben leben Leben", wo sie schreiben: "Daß Pensionen in 20, 30, 40 Jahren auch wirklich ausbezahlt werden können, hängt davon ab, ob zu jedem Zeitpunkt genügend Menschen im Arbeitsprozess stehen..." (Wir sind aber der Meinung, dass die Pensionen von den Kapitalisten bezahlt werden sollen, für die die Arbeiter ihr Leben lang geschuftet haben.

Da aber die Geburtenrate seit

Jahren zurückgeht und heuer sogar ein Geburtendefizit aufweist, wurden die Kapitalisten in Panik versetzt, dass der nötige Nachschub an Arbeitskräften ausbleibt. Das zu verhindern ist gemeinsames Anliegen der Aktion Leben und der SPÖ mit ihrer Fristenlösung. In ihrem Ziel sind sich also beide einig, nur um die Methode hat sich ein Streit entfacht.

Die SPÖ konnte mit dem Fristenlösungschmäh Teile des Volkes in Illusionen stürzen, dass sie das Recht auf Abtreibung nun hätten, die Aktion Leben dagegen machte sich durch die offene Form der Unterdrückung bei der werktätigen Bevölkerung, die das Recht auf Abtreibung braucht und fordert, nur verhasst.

Wie sehr daher die Aktion Leben die Auseinandersetzung mit den breiten Massen scheut, zeigt sich deutlich am Ort und Zeitpunkt des Schweigemarsches. Aus den Bundesländern zusammengetrommelt zogen sie an einem Samstagnachmittag schweigend durch die ausgestorbene Innenstadt. Ob sie sich wohl fürchteten, in einem Arbeiterbezirk gelyncht zu werden?

Trotz der 763.5o4 Unterschriften hat die Aktion Leben praktisch keinen Rückhalt in der Bevölkerung. Dies zeigte sich unter anderem bei den verschiedenen Passagendiskussionen (während die Aktion Leben Unterschriften sammelte, verkaufte das Komitee für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen 72 Borschüren) und auf der Universität, wo bei einer Propagandaveranstaltung der Aktion Leben eine Resolution für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen mit grosser Mehrheit beschlossen werden konnte.

E.O./T.K.

"Arbeitsmarktförderung"

Um in der kapitalistischen Krise zu überleben, müssen die Kapitalisten genügend Profit machen - auf dem Rükken der Arbeiter. Ein gutes Mittel, die Schwierigkeiten auf die Arbeiter abzuwälzen, sind Rationalisierungen. Das Geld, das die Kapitalisten dafür brauchen, schanzt ihnen der Staat zu, zum Teil aus Steuermitteln, zum Teil aus der Arbeitslosenversicherung. Das ganze läuft unter dem Namen "Arbeitsmarktförderung".
Der Anteil der Arbeitsmarktförderung, der aus der Arbeitslosenversicherung gezahlt wird(!) stieg in den letzten drei Jahren um das Doppelte (1975: mehr als 1/4 der Einnahmen der Arbeitslosenversicherung). Die Begründung der Regierung dafür, daß das Geld aus der Arbeitslosenversicherung genommen wird, ist, daß dadurch ja Arbeitsplätze gesichert und geschaffen würden. Wofür werden aber diese aus der Arbeitslosenversicherung wirklich verwendet?

DIE ARBEITSMARKTFÖRDERUNG HILFT NUR DEN KAPOTALISTEN BEIM RATIONALISIEREN

Die arbeitsmarktpolitischen Förderungsmassnahmen teilen sich im wesentlichen auf drei Bereiche auf:

1. Auf Beihilfen bei "kurzfristigen Beschäftigungsschwierigkeiten" - in erster Linie die Kurzarbeiterunterstützung. Diese erhalten die Kapitalisten aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung zurück und sie haben damit eine bestimmte Zeitspanne hindurch geringer Lohnkosten. Das setzt sie in die Lage, ohne allzugrosse Eigenkosten ihre Rationalisierungsvorstellungen in der Praxis zu erproben. So war das auch bei der Firma Engel/Schwertberg, wo 513 Arbeiter von März bis Juli nur 32 Stunden arbeiteten, 57 entlassen wurden, die Produktion aber in vollem Umfang aufrecht erhalten wurde und gleichzeitig eine neue Härterei, die Arbeitskräfte einsparen soll, um 25 bis 3o Millionen Schilling gebaut wurde.

Im Voranschlag für 1975 sind von den insgesamt 882 Millionen für die Arbeitsmarktförderung 15,7 Millionen für diese "kurzfristigen Beschäftigungsschwierigkeiten" vorgesehen. Diese Zahl wird aber sicher bedeutend überschritten werden, da bis Juni mehr als 11 Millionen Schilling Kurzarbeitsunterstützung allein an fünf grosse Betriebe, die kurzgearbeitet haben, ausbezahlt wurden (Swarovski, Hämmerle, Glanzstoff-St. Pölten, Puch und Getzner).

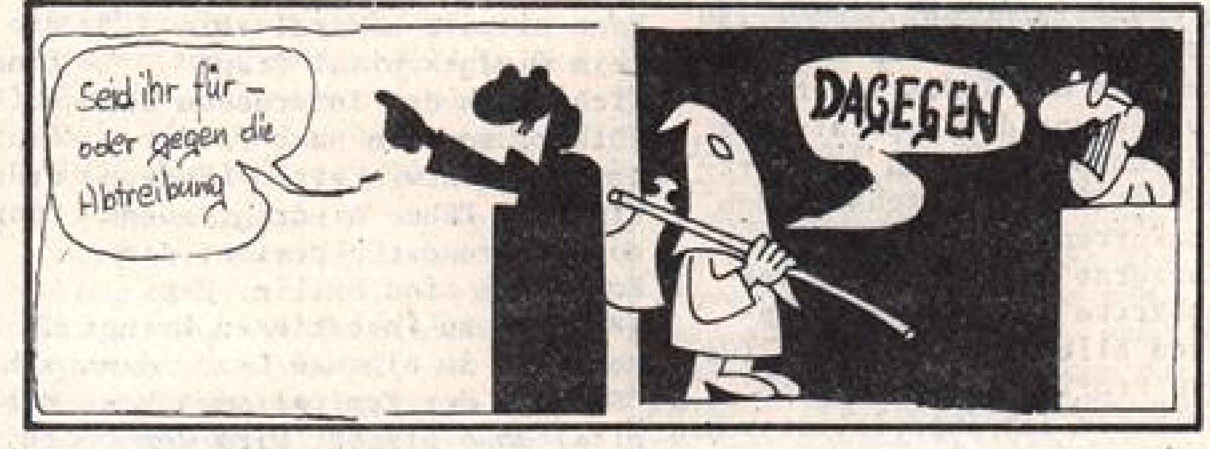
2. Auch bei "längerfristigen Beschäftigungsschwierigkeiten" z.B.wenn in einer ganzen Branche die Profite nicht mehr so hoch sind, bekommt der Kapitalist Beihilfen aus der Arbeitslosenversicherung (Voranschlag heuer: 25 Mio.) zur Umstellung des Betriebes oder zur Durchrationalisierung, um mehr Profit aus den Arbeitern herauspressen zu können. Für einen Teil der Belegschaft heißt das Entlassung und vielleicht Arbeitslosigkeit, für den anderen Teil intensivere Arbeit.

3. Der dritte Bereich der Arbeitsmarktförderung sind die Ein-, Um- und Nachschulungen.
Diese Schulungen sind keineswegs im Interesse der Arbeiter, denn damit soll ihnen vorgegaukelt werden, daß mit Umschulen der Arbeitslosigkeit beizukommen wäre.
Außerdem sind sie ein Mittel zur Spaltung, weil sie in einigen Illusionen schafft über die Erlangung eines neuen Arbeitsplatzes und sie vom einheitlichen Kampf um den Arbeitsplatz abhält.
Im Interesse der Kapitalisten sind diese Schulungen aber sehr wohl. Die Kapitalisten brauchen sie immer mehr, damit Arbeiter leichter austauschbar werden, leichter von einem auf einen anderen Arbeitsplatz geschoben werden können und, wenn einer entlassen werden soll, weil er sich gegen die Arbeitshetze wehrt und einen höheren Lohn verlangt, schnell ein anderer auf seinen Arbeitsplatz umgeschult werden kann, auch wenn es sich um eine qualifizierte Arbeit handelt.

Alle diese Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung, die aus der Arbeitslosenversicherung gezahlt werden, sind nicht im Interesse der Arbeiter - sie spalten sie auf.

Sie sichern nicht die Arbeitsplätze, sondern gefährden sie weiter. Es sind Maßnahmen dazu, den Druck auf die Arbeiter zu erhöhen, auf dieser Grundlage die Arbeitshetze und Ausbeutung zu verschärfen und insgesamt weitere Entlassungen vorzubereiten. Die Arbeiter aber brauchen die Arbeitslosenversicherung dazu, um während der Zeit der Arbeitslosigkeit leben zu können. Die Notwendigkeit, daß die Arbeitslosenversicherung auch wirklich für nichts anderes verwendet wird, ist umso größer, da die Arbeitslosenzahlen immer mehr steigen: Während wir jetzt bei etwa 80.000 halten, haben Sozialminister Häuser und ÖGB-Präsident Benya für den Winter bereits über 100.000 angekündigt.

D.W.,I.P.



Fristenlösung und KPÖ

Am 26.11. rief die KPÖ zu einer Demonstration auf unter der Losung: "Für die Durchführung der Fristenlösung". Diese Forderung begründet sie in ihrem Flugblatt so:
"Grundsätzlich sind wir zwar für die völlige Streichung der Strafbestimmungen ......
Aber jetzt kommt es vor allem darauf an, eine Verschlechterung der gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen zu verhindern."
Sie fürchtet also, daß das Volksbegehren der Aktion Leben zu einer Wiedereinführung des § 144 führt, und man deshalb die Fristenlösung dagegen verteidigen müsse.
Dahinter steckt aber die völlig falsche Vorstellung, daß die Fristenlösung ein Fortschritt sei, daß jetzt die Abtreibung straffrei sei, und man vom Staat fordern müsse, daß er für die Durchführung in den Spitälern sorgt.
Tatsächlich ist es aber so: der Staat hat keinerlei Interesse daran, daß den Frauen eine Abtreibung ermöglicht wird und daß sie darüber selbst entscheiden.
Im Gegenteil, die Fristenlösung ist für ihn ja gerade ein wirkungsvolleres Mittel, Abtreibungen unter Kontrolle zu kriegen und sie zu verhindern, ohne die Verhältnisse, die zur Abtreibung zwingen zu ändern.
Aber auch den Zuschauern am Straßenrand konnten binnen weniger Minuten klargemacht werden, daß die KPÖ-Forderungen überhaupt nicht geeignet sind, den Kampf ums Recht auf Abtreibung vorwärtszutreiben. Es herrschte außerdem große Verwirrung bei den Leuten, die meisten glaubten, es handle sich um eine SPÖ-Demonstration.
Die Demonstration erweckte den Eindruck, daß es der KPÖ-Führung nicht gelungen ist, ihre Mitglieder alle von der Richtigkeit und Wichtigkeit dieser Forderung zu überzeugen, denn nicht mehr als 200 Leute bewegten sich von der Stafa die Mariahilferstraße hinunter bis zur Passage am Getreidemarkt, wo sie die Abschlußkundgebung hielten.
Auf die provokante Frage eines KPÖlers "Zeigt's mir einen, der das Gesetz nicht für einen Fortschritt hält" rief gleich ein Mann: "Na ist doch eh ganz klar, daß das kein Fortschritt ist!"

19 Länder der Dritten Welt und 8 westliche Industrienationen werden voraussichtlich am 16./17. Dezember in Paris über die Neuregelung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen verhandeln, insbesondere über Energie-, Rohstoff- und Finanzierungsfragen. Den Ländern der Dritten Welt wird es darum gehen, die Ausbeutung und Kontrolle durch die imperialistischen Industrienationen weiter abzuschütteln. Sie werden Vorschläge machen, die geeignet sind, ihre Handelsbedingungen zu verbesseren und ihre nationalen Wirtschaften zu entwickeln.

Den Imperialisten wird es darum gehen, das internationale Ausbeutungssystem zu erhalten. Sie kontrollieren die Strukturen und Mechanismen der gesamten Weltwirtschaft und verwandeln die wesentlichen Reichtümer der Dritten Welt in eine Profitquelle für sie, indem sie über alle Kommandohebel der Weltwirtschaft verfügen. Sie werden die Heiligkeit des "freien" Weltmarktes beschwören, der aber keineswegs frei ist, dessen Preise vielmehr von den Kartellen, Trusts und multinationalen Gesellschaften diktiert werden.

Österreich wirbt um Zulassung zur Imperialisten an den Ver

Der österreichische Imperialismus hat Anteil an der schlechten Lage der Entwicklungsländer

In einem "vertraulich gehaltenen Brief an den Leiter der Energie-Agentur, Botschafter Davignon" (Presse, 15.1o.) hat Staatssekretär Veselsky erklärt, dass Österreich geeignet sei, bei der Rohstoffkonferenz die "Neutralen" zu vertreten. Österreich sei selber neutral, habe gute Beziehungen zur OPEC und produziere selber Erdöl. Vor der UNO verkündete Bielka-Karltreu, dass ein "neuer Marshall-Plan für die Entwicklungsländer" nötig sei.

Mit Plänen dieser Art haben die Entwicklungsländer aber ihre Erfahrungen. Solche Pläne sind immer darauf hinausgelaufen, dass die Produktion der Dritten Welt auf die Bedürfnisse der Industriestaaten ausgerichtet und damit Abhängigkeit und Armut dieser Länder vergrössert werden.

Die Praxis der Imperialisten ist einfach: Zumeist gewähren sie hochverzinste Kredite und knüpfen verschiedene Bedingungen daran: Vor allem, Rohstoffe importieren und im Gegengeschäft Fertigwaren exportieren zu können. Oder etwa Tochtergesellschaften ihrer Konzerne in diesen Ländern errichten zu können.

Die Entwicklungsländer geraten so unter Druck: Kapital brauchen sie, um ihre Wirtschaft zu entwickeln. Als Gegenleistung können sie nur ihren Rohstoff anbieten und sind gezwungen, den Markt für ausländische Fertigwaren zu öffnen. Zu einer selbständigen industriellen Entwicklung kommen sie auf diese Weise nicht und müssen den Grossteil der Kredite gerade wieder in die Produktion des einen oder anderen Rohstoffes stecken.

Die Wiener Zeitschrift "Neue Entwicklungspolitik" (Jhg. 1/75) schreibt, dass vom 24 Milliarden Dollar Weltbank-Darlehen an die Dritte Welt nur 3,5 für die industrielle Entwicklung bestimmt waren.

In den Jahren 1964-74 haben die Industriestaaten zwar 36 Milliarden Dollar-"Hilfe" gewährt (o,21 % ihres Sozialproduktes), mehr als sechsmal so viel ist aber allein durch die Ausbeutung des Erdöls in den Entwicklungsländern an Gewinnen zu den Imperialisten zurückgekommen. Gegen Ende des letzten Entwicklungs"hilfe"plans der Weltbank betrug die Schuldenlast der Entwicklungsländer 79 Milliarden Dollar und die Schuldenrückzahlung in diesem Jahr wird etwa 9 Milliarden betragen.

An einer so gewinnträchtigen "Hilfe" hat auch das österreichische Monopolkapital grosses Interesse. Immer lauter werden die Rufe der Banken und der Industrie nach Forcierung des Kapital- und Warenexports, denn die Wirtschaftskrise verschärft den Konkurrenzkampf der grossen Konzerne weltweit. Die verschärfte Ausbeutung im Inland allein genügt nicht für den Profit. Der Austausch zwischen den imperialistischen Staaten selbst ist infolge der Gleichzeitigkeit der Krise zurückgegangen und der Ausweg wird im Kampf um die Märkte der Entwicklungsländer gesucht. So ist der Aussenhandel Österreichs mit dem EG- und EFTA-Raum und mit Osteuropa durchwegs rückläufig. (s. Kasten rechts oben)

Das Monopolkapital kann niemals neutral sein

Wie die anderen imperialistischen Staaten hat auch Österreich Anteil daran, dass die Entwicklungsländer in Abhängigkeit gehalten werden, indem sie industrielle Fertigwaren zu immer höheren Preisen abnehmen müssen und auf den Verkauf ihres meist einzigen Produkts, eines Rohstoffes, angewiesen sind.

Was hat es nun mit der "Neutralität" auf sich, auf die

AUSSENHANDEL ÖSTERREICHS IM EUROPÄISCHEN RAUM (Veränderungen gegenüber August 1974)

	EINFUHR	*AUSFUHR*
EG	*- 851 Mio S*	*- 233 Mio S*
EFTA	*- 2o8 Mio S*	*- 442 Mio S*
OSTEUROPA	*+ 12 Mio S*	*- 222 Mio S*

aus: "Die Industrie", 43/75

Gelungen ist es der österreichischen Bourgeoisie, den Export in die OPEC-Staaten gewaltig zu steigern. In erster Linie industrielle Fertigwaren wurden ausgeführt und Rohöl importiert. Die Importe wurden aber bald stark eingeschränkt, was einen grossen Verlust für diese Länder bedeutete, da die Preise der Fertigwaren stark anstiegen.

"Allein in den ersten 8 Monaten 1975 konnten die österreichischen Exporte nach dem Irak um 84,7 %, in die Vereinigten arabischen Emirate um 178,8 % und nach Lybien um 62,1 % gesteigert werden." (Pressespiegel der Wirtschaft, 46/75)

Der Wert der Importe aus Lybien ist allerdings von 1.432,2 Mio S (Jänner bis August 1974) auf 943,o (Jänner bis August 1975) gesunken. Fast halbiert wurden die Importe aus dem Irak, nämlich von 4.449,8 auf 2.719,o Mio S. Ungleiche Handelsbeziehungen dieser Art haben dazu geführt, dass das Wachstum des Welthandels ausschliesslich auf dem Konto der imperialistischen Industriestaaten verbucht wurde. Dagegen ist der Anteil der Entwicklungsländer am Weltexport von 21 % (196o) auf 17 % (197o) gesunken!

sich Staatssekretär Veselsky berufen hat, um für die Vertretung der österreichischen Monopolinteressen einen Platz in Paris zu bekommen?

Ein imperialistischer Staat kann niemals neutral sein. Sein Finanzkapital fragt nicht nach den Interessen der Völker, sondern nach Profit. In den unentwickelten Ländern sind die Löhne niedrig, ebenso die Grundstückpreise; die Rohstoffe sind billig. Kapital dort zu investieren bringt mehr als im eigenen Land, denn *"Solange der Kapitalismus Kapitalismus bleibt, wird der Kapitalüberschuss nicht zur Hebung der Lebenshaltung der Massen in dem betreffenden Lande verwendet - denn das würde eine Verminderung der Profite der Kapitalisten bedeuten - sondern zur Steigerung der Profite durch Kapitalexport ins Ausland, in rückständige Länder" (Lenin, "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus").*

Daran hält sich auch das österreichische Kapital, wenn es auch ein verhältnismässig kleiner Räuber unter grossen ist. Daran muss es sich halten, soll es nicht von den internationalen Konkurrenten verschluckt werden.

So ist die VÖEST-Alpine mit der brasilianischen Maschinenbaufirma S.A. Metalurgica beim Ausbau der brasilianischen Stahlindustrie beteiligt; mit dem 2 Milliarden-Auftrag für den Stahlwerksbau in der Saldana Bay im rassistischen Südafrika wird die VÖEST an die 7 % der Aktien dieses Werkes erwerben. Die Gewinne, die den VÖEST-Kapitalisten und den österreichischen Banken, die die Kredite für die Auftragsfinanzierung bereitstellen, zufliessen, werden mit dem Blut der faschistisch unterdrückten schwarzen Bevölkerung bezahlt sein.

Im Rahmen einer Erdöl-Erschliessungs-Gesellschaft ist die ÖMV zu 5 % in Persien beteiligt (Presse, 21.11.); auch dort sind die Arbeitskräfte billig und die Profite hoch und die Arbeiter und Bauern rechtlos unter der terroristischen Schah-Diktatur. Das weiss auch die ELIN-Union und pflegt daher grosszügig den persischen Markt: *"Eine noch intensivere Marktpflege des Nahen und Mittleren Ostens strebt die Elin-Union mit der Gründung einer Tochtergesellschaft im Iran an. Die ELIN-IRAN-COMMERCIAL and ENGINEERING COMPANY, an der die österreichische Elin-Union mit 8o % beteiligt ist, wurde dieser Tage aus der Taufe gehoben.... Der Auftragsstand beträgt derzeit 15o Millionen Schilling" (Wiener Zeitung, 26.11.). Ausserdem wird die Elin laut "Presse" vom 31.1o. Einphasenbahnstromtransformatoren und Kompensationsdrosselspulen im Wert von rund 15o Millionen Schilling nach Südafrika liefern.*

Internationalen Rohstoffkonferenz
handlungstisch gezwungen

Einsparungen im Inland - massiver Kapitalexport ins Ausland

Während im Inland die Kapitalistenklasse über zu hohe Löhne jammert, die angeblich "an der Substanz der Betriebe" zehren, während im Inland Betriebe, die zuwenig Profit bringen, verkauft und stillgelegt werden, die Löhne gedrückt und Sozialleistungen vermindert werden, wird das reichlich vorhandene überschüssige Kapital ins Ausland exportiert. Dort wird es vermehrt durch profitable Investitionen und zinsenträchtige Kreditfinanzierungen und fliesst von dort wieder zurück an seine Eigentümer, die CA-BV, die Girozentrale, die Länderbank und die übrigen grossen Banken, die auch die Herren der Industrie sind.

Hat die Kapitalbilanz, d.h. die Differenz zwischen den österreichischen Beteiligungen im Ausland, den von Österreich gewährten Auslandskrediten, erworbenen Aktien, Grundstücken usw. und den ausländischen Geschäften dieser Art gegenüber Österreich 1969 noch ein Passivum von 2.962 Millionen Schilling aufgewiesen, so war sie 1973 mit 2.962 Millionen S aktiv und betrug 17.378 Millionen S. Das österreichische Finanzkapital steigerte seinen Kapitaleinsatz im Ausland von 4.225 Millionen S im Jahr 1966 auf 9.164 Millionen S 197o und auf 30.337 Millionen S 1973! Um den Warenexport voranzutreiben erhielt die österreichische Industrie für Exportprojekte begünstigte Kredite über 25,5 Milliarden Schilling in der Zeit von August 1974 bis September 1975; "weitere 5,3 Milliarden stehen vor dem Abschluss und zusätzliche 7,7 Milliarden in Verhandlung" (AZ, 18.11.).

Staatliche Garantien gegen den Widerstand der Völker

Die Bourgeoisie weiss, dass sie zunehmend Schwierigkeiten zu erwarten hat bei der Ausbeutung der Dritten Welt. Die weisse Herrschaft in Südafrika kommt unvermeidlich immer mehr ins Schwanken, die Völker Lateinamerikas, das persische Volk werden ihre Unterdrücker abschütteln. Das gemeinsame Vorgehen der armen Länder, ihr entschlossener Kampf um eine Neuregelung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, lässt manches profitable Geschäft unsicherer werden.

Die Kapitalisten haben aber den Staat, der Steuern einzieht und das "Risiko" der Exporteure deckt: So hat die Republik Österreich in der Zeit vom Jänner bis August 1975 die Haftung für "bestimmte Exportprojekte" im Gegenwert von 34 Milliarden Schilling übernommen. Das sind um 85 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum (AZ, 18.11.). Ende September betrugen die Garantieverpflichtungen bereits 52 Milliarden Schilling und werden sich zu Jahresende auf 6o Milliarden belaufen. Angesichts dieser Zahlen fällt ein schiefes Licht auf eine Budgetpolitik, die angeblich der Sicherung der Arbeitsplätze dient. Gesichert wird der Profit. Sonst nichts.

Was aber dem imperialistischen Finanzkapital wert ist, "risikogedeckt" zu werden, ist den Ländern der Dritten Welt schon lange ein Grund zum Misstrauen.

"Die Länder der 3. Welt sind davon überzeugt, dass sie für ihre Entwicklung nicht auf den guten Willen der reichen Länder bauen können", sagte der Präsident Algeriens, Houari Boumedienne, am 1o. April 1974 vor der UNO-Generalversammlung. Die Länder der Dritten Welt haben die Erfahrung gemacht, dass sie nur im beharrlichen Kampf gegen das internationale imperialistische Ausbeutersystem ihre Lage verbessern können. Die Einberufung der Pariser Rohstoffkonferenz ist ein weiterer Erfolg in diesem Kampf: Die Imperialisten sind an den Verhandlungstisch gezwungen. Auch die Vertreter des österreichischen Monopolkapitals müssen sich gewahr sein, sollten sie nach Paris eingeladen werden, dass Schluss ist mit der schrankenlosen Ausplünderung. Die Beteuerungen, "gute Beziehungen" zur OPEC zu haben, werden die Gegensätze der Interessen nicht vertuschen können. Die armen Länder werden harte Geschäftsbedingungen stellen. Und der Aufschwung ihres Kampfes, die Entschlossenheit, ihre Länder souverän zu entwickeln, wird den vollständigen Untergang des imperialistischen Weltsystems beschleunigen.

H.H.



25.Juni 1975: Aufmarsch der Jugend anläßlich der Ausrufung der Volksrepublik Moçambique: Symbol für den leuchtenden Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt von den Fesseln des Imperialismus.

Klassenjustiz gegen Soldaten

Unlängst gab es am Bezirksgericht Neusiedl/Burgenland eine Großveranstaltung. Von 9.00 bis 12.00 Uhr waren acht Zivilverhandlungen gegen zum Teil schon abgerüstete, zum Teil noch aktive Soldaten der Kaserne Bruckneudorf angesetzt. In fast ausschließlich allen Fällen ging es um das Delikt der "Unerlaubten Entfernung von der Truppe" bzw. der "Unerlaubten Abwesenheit von der Truppe".
Im folgenden ein Bericht von den Verhandlungen:

Um die noch ihren Grundwehrdienst ableistenden Soldaten einzuschüchtern und dadurch von unangenehmen Aussagen abzuhalten, sitzt alle acht Verhandlungen lang der dienstführende Unteroffizier ("Spieß") als stumme Warnung auf der Zuhörerbank.

Die Verhandlungen rollen im Blitztempo ab: der Angeklagte muß seine Personalien zu Protokoll geben und darf sodann zur Anklage Stellungen nehmen, vor sich einen redegewandten Richter und eine Sekretärin, die jedes einzelne Wort mitstenographiert.

Die ersten paar Minuten macht es dem Richter und dem Staatsanwalt noch Spaß, auf die verschiedenen Argumente des Angeklagten einzugehen, der verzweifelt versucht darzulegen, warum er sich zur gewissen Zeit nicht bei seiner Truppe befunden hat. Als er dies jedoch zu beharrlich tut, wird es den beiden zu bunt, denn - ob man nun einen guten Grund dafür hat oder nicht - das "Unerlaubte" ist eben verboten und wird darum auch bestraft. Kurzerhand liest der Richter das militärische Führungsblatt des Angeklagten vor: "Verweichlicht, bequem, sehr aufsässig, usw. Fünf innerdienstliche Verfehlungen, die bereits disziplinär bestraft worden sind. Na! Ein guter Soldat scheinen S' ja nicht gewesen zu sein."
Darum liegt für ihn der Fall auch bereits klar:
"Der Staatsanwalt verlangt vollste Bestrafung im Sinne des Strafgesetzes. Und was wollen Sie? A mildes Urteil, net?" Steht auf, verkündet das Urteil, setzt sich wieder nieder, um es zu begründen: "Erschwerend die innerdienstlichen Verfehlungen, die

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

Bundesheer: Kein Recht auf Freizeit

Eines der wichtigsten Mittel der Militaristen, die Soldaten während ihrer Grundwehrdienst(GWD)zeit aus ihrem gewohnten Leben herauszureißen und so vom Rest des Volkes zu isolieren ist die Kasernierung. Aus dieser erwächst jedem Kommandanten das Recht zu entscheiden ob und wenn, wie lange und wann er seinen Untergebenen erlaubt, die Kaserne zu verlassen.
Im Normalfall bedeutet das für die Grundwehrdiener (GWD), daß sie täglich mindestens 17 Stunden in ihrer Kaserne, oft etliche Kilometer vom Heimatort entfernt verbringen. Das ist aber noch der allergünstigste Fall. Besonders in der Ausbildung, aber auch sonst zu den verschiedensten Anlässen pflegt der Kommandant die verbleibenden sieben dienstfreien Stunden durch Belehrungen, Spind-, Ausrüstungs- oder Waffenkontrollen zu verkürzen. Darüber hinaus hat jeder Kommandant laut der Allgemeinen Dienstvorschrift (ADV) das Recht, den Ausgang auch in der dienstfreien Zeit zu sperren.
Abgesehen von den Folgen, die diese Macht der Vorgesetzten für alle GWD gleich hat, bietet sie auch ausgezeichnete Möglichkeiten zur individuellen Disziplinierung und Unterdrückung. So werden Wach- und andere Dienste, die in der Freizeit abzuleisten sind immer gerade an jene Soldaten vergeben, die unangenehm aufgefallen sind, die widerspenstig sind und bestraft werden müssen. Ein weiteres Mittel zur Disziplinierung und Spaltung, das nur auf der Grundlage der Kasernierung existieren kann, ist die "Heimschläfergenehmigung", die es erlaubt, über den Zapfenstreich bis zum nächsten Tag um 6h auszubleiben. Auch auf sie haben die GWD keinerlei Anspruch. Der Kommandant vergibt sie je nach Lust und Laune und kann daher, indem er einen Überzeitschein in Aussicht stellt, oder mit Entzug desselben droht, einiges erreichen.
Die Praxis sieht so aus, daß es in jeder Kaserne GWD gibt, die schon etliche Wochen lang nicht die Möglichkeit hatten, nach Hause zu fahren. Die GWD sind nicht berechtigt, selbst über ihre "reguläre" Freizeit nach Dienstschluß zu entscheiden und sind völlig von der Gnade ihrer Vorgesetzten abhängig. Noch schlimmer ist es mit den Dienstfreistellungen. Um Dienstfreistellung zu erhalten, sind die GWD gezwungen, beim Kommandanten anläßlich des Bittrapportes vorstellig zu werden. Erreicht man es, den Kommandanten bitten zu dürfen, so hat man Aussicht auf positive Erledigung nur, wenn man gut angeschrieben ist, denn es ist ja wohl für jedermann klar, daß man Bitten zwar erfüllen kann, wenn man will, dies jedoch nicht muß. So fragt dann etwa der Kommandant höhnisch den Dienstführenden Unteroffizier, der natürlich anwesend ist, ob der Bittsteller sich überhaupt eine Begünstigung verdient habe oder er sagt gleich selbst, daß jemand, der seinen Dienst nicht ordentlich mache, eben auch keine Begünstigungen bekomme. So bekommen etwa GWD, die zu den "Aufsässigen und Rebellischen" zählen selbst dann ganz einfach nicht frei, wenn sie z.B. einen Monat vor dem Abrüsten für später eine Arbeit suchen wollen, und aufs Arbeitsamt müssen. Die lakonische Antwort auf solche Bitten ist oft, daß man außer seinen GWD zu versehen gar nichts müsse.



Häufiger, als hier auf der Hindernisbahn die Kletterwand, müssen die Grundwehrdiener nach dem Zapfenstreich die Kasernenmauer überwinden.

Was tun in einer solchen Situation, in der man zwar etliche Angelegenheiten zu regeln hat, aber kein Recht über seine Freizeit zu verfügen ? Die meisten GWD, die in diese Zwickmühle kommen, sind eben gezwungen, sich diese Rechte, die sie nicht haben, individuell zu nehmen. Sie rücken dann eben zu spät ein, tretend Dienst nicht an, bleiben einen Tag zu Hause.
Überschreitung des Zapfenstreiches, unerlaubtes Entfernen bzw. Fernbleiben von der Truppe, sind daher wohl die am häufigsten vorkommenden Disziplinardelikte beim Bundesheer. Kommt man bei Überschreitung des Zapfenstreiches anfänglich noch ziemlich "milde" davon, bringt eine "Unerlaubte" sofort zumindest Disziplinararrest, der nach der GWD-Zeit nachgedient werwerden muß und meist eine saftige Zivilstrafe beim zuständigen Bezirksgericht. Dazu zu kommen, ist recht einfach, da ein Überschreiten des Zapfenstreiches um mehr als 24 Stunden bereits als "Unerlaubte" gilt. Schließlich kann aus einer "Unerlaubten" auch leicht Desertation werden, gelingt es den Militaristen irgendwie Beweise zusammenzustoppeln, daß man nicht mehr vorhatte, zur Truppe einzurücken. Wer also bei der Rückkehr von einer "Unerlaubten" einen Meter vor dem Kasernentor durch die Militärstreife verhaftet wird, kann ohne weiteres bereits mit einer Anzeige wegen Desertation rechnen und dafür zählen die Kerkerstrafen bereits in Jahren.
Während dieser GWD-Zeit bringen es Soldaten daher oft auf bis zu dreißig Tage Haft oder Arrest, auf zwei bis drei Zivilanzeigen, bloß weil sie zu Hause mit den Eltern oder der Freundin Probleme hatten, weil der Installateur in die Wohnung kommen mußte, weil die Frau oder das Kind krank war, weil irgendwelche langwierigen Amtswege zu erledigen waren, aber auch weil sie vielleicht bloß eine Panne mit ihrem Fahrzeug hatten, die Straßenbahn oder den Zug versäumten.
Warum verfolgen die Militaristen gerade solche Delikte so besonders wütend? Weil gerade diese Vorstöße eine ganz naturwüchsige Reaktion auf die Unterdrückung beim Bundesheer sind und darum sehr leicht Schule machen, sehr leicht die Disziplin einer ganzen Einheit zum Teufel jagen können. Weil sich gerade diese Verstöße gegen die rechtlose Situation, gegen die Unmündigkeit richten in der sich die GWD befinden. Weil es gerade diese Unmündigkeit ist, die für die Militaristen gute Bedingungen schafft, die Söhne des Volkes so zu erziehen, daß sie sich auf Befehl ihrer Vorgesetzten gegen das Volk einsetzen lassen. Ein Soldat, der bis tief in seine privatesten Angelegenheiten seinen Vorgesetzten auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist, ist als Einzelner nicht leicht in der Lage, sich den Befehlen seiner Vorgesetzten zu widersetzen. Doch gerade diese besondere Wut, die die Militaristen ergreift, wenn sich Soldaten die Rechte nehmen, die sie brauchen, zeigt uns daß es richtig ist, für allgemeine Rechte zu kämpfen, die unsere Selbständigkeit fördern, für Rechte, die es jedem einzelnen ermöglichen, sich den volksfeindlichen Befehlen der Militaristen zu widersetzen, sich in der bürgerlichen Armee nach seinen eigenen Vorstellungen zu verhalten, für die Rechte des Volkes einzutreten.

G.F.

...Klassenjustiz

FORTSETZUNG VON SEITE 19

Dienstbeschreibung. Mildernd, daß Sie noch unbescholten, quasi geständig waren. Darum vorerst noch a bedingte Straf. Müssen S' Ihnen drei Jahre anständig aufführen. Sie können binnen drei Tagen gegen das Urteil berufen. Muß aber ein richtiger Rechtsanwalt machen, weil selber können S' des eh net."
So ist es auch bei den anderen Verhandlungen, bloß mit dem Unterschied, daß zwei Urteile in Abwesenheit verhängt werden und die Strafen zum Teil höher und härter ausfallen. Bei der letzten Verhandlung dann ist allerdings der Richter schon äußerst ungehalten:
"Was, weil S' Angst vor Kollektivstrafen ghabt haben, sind S' davongelaufen? I was net, ob in Bruck Kollektivstrafen verhängt werden, aber wenns so ist, dann auf alle Fälle zurecht, denn so einen Haufen wie euch gibt's ja ka zweits mal, wo ich an ganzn Vormittag verhandeln muß, solche Blödheiten, des."
Nach einem Blick in das Vorstrafenregister des Angeklagten: "Na, da haben S' ja schon genug. Drei Seiten brauchen ma schon! Sein S' froh, daß die gütige Staatsanwaltschaft da ka Desertation draus gmacht hat!" Und dann wieder: "Was verlangen S'? A mildes Urteil, net?" Steht auf, verkündet es, setzt sich wieder, um es zu begründen:
"Bei Ihneren Vorstrafen, Sie wollen sich ja doch net für a Leben in der menschlichen Gemeinschaft entschließen, Ihnen kann ich ka bedingte Strafe geben." Nach Schluß der letzten Verhandlung zu seiner feschen Sekretärin: "Was!?, Des war schon die Letzte? Na, Gott sei Dank, daß des auch einmal vorbeigeht!"
Dann verlassen sie alle das Gerichtsgebäude. Der Richter geht jetzt wohl Mittag essen, mit dem Bewußtsein, einen lästigen Vormittag hinter sich zu haben und die sechs erschienenen Angeklagten teilen sich untereinander achtundvierzig Tage Gefängnis, davon vierundzwanzig Tage unbedingt.
Außerdem haben sie die Verpflichtung für ihre paar Minuten Verhandlung je 2oo.- zu bezahlen, denn die Gerichtsbeamten müssen schließlich auch von etwas leben.

G.F.

Worum geht es in Portugal?

Die österreichischen Zeitungen und der ORF sind voll von Meldungen, nach denen in Portugal ein "Linksputsch" bevorsteht. Ein andermal wieder ein Rechtsputsch. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Meldungen: Es ist endlich Zeit, mit dem Chaos Schluss zu machen. Die Regierung Azevedo soll ihre Autorität stärken, soll zeigen, wer in Portugal eigentlich regiert.

Das ist auch tatsächlich die entscheidende Frage: Wer soll regieren in wessen Interesse?

Weil diese Frage heute in Portugal nicht zugunsten der Reichen im Lande und zugunsten des internationalen Kapitals entschieden ist, sondern den Interessen der Reichen und der ausländischen Imperialisten von den Arbeitern und dem Volk Portugals hart zugesetzt wird - deshalb ist in unseren Zeitungen so viel vom "Chaos" die Rede.

Der Faschismus, der nach seinem Sturz am 25. April 1974 von vielen für tot erklärt wurde, reorganisiert sich und erhebt sein Haupt wieder. Die Reaktion verschwört sich überall: In der Armee, in der Administration und auf der Strasse. Ihre völlige Zerschlagung kann nicht mehr lange hinausgezögert werden! Obwohl geschwächt durch die bereits durchgeführten Nationalisierungen, sind die hauptsächlichsten Stützen des Faschismus, Monopolkapital und Grossgrundbesitzer (Latifundisten), weit davon entfernt, endgültig geschlagen zu sein: Sie bereiten fieberhaft, massiv unterstützt durch den US-Imperialismus, einen faschistischen Putsch vor.

Für die Arbeiterklasse und für die Volksmassen geht es heute darum, die begonnene volksdemokratische Revolution zu Ende zu führen, eine antifaschistische und antiimperialistische Demokratie zu errichten, die die nationale Unabhängigkeit wirklich sichern kann und den Weg zur sozialen Befreiung der Arbeiterklasse von der kapitalistischen Ausbeutung frei geht.

Das erfordert revolutionäre Massnahmen, wie die Auflösung der faschistischen Parteien, Aburteilungen der faschistischen PIDE-Agenten in Volkstribunalen und äusserste Repression gegen alle faschistischen Aktivitäten. Dazu ist notwendig, den Stützen des Faschismus, Grosskapital und Latifundisten, alle ökonomische Macht zu entreissen durch eine konsequente Politik der Nationalisierung ohne Entschädigung. Dazu ist notwendig, alle Güter, die sich in den Händen der Imperialisten befinden, zu nationalisieren. Eine radikale Landreform muss durchgeführt werden, in Einklang mit den Interessen der Bauern, damit diese für das Bündnis mit den Arbeitern gewonnen werden können.
Das muss auch ganz entschieden vorangetrieben werden, wollen die Arbeiterklasse und die Volksmassen nicht alle ihre Errungenschaften wieder verlieren.

Heute ist die Situation dadurch gekennzeichnet, dass weder die Kräfte der Revolution noch die der Konterrevolution in der Lage sind, eine Entscheidung herbeizuführen.

Zwischen beiden kann es auch keinen Kompromiss geben, denn die Frage steht so:

- o Entweder Herrschaft des Großkapitals und der Grossgrundbesitzer, im Bunde mit den ausländischen Imperialisten, seien es die amerikanischen, die russischen Sozialimperialisten oder die europäischen Imperialisten unter der Führung der BRD, und Unterdrückung des Volkes;
- o oder Herrschaft des Volkes und Enteignung und Unterdrückung der mit dem imperialistischen Ausland verbündeten Groskapitalisten und Grossgrundbesitzer, sowie Enteignung des imperialistischen Kapitals und nationale Unabhängigkeit.

Die Bourgeoisie setzt mehr und mehr auf den Faschismus

Um die Regierung streiten sich heute die sogenannten "demokratischen" Parteien, PPD (Volksdemokratische Partei) und die PS (Sozialistische Partei) und die früher kommunistische Partei PCP, die seit Jahren die Sache des Sozialismus und Kommunismus verraten hat und eine Agentur des russischen Sozialimperialismus geworden ist.

Die meisten Gründungsmitglieder und Spitzenfunktionäre der PPD gehörten früher der faschistischen Einheitspartei an. Auch die PS hat ihre Reihen mit Faschisten und Reaktionären aller Art aufgefüllt. Allen drei Parteien, der PPD, der PS wie auch der PCP, ist gemeinsam, dass sie jeweils im Dienst verschiedener Imperialisten handeln, der US-, der europäischen und der russischen Sozialimperialisten. Allen dreien ist gemeinsam, dass sie der revolutionären Volksbewegung feindlich gegenüberstehen und sich einen Dreck um die Interessen der werktätigen Massen kümmern.

Dabei kämpfen sie in der Hauptsache gegen das Volk, gleichzeitig aber auch untereinander, wobei sie jeweils Teile des Volkes auf ihre Seite zu ziehen versuchen.
In der letzten Zeit haben zahlreiche Säuberungen stattgefunden, um fortschrittliche, aber auch PCP-Leute aus allen entscheidenden Stellen des Staatsapparates auszuschalten und sie durch verlässliche Parteigänger der Bourgeoisie zu ersetzen (z.B. die Absetzung von Zivilgouverneuren und Ersetzung durch PPD- und PS-Mitglieder).

In der Armee ist es der Bourgeoisie zwar gelungen, die zentralen Kommandostellen in den Griff zu bekommen, jedoch haben die Soldaten gegen eine Reihe von reaktionären Massnahmen (Versetzung, Entlassung und Verhaftung revolutionärer Soldaten, Auflösung und Entwaffnung ganzer Einheiten) den Kampf aufgenommen und dabei auch Erfolge erzielt. Gescheitert ist die Bourgeoisie daran, die Armee insgesamt unter die Kontrolle zu bekommen und sie wieder zu einem tauglichen Unterdrückungsinstrument zu machen, das jederzeit gegen die Arbeiterklasse und das Volk eingesetzt werden kann.

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

★ UDP "Für die Volksregierung"

união democrática popular

Der folgende Text stammt von der UDP (Demokratische Volksunion). Die UDP ist eine marxistisch-leninistische Massenorganisation, die unter der portugiesischen Arbeiterklasse und dem Volk, besonders in Lissabon und Umgebung, grossen Einfluss hat. Bei den Wahlen konnte sie ein Mandat erreichen. Der hier abgedruckte Text ist ein Ausschnitt aus der politischen Analyse der aktuellen Situation, die auf einer Versammlung der UDP Ende Juli gemacht wurde.

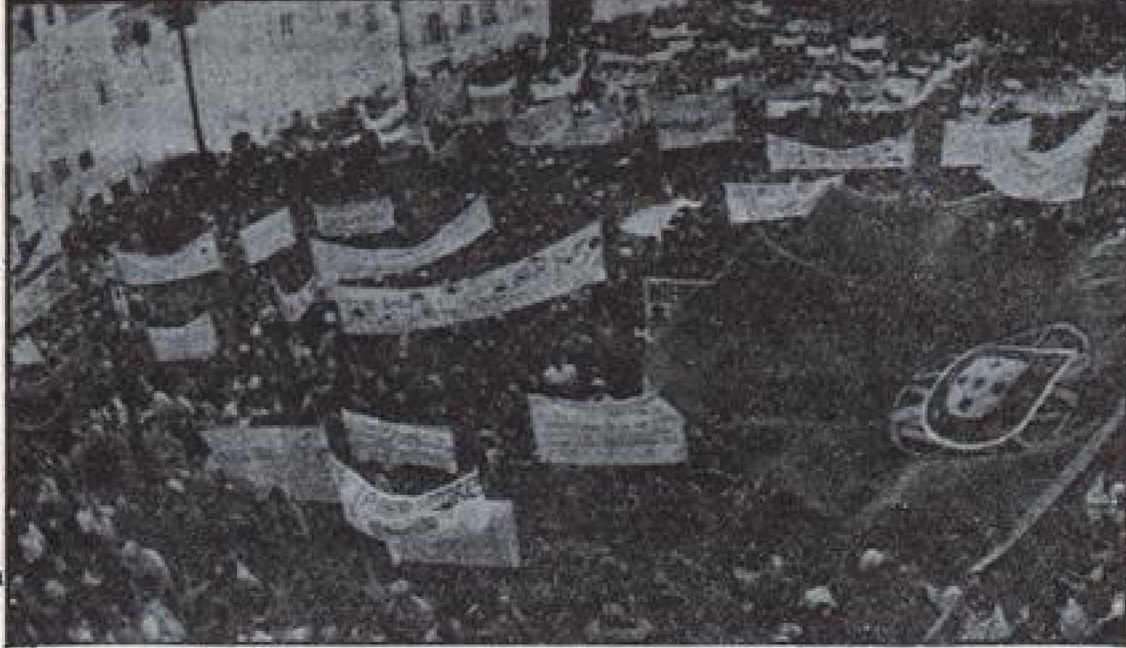
Derzeit wird überall diskutiert, was die künftige Regierung des Landes sein soll. Hier der Vorschlag der UDP. Die UDP kämpft dafür, dass kurzfristig eine demokratische Regierung der nationalen Unabhängigkeit gebildet wird; eine Regierung, die das Vertrauen des ganzen Volkes geniesst; die fähig ist, den Faschismus auszurotten, die Wirtschaft wiederaufzubauen, der Arbeitslosigkeit und den riesigen Vermögen ein Ende zu bereiten; eine Regierung, die fähig ist, ohne Umschweife den Imperialisten entgegenzutreten und ihnen zu zeigen, dass die Zeit, wo sie in Portugal regierten, um ist.

Eine solche Regierung ist möglich, nicht nur ein Traum. Wir müssen sie durch unseren Kampf, unsere Initiative und unsere Organisierung an die Macht bringen, denn nur eine solche Regierung ist fähig, die aktuelle Krise zu lösen, die schwarzen Wolken am Horizont zu vertreiben und dem portugiesischen Volk einen glänzenden Weg zu eröffnen. Die Zeit, wo die Regierung eine Affäre war, die in einer kleinen Gruppe entschieden wurde, ist vorbei. Wir haben schon viele Dinge erreicht, wir werden auch das Recht, unsere Regierung, die Volksregierung, zu haben, erringen. Nur sie wird dem Faschismus den Kopf abschlagen können, die Carlucci (US-Botschafter) und die CIA-Schurken und die amerikanischen Imperialisten, diese Feinde der Menschheit, hinauswerfen. Nur sie wird die nationale Souveränität über unser ganzes Territorium verteidigen können und verhindern, dass man uns heute die Azoren, morgen Madeira und schliesslich den Minjo und den Algarve (portugiesische Landstriche) raubt; nur sie wird diesen Intriganten von einem russischen Botschafter den Platz weisen und ihm klarmachen, dass wir es nicht zulassen werden, dass er hier seine 5. Kolonne, in "sozialistischer" Verkleidung, organisiert. Nur eine demokratische Regierung der nationalen Unabhängigkeit wird eine neue nationale Wirtschaft aufbauen, frei von Ausbeutung und Erpressung durch die Supermächte. Nur diese Regierung wird schliesslich Portugal in die Front der Nationen einreihen, die gegen die Hegemonie und die Ausplünderung durch die Supermächte und gegen einen drohenden neuen Weltkrieg kämpfen.

Das portugiesische Volk erlebt heute historische Tage von grossen Veränderungen, die die ganze reaktionäre Fäulnis hinwegfegen. Es hängt von uns ab, ob wir diese Veränderungen zu Ende führen, vereint, organisiert und im Vertrauen auf unsere eigenen Kräfte. Das vereinte und um die Arbeiterklasse zusammengeschlossene Volk ist unbesiegbar.
Zermalmen wir die Reaktion!
Vorwärts mit den Volksversammlungen und Volksmilizen!
Vorwärts mit der UDP!
Es lebe die volksdemokratische Revolution!

Portugal:
Bauarbeiter setzen ihre Forderungen durch

100.000 Bauarbeiter zogen am Mittwoch den 12.November in einem machtvollen Demonstrationszug - die größte Arbeiterdemonstration, die Lissabon jemals erlebte - zum Regierungspalast und legten einen "eisernen Ring" um ihn. Erst als ihre Forderungen nach einer ausreichenden Lohnerhöhung durch die Unterschrift von Ministerpräsident Azevedo erfüllt wurden, gaben sie die Belagerung des Palastes, in der sich die gesamte Nationalversammlung befand nach zwei Nächten und anderthalb Tagen auf. Aufgerufen zu der Demonstration hatte die Bauarbeitergewerkschaft unter der Losung: "4500 escudos (ca. 3.200 S) - ein Hungerlohn, nieder mit der Ausbeutung!", nachdem bereits seit Montag den 10.November ein Generalstreik durchgeführt wurde.
In diesem Kampf ging es um die Durchsetzung einer kollektivvertraglichen Lohnerhöhung, die wegen der immensen Preissteigerungen dringend notwendig geworden war.
Die Bauarbeiter hatten sich entschlossen, die Maßnahmen der Regierung nicht mehr an der Fülle "sozialistischer" Reden und Phrasen zu messen, sondern an der eigenen wirtschaftlichen Lage.
Entschlossen führten sie den



Bauarbeiter vor dem Parlamentsgebäude in Lissabon

Kampf gegen die Regierung, die gerade einen wirtschaftlichen Notstandsplan verabschiedet hatte, der einen Lohnstopp vorsah, während gleichzeitig die Preise immer mehr in die Höhe schnellten. Der mit äußerster Konsequenz geführte Kampf brachte den Bauarbeitern auch den Sieg.

Durch gezielte Mobilisierung der noch unter ihrem Einfluß stehenden Arbeitermassen und ihre putschistische Einmischung in die Arbeiterkämpfe versucht die PCP der Regierung zu beweisen, daß ohne sie nicht regiert werden könne und sie in der Regierung unterrepräsentiert sei.
In ihrem Kommuniqué zum Kampf der Bauarbeiter schreibt die PCP: "Die Ereignisse beweisen, daß eine Wendung nach rechts die politisch-militärische Krise sowie die sozialen Konflikte und die wirtschaftliche Lage nicht löst, sondern eher verschärft. Es ist notwendig, schnell eine Lösung zu finden.

Die Wiedervereinigung der revolutionären Tendenzen der MFA, der Austritt der PPD aus der Regierung,.... sind der einzige Weg, aus der Krise herauszukommen."
Der PCP geht es nicht um die wirklichen Interessen der portugiesischen Arbeiterklasse und des Volkes, nicht um die Beseitigung des sozialen Elendes und die Errichtung einer Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrückung, wie sie es immer vorgibt, sondern um den Ausverkauf Portugals an ihre sozialimperialistischen Herren, den sie durch die Machtergreifung vorbereiten wollen.

Bei dem Kampf der Bauarbeiter ist es den Revisionisten zwar noch gelungen, zweitweilig durch "Vaso, Vasco"-Rufe das Bild zu beherrschen, jedoch gab es viele Anzeichen dafür, daß die PCP im Begriff ist, die Kontrolle über die Arbeitermassen zu verlieren.
Das ist auch keineswegs verwunderlich, denn von den Kompromißvorschlägen, die der eilig herbeigerufene PC-Arbeitsminister unterbreitete, hielten die Arbeitern nichts (er wurde mit Pfiffen empfangen!); und war es nicht gerade die Regierung Vasco Goncalves', die den jetzt geforderten Tarifvertrag in der Schublade verschwinden hatte lassen (mit dem Argument, das würde dem "Aufbau des Sozialismus" schaden!)?

Der großartige Erfolg der Bauarbeiter war möglich, weil sie sich nicht auf faule Kompromisse, auf Abwarten und Zurückweichen eingestellt hatten, sondern zur Durchsetzung ihrer Forderungen auch bereit zum Kampf waren.

D.W.

Fortsetzung von S.21 ... **Portugal**

Daher ist die Bourgeoisie daran gegangen, eine neue Interventionstruppe, AMI, aufzubauen, die ca. 16.000 Mann stark sein und hauptsächlich aus alten Kolonialkämpfern bestehen sollte.
Die erste Aktion der AMI war die Sprenung des Rundfunksenders Radio Renascenca. Dieser Sender hatte ursprünglich der katholischen Kirche gehört, war aber am 27. Mai von den Arbeitern besetzt worden. Seither unterstützte der Sender den Kampf gegen die Anschläge der Reaktion.

Nachdem alle Versuche der Regierung, den Sender wieder der reaktionären Kirche zurückzugeben, gescheitert waren, war dies der äusserste Versuch, das leidige Problem aus der Welt zu schaffen.

Mit der Sprengung des Senders ist die Bourgeoisie jedoch weiter in die Isolierung geraten: Die Fallschirmjäger, die die Sprengung durchgeführt hatten, leisteten nachträglich Selbstkritik (sie hatten von ihrer reaktionären Aufgabe nicht gewusst!) und traten auf Beschluss ihrer Plenarversammlung aus der AMI aus.

Inzwischen musste auch die AMI aufgelöst werden, was einen weiteren Erfolg der demokratischen Volksbewegung gegen die reaktionären Massnahmen darstellt.

Daher setzen heute immer grössere Teile der Bougeoisie auf die faschistische Bewegung, deren Terrorbanden ELP und MDPL hautpsächlich im Norden Portugals operieren. Je weniger es der Bourgeoisie gelingt, die Ausbeutung mittels der demokratischen Republik aufrechtzuerhalten, umso mehr setzt sie auf den Faschismus.

Bündnis Arbeiter-Bauern oder Niederlage der Revolution

Unterstützung aus dem Volk finden die Reaktionäre und Faschisten derzeit hauptsächlich unter den kleinen und mittleren Bauern im Norden des Landes, wo sie nach wie vor die uneingeschränkte Macht haben.

Ihre entscheidende Stütze dabei sind das Analphabetentum (über 5o % der Bauern!) und die Kirche. 5o Jahre lang haben die Kirche und die Faschisten den Bauern eingehämmert, der Kommunismus sei eine fremde Macht, der ihnen das Land wegnehmen und sie ausbeuten will, Kinder abschlachtet und ähnliches.

Tatsächlich wurden die Bauern durch die Tätigkeit der "Kommunisten" von der revisionistischen Partei Cunhals, die sich nach dem Sturz des Faschismus einfach in die Ämter setzte, ohne dass das Volk darauf hätte Einfluss nehmen können, in ihren Vorurteilen auch bestätigt.

Der Bauer ballt schon lange seine Fäuste, nur weiss er nicht, gegen wen er kämpfen soll. Da kommt es darauf an, ob es der Arbeiterklasse gelingt, gestützt auf die sozialen Interessen der Bauern, diese dem politischen Einfluss der Grossgrundbesitzer und der Kirche zu entreissen, oder ob es den Reaktionären gelingt, die Bauern als Reserven der Konterrevolution zu mobilisieren.

Damit die Bauern für das Bündnis mit der Arbeiterklasse gewonnen werden können, muss die Arbeiterklasse vor allem selber zu einer einigen und politisch selbständigen Kraft werden mit einer führenden Partei, die nicht nur dem Namen nach kommunistisch ist.
Verschiedene kommunistische Organisationen in Portugal setzen auch schon alles daran, eine solche neue kommunistische Partei aufzubauen. Schon heute aber arbeiten sie erfolgreich daran, Zellen und Vereinigungen der Bauernschaft zu gründen, die die Bauern organisieren und ihren Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Lage unter der bürgerlichen Regierung und dem Diktat von Grossgrundbesitz und Kapital unterstützen.

D.W.

Leyland-Innocenti Arbeiter besetzen Mailänder Werk

Nachdem das staatliche britische Automobilunternehmen Leyland die Schließung des Werks in Mailand angekündigt hatte, besetzten die Arbeiter am 26.11. das Werk, wie sie vorher beschlossen hatten. Die Firmenleitung wollte von den Gewerkschaften die Zustimmung zu 1.500 Entlassungen, was den Betrieb für sie wieder "interessant gemacht" hätte, stieß aber auf heftige Gegenwehr unter den Arbeitern, die sich für einen harten Kampf um die Arbeitsplätze und gegen die Verschärfung der Arbeitshetze entschlossen hatten.

Ob Franco oder König

Der Faschismus kennt keinen 'friedlichen Übergang'

Wenn man den österreichischen Massenmedien Glauben schenkt, dann ist Juan Carlos, der jüngst eingesetzte König von Spanien und legitime Nachfolger Francos, ein reformfreudiger junger Mann, der dem seit 40 Jahren auf Spanien lastenden faschistischen Spuk ein Ende bereiten will. Freilich, meinen sie, könne er dies nicht plötzlich und mit einem Schlag - erst müsse er die Rechten zurückdrängen und überzeugen, gleichzeitig die vorwärtsdrängenden Volksmassen beruhigen und von ihren revolutionären Zielen abbringen. Deshalb müsse man dem jungen König vor allem und zuerst einmal einen Vertrauensvorschuß und Zeit geben, sich in dieser schwierigen Situation, wo die Interessensgegensätze so schroff aufeinanderprallen, zurechtzufinden und seine umfassenden Liberalisierungspläne zu verankern.

Das Einzige, was an dieser Darstellungsweise der bürgerlichen Massenmedien richtig ist, ist die schwierige Situation, in der sich Juan Carlos befindet, schwierig tatsächlich deshalb, weil die Interessensgegensätze zwischen den spanischen Volksmassen und dem faschistischen Regime und seinen Stützen immer schroffer werden. Im letzten halben Jahr war die Situation in Spanien von einem beträchtlichen Aufschwung der Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen geprägt, die mächtigen Streikaktionen anläßlich der Todesurteile im September dieses Jahres führten der herrschenden Faschistenclique die "Gefährlichkeit" ihrer Lage klar vor Augen. Ihre Reaktion darauf: Mitte Oktober wurden die Spitzenpositionen des bewaffneten Gewaltapparates neu besetzt

In der Armee übernahmen noch reaktionärere, der alten Garde der Falange angehörende Faschisten die Führung, in der Guardia Civil, der Gendarmerie, einer der Unterzeichner der Todesurteile vom September. Zur gleichen Zeit fanden Manöver von Spezialeinheiten der Guerilla-Bekämpfung statt. Während einerseits von der Aufhebung des Anti-Terror-Gesetzes gesprochen wurde, begannen andererseits Massenverhaftungen von Antifaschisten, die Ausgangssperre in der Armee wurde verschärft.

Juan Carlos, Schoßkind der spanischen Oligarchie und von Franco seit Jahren zu seinem Nachfolger hochgepäppelt, hat das Werk seines Vorbildes bisher planmäßig fortzusetzen versucht. Selbstverständlich stützt er sich dabei auf den gleichen Machtapparat, der schon das Franco-Regime am Leben erhielt, selbstverständlich wurden sofort nach dem Tode Francos alle Ausfallsstraßen Madrids von Armee- und Polizeieinheiten abgeriegelt, selbstverständlich gingen nach Francos Tod die Massenverhaftungen im antifaschistischen Lager unvermindert weiter, selbstverständlich konnten weiterhin die rechtsradikalen Gruppierungen, die vom spanischen Volk als "Parallelpolizei" bezeichnet werden, ihre terroristischen Umtriebe ungehindert weiterführen. (So überfielen ultra-rechte Kommandos Rechtsanwälte, die Franco-Gegner verteidigt hatten, sowie die Familie eines von den Faschisten hingerichteten Basken und prügelten sie krankenhausreif). Und selbstverständlich schwor Juan Carlos bei seiner Inthronisation einen Eid auf die Prinzipien der Falange und versprach ihr seine Loyalität. Und wurde dafür belohnt, nicht zuletzt durch die Anwesenheit von Herrn Rockefeller, Vizepräsident der USA, der obersten Schirmherrin des faschistischen Regimes.

Reformgerede: Teil der reaktionären Doppeltaktik

Um der Unzufriedenheit der Volksmassen den Stachel zu nehmen wurden Gerüchte von großartigen Reformen in die Welt gesetzt - ein beliebtes Mittel, dessen sich die Herrschenden in Spanien schon oftmals bedienten. Bei näherer Betrachtung dieser "Reformen" blieb aber z.B. von der erhofften Autonomie für die einzelnen Regionen des Landes schließlich nichts anderes übrig als das Recht der nationalen Minderheiten, ihre Sprache offiziell zu benützen. An ihrer Abhängigkeit von der Zentralgewalt, an den von dieser eingesetzten castillanischen (spanischen) regionalen Organen - Bürgermeister etc. - hat sich dadurch nichts geändert.

In der Antrittsrede von Juan Carlos wollen die bürgerlichen Zeitungen bei uns eine "Öffnung zur Demokratie" erkennen, aber selbst die bürgerliche Opposition in Spanien, die ihre Hoffnung auf einen friedlichen Interessensausgleich immer offen aussprach, mußte empört feststellen, daß der Faschistenkönig in seiner Rede kein einziges Mal diejenigen Probleme berührte, vor denen das spanische Volk heute steht: er nahm weder Stellung zur Frage des Rechts auf freie gewerkschaftliche und politische Organisierung, auf die Freiheit der Versammlung und Propaganda, er sagte nichts zu den elenden Bedingungen, unter denen die spanischen Werktätigen ihre Arbeitskraft verkaufen müssen.

Daß dies so ist, braucht auch nicht weiter verwundern, denn Juan Carlos ist heute der politische Repräsentant der spanischen Großbourgeoisie, die gestützt vom und aufs engste verbunden mit dem US-Imperialismus, die bestehenden Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse aufrechterhalten will. Das Ausbeutersystem zu bewahren ist ihr entscheidendes Interesse. Seit 40 Jahren haben sie dieses Interesse nur mit brutaler Unterdrückung und blutigem Terror durchsetzen können und die Gewährung auch nur der minimalsten demokratischen Freiheiten bedeutet für sie Gefahr. Denn die spanische Arbeiterklasse und die Volksmassen sind kampferfahren und gut organisiert und nicht zuletzt die Ereignisse im benachbarten Portugal haben der spanischen Oligarchie vor Augen geführt, daß die Gewährung politischer Rechte für das Volk die Zuspitzung des Klassenkampfes vorantreibt.

Der Kampf geht um die Ausmerzung der Grundlagen des Faschismus

Die spanischen Volksmassen wissen sehr wohl, daß das faschistische Regime nicht freiwillig abtreten wird. Und sie bereiten sich auf die Auseinandersetzung vor. Als vor wenigen Tagen in der Autofabrik "Chrysler Espana" am Stadtrand von Madrid durch eine Explosion vier Arbeiter getötet wurden, gestalteten sie das Begräbnis ihrer Klassengenossen zu einer machtvollen Demonstration gegen das System, in dem solche Arbeitsunfälle stündlich auf der Tagesordnung stehen. 15.000 Arbeiter zogen hinter den vier Särgen durch Madrid und manifestierten damit ihre Feindschaft gegen die Ausbeuterordnung.

Selbst die bürgerlichen Oppositionspolitiker sozialdemokratischer und revisionistischer Prägung, die noch Anfang November dieses Jahres in einer gemeinsamen Erklärung davon sprachen, daß es ihre "unwiderrufliche Entscheidung heute mehr denn je (sei) eine friedliche

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

ANSTELLE EINES NACHRUFS



Die Tradition

In den Nächten Spaniens, durch die alten Gärten,
lustwandelte voll von totem Rotz,
Eiter verströmend und Pest, mit einem Schweif
im Meerdunst, gehüllt in Asthma und löchrigen
Gehrock, blutbefleckten, gespenstisch und anmaßend die
Tradition,
und die abgründigen unentschlossenen Augen im Gesicht
waren Gräber kauend grüne Schnecken,
und ihr zahnloser Mund malmte Nacht für Nacht
die Ähre ohne Geburt, das verborgene Erz,
und sie ging mit ihrer grünen Distelkrone vorüber,
unstete Leichenknochen säend und Dolche.

(Pablo NERUDA, aus "Spanien im Herzen")

FORTSETZUNG V.S.23

...Spanien

Politik fortzusetzen" (Le Monde, 4.11.), sind heute durch den Druck der Massen gezwungen, zu Kampfaktionen aufzurufen. Denn die antifaschistische Kampffront wird immer fester; sie umfaßt immer breitere Teile der spanischen Werktätigen, so etwa der Landarbeiter und armen Bauern, die zusammen mehr als ein Viertel der Bevölkerung ausmachen; sie gewinnt auch an Anziehungskraft unter der kleinen und mittleren Bourgeoisie, die ebenfalls unter dem Joch der faschistischen Unterdrückung leidet und deren Existenz durch den Ausverkauf der Wirtschaft an die US-Konzerne immer mehr dem Ruin entgegentreibt. Immer klarer kristallisiert sich auch das Ziel heraus, um das letztlich der Kampf geht: der Sturz der faschistischen Diktatur, die Verjagung des US-Imperialismus von spanischem Territorium und die Errichtung einer föderativen Volksrepublik, die sich auf diejenigen Kräfte stützt, die für den Sturz des Faschismus und die nationale Unabhängigkeit gekämpft haben. Nur eine solche Volksrepublik, deren erste Maßnahme die Verstaatlichung des Besitzes ausländischer Monopole und der spanischen Oligarchie sein wird müssen und die eine tiefgreifende Agrarreform in Angriff nimmt, kann dem spanischen Volk auf Dauer umfassende demokratische Rechte garantieren und öffnet ihm den Weg zu seiner sozialen Befreiung.

E.R.25.11.75

Die VR-China mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten Angolas ein

Stellungnahme des chinesischen Vertreters Lai ya-li zu Angola auf der UNO-Vollversammlung (24.11.75)

"Die chinesische Regierung und das chinesische Volk haben immer beharrlich die afrikanischen Völker in ihrem revolutionären Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus unterstützt. Und sie haben auch das angolanische Volk in seinem gerechten Kampf gegen die koloniale Beherrschung und für nationale Unabhängigkeit unterstützt. Wir haben immer die drei angolanischen Befreiungsorganisationen in gleicher Weise behandelt und wir haben ihnen in ihrem Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus verschiedene Arten von Unterstützung gewährt, auch militärischer Art. Unserer Meinung nach handelt es sich um drei verbündete angolanische Befreiungsorganisationen, die Waffenbrüder in den Tagen des bewaffneten antikolonialistischen Kampfes waren. Sie haben allen Grund, ihre Einheit wiederherzustellen und gar keinen Grund für Konfrontation, Spaltung und Krieg. Deshalb haben wir versucht, sie zu überreden, eine gemeinsame Grundlage zu suchen, ihre Differenzen beiseitezustellen und sich gegen den Feind zu vereinigen. Nach dem Abkommen zwischen den drei Befreiungsorganisationen und der portugiesischen Regierung zur Erreichung der Unabhängigkeit Angolas zu einem festgelegten Zeitpunkt haben wir die Militärhilfe an alle drei Organisationen eingestellt. Die sowjetischen Unterstellungen einer angeblichen "chinesichen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas" ist der leicht durchschaubare Trick des Diebes, der ruft: "Haltet den Dieb!" Nichts kann die zahllosen Verbrechen verdecken, die der Sozialimperialismus in Angola begangen hat."

(Hsinhua, 26.11.75)

Schluß mit der imperialistischen Einmischung in Angola

Am 11.November ist Angola unabhängig geworden. Die portugiesischen Kolonialtruppen mußten das Land verlassen und die portugiesische Regierung wurde gezwungen, das Abkommen von Alvor einzuhalten und ihre Verpflichtung, nur eine gemeinsame Regierung der drei Befreiungsbewegungen MPLA, FNLA und UNITA anzuerkennen. Dies ist ein großer Erfolg des angolanischen Volkes, ja des gesamten Afrika und es ist auch ein wichtiger Erfolg der portugiesischen Revolution, die die kolonialen Absichten der Bourgeoisie vereitelt hat, das Datum der Unabhängigkeit hinauszuzögern.
Dennoch kann das angolanische Volk nicht sofort darangehen, das Land aufzubauen. Obwohl der portugiesische Kolonialismus vertrieben ist, hat es seine revolutionäre Aufgabe noch nicht erfüllt, die Einheit der Nation im Kampf gegen den Imperialismus herzustellen und seine Unabhängigkeit gegen die imperialistische Einmischung von außen zu verteidigen, insbesondere gegen die beiden Supermächte.
Nach wie vor ist die Befreiungsbewegung in mehrere Organisationen gespalten. Und diese Spaltung hat sich nach der Unabhängigkeit in der Gründung zweier Staaten und der Bildung zweier Regierungen fortgesetzt.
In Luanda wurde die "Volksrepublik Angola" ausgerufen und der Vorsitzende der MPLA als Präsident vereidigt.
In Huambo ist der Sitz der "Demokratischen Volksrepublik Angola", deren Regierung von FNLA und UNITA gestellt wird. Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) kämpft weiterhin dafür, daß die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Befreiungsbewegungen eingestellt werden und daß eine Regierung der nationalen Einheit gebildet wird, der alle drei Befreiungsorganisationen angehören sollen. Viele afrikanische Regierungen unterstützen diese richtige Position.
Trotzdem geht bis jetzt der Bruderkrieg zwischen den angolanischen Befreiungsbewegungen weiter und verschärft sich. In ihm sind bisher schon mehr Menschen getötet worden als in den Jahren des Kampfes gegen Portugal. Geschürt wird der angolanische Bruderkrieg v.a. von den beiden Supermächten, aber auch von Frankreich und Südafrika, die sich jeweils als "Freunde" der einen Befreiungsbewegung "gegen die andere ausgeben und sie gegeneinander hetzen.
Das Mittel dazu sind schwere Waffenlieferungen: sowjetische 122-mm Raketen, französische Mirage-Jagdflugzeuge, usw. Schwere Waffenlieferungen sollen die Befreiungsbewegungen dazu drängen, einen konventionellen Stellungskrieg an allen Fronten gegeneinander zu führen. Meist ist es zudem so, daß diese Waffen nur von ausländischem Personal bedient werden können - was die Abhängigkeit von der Gunst des Lieferlandes bezweckt. Die UNITA hat z.B. weiße Söldner mit dem Hinweis angeheuert, daß sowjetische und kubanische Soldaten in den Reihen der MPLA kämpfen.
Immer mehr engagiert sich auch die Rassistenrepublik Südafrika direkt im angolanischen Bürgerkrieg. Der südafrikanische Verteidigungsminister Bothe hat erklärt, "daß Südafrika entschlossen sei, an der Spitze der westlichen Staaten eine aktive Rolle zu spielen falls diese im Angola-Konflikt intervenieren bzw. die UNITA und die FNLA wirksamer als bisher unterstützen würden." (Neue Zürcher Zeitung, 30.11.)
Bothe gab auch zu, daß "in den letzten Wochen südafrikanische Einheiten in ihrem Kampf gegen die Befreiungsbewegung von Namibia (SWAPO) tief ins angolanische Territorium eingedrungen sind." (NZZ, 30.11.)
Begründet wird dies damit, daß die Interessen der Westmächte und Südafrikas durch die "massive sowjetische Einmischung" bedroht sind". Die OAU hat bereits die Intervention Südafrikas als "nackte Aggression" verurteilt, die die territoriale Integrität Angolas unterminiere. (NZZ, 30.11.)
Beide Supermächte bauen darauf, daß diejenige Befreiungsbewegung, die sie jeweils unterstützen, schließlich nach vernichtend und blutig geführtem Krieg die Macht im Land erringt. Das wirtschaftliche Chaos und die tiefe politische Spaltung des Volkes in der Folge des Bürgerkriegs werde die siegreiche Befreiungsbewegung in ihre völlige Abhängigkeit zwingen - das erhoffen sich die Imperialisten. Und darum schaukeln sie mit jeweils größeren und schwereren Waffenlieferungen den Krieg in Angola hinauf.
Man sieht: die Methode der Imperialisten ist die gleiche, ihre Rivalität unter einander ist die Hauptursache für die Kämpfe.
Gerade die Sowjetunion hatte während der ganzen Dauer des antikolonialen Befreiungskampfes nie Waffen in dem Maß geliefert wie heute. Jetzt gibt sie vor, "immer schon" das angolanische Volk unterstützt zu haben; und versucht fortschrittliche Menschen für ihre Politik der sozialimperialistischen Einmischung zu gewinnen.
Daß die Einmischungsversuche der Imperialisten, allen voran der Supermächte, bisher noch →

"Diese Reichtümer locken die Imperialisten:

Angola ist:
5.größter Diamantenproduzent und
3.größter Kaffeproduzent der Welt sowie
2.größter Eisenerzproduzent und
3.größter Erdölproduzent Afrikas"

Der Zionismus ist eine Form des Rassismus

Am 10.11. beschloß die UN-Vollversammlung drei wichtige Resolutionen, die den Befreiungskampf des palästinensischem Volkes auf verschieden Weise unterstützen:
Die Teilnahme der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) an allen Verhandlungen über die Nah-Ost-Frage wurde festgelegt, eine Kommission eingerichtet, die auf die Erfüllung der Rechte der Palästinenser achten soll und schließlich "der Zionismus als Form des Rassismus verurteilt".

Gerade die letzte Resolution löste in ein Wutgeheul in der westlichen imperialistischen Welt aus. Die USA ließ sich sogar dazu hinreißen, mit dem Austritt aus der UNO zu drohen und direkte Repressalien gegen alle Länder anzukündigen, die der Resolution zugestimmt hatten. Auch der österreichische UN-Botschafter Jankowitsch lehnte die Resolution "aus schwerwiegenden moralischen Erwägungen" ab und schloß sich der Minderheit an, die durch die Gleichsetzung von Anti-Zionismus und Antisemitismus die Weltöffentlichkeit täuschen will und die Resolution selbst als rassistisch verteufelt.

Daß sich die Moral und das Rassismus-Verständnis der österreichischen Imperialisten weniger nach der Wahrheit als nach dem Geschäftsgang richtet, hatte Jankowitsch erst Tage zuvor, am 6.11., bewiesen als er gegen die Verurteilung des südafrikanischen Rassisten regimes und gegen einen Waffen- und Ölboykott der SAR stimmte. Was ist schon ein bißchen Apartheidpolitik und Rassenunterdrückung gegen die Profite aus den Vöest-Aufträgen in der SAR und dagegen, daß die SAR Österreichs größter außereuropäischer Handelspartner ist. Wo doch schließlich gerade die Unterdrückung der schwarzen Mehrheit so schöne Profite garantiert!
Was ist schon das Recht des palästinensischen Volkes auf Heimat und Boden gegen die Existenz eines Staates, der den Imperialisten die Kontrolle über ein erdölreiches Gebiet sichert?


Arabische Bevölkerung vor ihren zerbombten Häusern

Auf Verbrechen gegen das palästinensische Volk gegründet:

Was hat es mit dem Zionismus und dem Staat Israel, dessen Gründung und Existenz der Inhalt dieser Ideologie ist, auf sich?
Lassen wir die Zionisten selbst sprechen:
Mosche Dayan sagte: "Der Staat Israel wurde auf Kosten der Araber geschaffen - und an deren Stelle. Wir kamen nicht in einen Leerraum. Hier gab es schon arabische Besiedlung. Wir siedeln Juden an, wo Araber waren. Wir verwandeln arabisches Land in jüdisches Land." Und mit welchen Mitteln, dies schilderte der heutige Premierminister Israels Rabin, damals Chef der zionistischen Terrororganisation "Haganah": "Indem wir keinen Stein auf dem anderen lassen und alle Einwohner verjagen, wird es kein einziges Dorf mehr geben, in das die Araber zurückkehren können!"
Das ist dann auch geschehen. Zum Zeitpunkt des UNO-Beschlusses über die Teilung Palästinas im Jahre 1947 befanden sich nur 5,7% des Landes in jüdischer Hand, während ihnen 56,9% des palästinensischen Gebiets zugesprochen wurde. Die "restlichen" Araber zu vertreiben war das Geschäft von Terrorbanden. Nur ein Beispiel ihrer Arbeitsweise:
"Am 9.April 1948 überfielen Trupps der Irgun und des Sterns (zwei Terrororganisationen, offiziell "Selbstschutzorganisationen" genannt) das arabische Dorf Geir Yassin und töteten alle, rund 250 Einwohner einschließlich der Frauen und Kinder. Die Aktion war wohlüberlegt. Durch sie wurde die Massenauswanderung aus Palästina eingeleitet...
Der Beauftragte des Internationalen Roten Kreuzes, der Schweizer Jacques Renier, der einenTag nach dem Massaker den Ort besuchte, berichtete: 'Sie hatten das Aufräumen mit Handgranaten besorgt und ihr Werk mit Messern vollendet.'" (Darmstädter Studentenzeitung, Nr.138-40)

Vertreibung und Ausrottung der Palästinenser - damit wurde die Grundlage für den zionistischen Staat geschaffen. Also das, was Hitler mit den Juden tat, machten die Zionisten mit den Palästinensern - und dann besitzen sie die unverschämte Frechheit, ihre Verbrechen mit denen Hitlers zu rechtfertigen.
Der rassistische Charakter des Zionismus ist so offensichtlich, daß auch in Israel die Stimmen der Anklage immer lauter werden. So schreibt Israel Shahak, Dozent der Universität Jerusalem, in der französischen Wochenzeitschrift Temoignage Chretien: "Aber jeder, der an das Prinzip des jüdischen Staates glaubt, erkennt gleichzeitig an, daß ein Nichtjude im jüdischen Staat kein Mensch ist."
Das Ziel des palästinensischen Volkes ist es nicht - so wie die Imperialisten behaupten - die Juden ins Meer zu schmeißen, sondern ein demokratisches Palästina zu schaffen, in dem Juden und Araber friedlich miteinander leben (Programm der PLO). Und dazu muß es den rassistischen, zionistischen Staat Israel - in dem heute jeder Palästinenser als Mensch 2.Klasse behandelt wird und hinter Stacheldraht, Gittern und Gewehrmündungen gehalten wird, und der darüber hinaus die palästinensischen Flüchtlinge auch in den Nachbarländern ständig auszuradieren sucht - diesen Unterdrückungsapparat muß es gewaltsam zerschlagen, um in seine Heimat zurückkehren zu können.

Die Verurteilung des Zionismus in der UNO zeigte, wie große Unterstützung das palästinensische Volk heute in seinem gerechten Kampf findet, v.a. von Seiten der Entwicklungsländer.
Die Verabschiedung dieser Resolution zwang die kleinen und großen Imperialisten der westlichen Welt Farbe zu bekennen; auf Seite des palästinensichen Volk in seinem Befreiungskampf und der Wahrheit - oder auf Seite der Lüge und der Sicherung des Bollwerks der Imperialisten im Nahen Osten. Da konnte sich Österreich nicht der Stimme enthalten, wie bei den anderen beiden Resolutionen. Deshalb war das Ganze Bundeskanzler Kreisky auch sehr peinlich, denn die Resolution ist "für die Zusammenarbeit mit den arabischen Ländern nicht nützlich" - dafür aber für die gerechte Sache des palästinensischen Volkes!

M.P./Red.

→
nicht zurückgeschlagen werden konnten, hat seine Ursache darin, daß zwischen den nationalen Befreiungsbewegungen Differenzen existieren.
Die MPLA war im Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus bisher die konsequenteste revolutionäre Kraft. Sie hat seit Jahren den bewaffneten Volkskrieg propagiert und organisiert. In den befreiten Gebieten hat sie Organe der revolutionären Volksmacht errichtet.
Die FNLA und UNITA hingegen haben ein bürgerliches Programm im Befreiungskampf und kämpfen seit jeher mit regulären Armeen. Sie sind politische Repräsentanten der angolanischen Klein- und Nationalbourgeoisie. Aber der gemeinsame Kampf gegen die imperialistischen Kolonialherren konnte objektiv die unterschiedlichen Klassenkräfte vereinen, mit dem Ziel ein vom Imperialismus unabhängiges Angola aufzubauen.

Die Etappe des nationalen Befreiungskampfes entspricht den Aufgaben der neudemokratischen Revolution in Angola.

In Angola leben fast 80% der Bevölkerung von der Landwirtschaft, davon sind die überwiegende Mehrheit Bauern, die unter subsistenzwirtschaftlichen halbfeudalen Verhältnissen produzieren. Sämtliche Schlüsselstellen der Industrie sind bis heute der Verfügungsgewalt imperialistischer Mächte keineswegs entrissen. Um diese ihnen zu entreissen und um die feudalen Strukturen in der Landwirtschaft zu zerschlagen ist es die Aufgabe der angolanischen Arbeiterklasse die gesamte unterdrückte Nation, d.h. vor allem die Bauern, aber auch das Kleinbürgertum und die nationale Bourgeoisie zu einem antiimperialistischen Bündnis zusammenzuschließen und das Selbstbestimmungsrecht der

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

angolanischen Nation in einem unabhängigen Staat zu verwirklichen.
Die Differenzen zwischen den Befreiungsbewegungen in Angola sind ihrem Wesen nach sekundär, sie spiegeln Differenzen um die Frage wieder, welche Klasse die Nation anführen soll.

Daß die Rivalität der beiden Supermächte diese Differenzen heute derart zur Spaltung nutzen kann, liegt daran, daß gegenwärtig keine der drei Befreiungsorganisationen eine Politik entfaltet, die auf die Einheit der Nation gegen den Imperialismus und insbesondere gegen die beiden Supermächte hinzielt. Gerade der fortgeschrittendsten Befreiungsorganisation in Angola, der MPLA, kommt hier eine besondere Verantwortung zu. Da die MPLA seit einiger Zeit ausdrücklich auf eine solche Politik verzichtet, verliert sie im Hinblick auf die Aufgaben des nationalen Befreiungskampfes die Initiative und setzt sich so der großen Gefahr aus, zu einem Werkzeug des Sozialimperialismus zu werden.
Dies muß keinesfalls zwangsläufig so sein:
die Kommunistische Partei Chinas hat im antijapanischen Krieg und selbst noch einige Zeit nach dem Sieg niemals darauf verzichtet, der ohne Zweifel reaktionären Kuomintang gegenüber eine Politik der nationalen Einheit zu betreiben. Die KP Chinas hat sich auch nicht davon abhalten lassen, als die Kuomintang große Unterstützung vom US-Imperialismus erhielt und als sie vorher vom deutschen Faschismus gefördert worden war. Nur durch diese korrekte Politik der nationalen Einheit konnte die KP Chinas die Massen gewinnen und China befreien.

Es ist sehr zu hoffen, daß es dem angolanischen Volk gelingt, die bestehenden Differenzen zu überwinden, die Unabhängigkeit sicherzustellen und die Supermächte und ihre Verbündeten aus Angola hinauszuwerfen. Ohne Kampf kann es die Einheit der drei angolanischen Befreiungsbewegungen nicht geben, denn die Differenzen sind da. Aber dieser Kampf muß genauso wie die Einheit dem Sieg über den Imperialismus dienen, sonst arbeitet er der Unterwerfung Angolas in die Hände.
Der militärische Kampf zwischen MPLA, FNLA und UNITA ist nicht absolut unvermeidlich wie es die bürgerliche Presse bei uns darstellt. Am 12.11. meldete "Le Monde", daß die MPLA der Sowjetunion die Errichtung einer Luftbrücke nach Luanda, der Hauptstadt Angolas, untersagt habe, um ihr nicht die Kontrolle über den Lufthafen zu überlassen. Am 13.11. erklärte die UNITA gegenüber der OAU: "Jetzt, wo wir das imperialistische Portugal besiegt haben, geben uns die anderen Imperialisten schwere Kanonen, damit wir uns gegenseitig abschlachten können (.....) um zu sehen, welcher von ihnen den größten Einfluß im neuen Angola haben wird."
Diese Beispiele zeigen deutlich: es ist dem Imperialismus zwar gelungen, einen Bürgerkrieg zu entfachen; aber nicht, sich die Befreiungsbewegungen bereits völlig unterzuordnen. Unsere Aufgabe ist es, die imperialistische Aggression gegen Angola zu entlarven, insbesondere das Hegemoniebestreben der beiden Supermächte und dafür einzutreten, daß die Supermächte und die anderen Imperialisten ihre schmutzigen Finger von Angola lassen.
Das Volk Angolas hat das Recht, selbst und ohne ausländische Einmischung sein Schicksal selbst zu bestimmen. Das ist die erste Voraussetzung dafür, daß sich das Volk unter Führung seiner fortschrittlichsten Kräfte zusammenschließen und die völlige politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes erkämpfen können.

W.K./A.G.

Das erste Mal seit hundert Jahren sind die Vietna

Kurz nach dem Zusammenbruch des Saigoner Regimes am vergangenen 3o. April musste die neue Regierung mit nicht geringem Erstaunen feststellen, dass von vielen Gebäuden und Wohnungen im europäischen Viertel Saigons die französische Trikolore wehte, und in Cholon, wo eine halbe Million in Südvietnam lebende Chinesen wohnen, die rote Fahne mit den fünf Sternen der VR China gut sichtbar angebracht war. Binnen kürzester Zeit gab es Berge von chinesischen Fahnen in verschiedenen Kiosken in ganz Cholon. In deutlichem Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, die ihre Bürger aufgefordert hatten, das Land zu verlassen, hatte die französische Regierung durch ihre Botschaft in Saigon ihren Landsleuten geraten, zu bleiben. Die Botschaft ihrerseits empfahl ihren Mitbürgern, die Fahne zu hissen, um so zu verhindern, dass die antiamerikanischen Gefühle auf die Franzosen übertragen würden. Die chinesische Gemeinde war bis zum 3o. April von der Kuomintang Taiwans kontrolliert worden und wollte nun auf diese Weise ihre Fesseln abwerfen.

Nach einigen eher heftigen Auseinandersetzungen mit dem fanzösischen Botschafter und den leitenden Stellen des chinesischen Stadtviertels verschwanden sowohl die Trikolore als auch die rote Fahne mit den fünf Sternen. Die Stadt war nun ausschliesslich beherrscht von der rot-blauen, bzw. der roten Fahne mit dem goldenen Stern, also von den Fahnen der Provisorischen Revolutionsregierung und der Demokratischen Republik Vietnams.
Es wäre ganz falsch, diese Tatsache als Enthüllung antifranzösischer Einstellung zu interpretieren und noch viel falscher, darin eine chinafeindliche Haltung zu sehen, hatte doch gerade die Volksrepublik China einen Teil der Waffen geliefert, mit denen die bewaffneten Streitkräfte des alten Regimes besiegt werden konnten. Sie war vielmehr die Bestätigung der Tatsache, dass zum ersten Mal in 113 Jahren die Vietnamesen die einzigen Herren ihres Landes waren. Die neue Regierung hätte es nicht geduldet, dass auch nur eine einzige ausländische Fahne den Platz der einheimischen Streifen und Sterne einnehmen würde. Diese grosse Wiedergeburt des nationalen vietnamesischen Stolzes zu ignorieren, bedeutet, den Schlüssel zum Verständnis vieler von der PRR eingenommenen Positionen nicht zu beachten. Unter der allgegenwärtigen Parole Ho Chi Minhs: "Nichts ist kostbarer als Unabhängigkeit und Freiheit", die auf riesigen Spruchbändern die Hauptstrassen überspannt, kosten die Vietnamesen das Glück, ihre eigenen Angelegenheiten selber zu verwalten, mit eingeschlossen, Fehler zu machen, für die sie allein verantwortlich zeichnen, zum ersten Mals seit Menschengedenken aus. Das ist das dominante Element in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.

SOWJETISCHE BASEN, CHINESISCHE EINFLÜSSE UND ANDERE UNTERSTELLUNGEN

Mitte September z.B. berichtete eine bekannte amerikanische Wochenzeitung, dass die Sowjetunion starke Anstrengungen unternahm, um den grossen Flottenstützpunkt der Bucht von Cam Ranh, in den die USA bereits 14o Millionen investiert hatten, zu bekommen. Der Artikel äusserte Zweifel, ob die UdSSR erhalten würde, was sie verlangte und zwar aufgrund des "chinesischen Einflusses in dieser Zone". Ich fragte damals eine leitende Persönlichkeit der neuen Regierung, ob an diesem Artikel etwas Wahres dran sei. Seine Reaktion war ein Gemisch von Belustigung und Entrüstung. Belustigung deshalb, weil, wie er hervorstrich, der Artikel 12 des bei der Gründung der PRR im Juni 1969 angenommenen Programms jede beliebige Regierung, an der die PRR teilnehmen würde, verpflichtete, "sich jeglicher Teilnahme an irgendwelchen militärischen Bündnissen zu enthalten, nicht zu erlauben, dass irgendein fremdes Land Militärbasen in Südvietnam errichten würde; keinerlei Schutzherrschaft irgend eines Landes oder eines militärischen Bündnisses anzuerkennen." Somit war es indiskutabel, dass die Sowjetunion oder eine andere ausländische Macht Militärbasen erhalten würde. Er druckte seine Entrüstung aus angesichts der Unterstellung, dass der "chinesische Einfluss" oder der Einfluss irgendeiner anderen ausländischen Macht die Politik der eigenen Regierung bestimmen könnte.

"Das ist die politische Linie, die wir aus freien Stükken gewählt haben, als das Programm der nationalen Befreiungsfront aufgestellt wurde, welches nun im Aktionsprogramm der PRR enthalten ist und aufgrund unserer Unnachgibigkeit auch dem Pariser Abkommen beigefügt werden konnte", sagte er.

Der Status Südvietnams als neutraler, unabhängiger und souveräner Staat, der klar in die Gemeinschaft der Blockfreien eingeordnet ist, ist eine Frage, der die neue Regierung des Landes grosse Aufmerksamkeit widmet. Er wird in dieser oder jener Art immer wieder hervorgestrichen.

Auf der Konferenz von Lima folgte die DRV, zum grossen Erstaunen vieler, die Nordvietnam fest in das "sozialistische" Lager integriert glaubten, dem vorangegangenen Beispiel der PRR und ersuchte erfolgreich um die Aufnahme in die "Familie" der Blockfreien.

Diese Tendenz, die aussenpolitischen Entscheidungen von Nord- und Südvietnam zu vereinheitlichen, scheint in Widerspruch zu stehen mit dem Gesuch, getrennte Vertretungen in der UNO zu haben (angenommen von der Vollversammlung am 21. September mit 123 Pro-, keinen Gegenstimmen und 9 Enthaltungen, darunter die USA) und mit den Anstrengungen Südvietnams, die grösstmögliche Zahl diplomatischer Vertretungen zu erhalten – Initiativen, die unvermeidlich die Wiedervereinigung des Landes hinausschieben. Es

...nesen Herren ihres Landes

gibt sehr viele Zweideutigkeiten bezüglich dieser Sache. Am Telegrammschalter des Hauptpostamtes in Saigon gibt es separate Schalter für inländische und internationale Telegramme. Um ein Telegramm nach Hanoi zu schikken, muss man zum internationalen Schalter gehen und zahlt denselben Tarif wie nach irgend einem anderen Bestimmungsort in Südvietnam. Auch die Postgebühren sind dieselben nach Hanoi und nach My Tho am Mekongdelta oder nach einem anderen Teil Nord- und Südvietnams. Als die PRR am 21. September eine neue Währung für Südvietnam einführte, war es weder der Piaster vom Süden noch der Dong vom Norden. Diese Widersprüchlichkeiten erklären sich nur durch den Begriff der "stufenweisen" Wiedervereinigung, der sich im vorhin zitierten Programm der PRR findet und auch in das Pariser Abkommen aufgenommen wurde.

Es gibt eine einzige Regierungspartei, denn die revolutionäre (kommunistische) Volkspartei des Südens war immer bereits ein Teil der nördlichen Lao Dong (der Arbeiter); es gibt ein einziges Heer, denn die bewaffneten Befreiungsstreitkräfte des Südens sind in ein einziges Heer des vietnamesischen Volkes integriert; es wird sicherlich einen einzigen Organismus für die wirtschaftliche Planung für den Norden und Süden geben, aber es gibt zwei getrennte Verwaltungen, eine, um den Sozialismus im Norden aufzubauen, die andere, um das zu realisieren, was man im Süden nationaldemokratische Revolution nennt.

Vielleicht wird die vollständige Wiedervereinigung nicht stattfinden können, bis die ökonomisch-soziale Struktur des Südens sich nicht noch viel stärker an die des Nordens angenähert hat und bis die Verbindungen und Beziehungen nicht in einem solchen Mass wiederhergestellt sind, dass Handel und Nord-Südverkehr erleichtert sind.

Wilfried Burchett

(aus "quotodiano dei lavoratori", unautorisierte, gekürzte Übersetzung)

Vietnam bald wieder vereinigt !

In der Woche vom 16. bis 22.November fand in Saigon-Ho Chi Minh Stadt eine Konferenz von Delegationen Nord- und Südvietnams über die Vereinigung beider Landesteile statt.
Beide Delegationen haben Übereinstimmung erzielt bei der Einschätzung der jeweiligen Besonderheiten beider Regionen. Huu Tho betonte, die Wiedervereinigung in einem unabhängigen, friedlichen und sozialistischen Vietnam entspreche den Wünschen und der Begeisterung der gesamten vietnamesischen Bevölkerung.
Für das Frühjahr 1976 sind allgemeine und geheime Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung im ganzen Land vorgesehen.
Die Bildung einer Zentralregierung, die Auswahl einer gemeinsamen Hauptstadt und die Ernennung verschiedener Körperschaften zur einheitlichen Verwaltung des Landes wurden als weitere Phasen der Wiedervereinigung bestimmt. Im Kommuniqué der Konferenz wird dazu festgestellt:
Der Schlüsselpunkt beim Abschluß der Wiedervereinigung der Heimat ist die Wiedervereinigung auf staatlicher Ebene. Dies ist die Hauptvoraussetzung für einen schnellen, sicheren und stabilen Aufbau des Sozialismus im ganzen Lande." Weiters wurde der Zusammenschluß der Befreiungsfront des Südens (FNL) mit der entsprechenden politischen Massenorganisation des Nordens, der patriotischen Front, festgelegt.
Damit steht das vietnamesische Volk nach 100 Jahren kolonialer Unterdrückung und 20 Jahren Teilung des Landes vor der endgültigen Verwirklichung ihrer unerschütterlichen Ziele die Ho chi Minh in den Worten ausdrückte: "Es gibt ncihts Wertvolleres als Unabhängigkeit und Freiheit." "Vietnam ist eins. Die vietnamesische Nation ist einheitlich. Flüsse können versiegen. Berge können ausgehöhlt werden, diese Wahrheit jedoch ist immer gültig."
Diese Ziele waren immer unmißverständlich und gleichbleibend Grundlage der Politik der Befreiungsbewegung und Nordvietnams. Sie finden sich in all ihren Dokumenten und wenn die imperialistischen Aggressionsmächte, die Franzosen und die USA, aufgrund ihrer Niederlagen zu Verhandlungen gezwungen waren, mußten sie in den Verträgen diese Ziele Wort für Wort anerkennen. So erfolgte nach der Niederlage der Franzosen in den Genfer Verträgen 1954 die Teilung des Landes ausdrücklich provisorisch zum Zweck der Trennung der kriegsführenden Parteien mit der Auflage auf grundlage allgemeiner Wahlen 1956 das Land zu vereinigen. Das versuchten anschließend die US-Imperialisten durch einen 20-jährigen Krieg durch schwere Verwüstung weiter Landstriche des Südens und des Nordens gegen den Willen des Volkes zu verhindern.
Aber durch den entschlossenen Kampf des vietnamesischen Volkes gezwungen, mußte die USA im Pariser Friedensabkommen 1973 unterschreiben:
"Artikel 1: Die Vereinigten Staaten und alle anderen Länder respektieren die Unabhängigkeit, Souverintät, Einheit und territoriale Integrität Vietnams, wie sie in den Genfer Abkommen über Vietnam von 1954 anerkannt wurden", und weder millionenstarke Söldnerarmeen noch Milliarden Dollar und Waffenberge konnten ihre endgültige Niederlage abwenden.
Die jetzige Wiedervereinigung ist die Verwirklichung jahrzehntelanger Forderungen und Wünsche des Volkes von Vietnam, nachdem das grundlegende Hindernis - die Einmischung des amerikanischen Imperialismus - beseitigt ist.

K.P.

Kambodscha ist ein riesiger Arbeitsplatz geworden

(Auszüge aus einem Interview mit Ieng Sary, stellvertretender Ministerpräsident, in "Newsweek", 8.9.75)

Wir ahmen niemanden nach

Warum haben ihre Streitkräfte nach der Einnahme von Phnom Penh am 17. April die Bevölkerung aus der Stadt evakuiert?

Ieng Sary: *Dafür gibt es zwei Gründe. Der erste war das Ernährungsproblem wir haben geglaubt, daß in Phnom Penh 2 Millionen Menschen leben, aber als wir in die Stadt kamen haben wir entdeckt, daß es 3 Millionen waren. Die USA hatten vorher jeden Monat 30.000 bis 40.000 Tonnen Nahrungsmittel nach Phnom Penh bringen lassen. Wir hatten keine ausreichenden Transportmittel, um Nahrungsmittel in die Hauptstadt bringen zu lassen. Deshalb mußte das Volk dort hingehen, wo es Nahrung gab. Und wir wollen ihm diese Nahrung in voller Unabhängigkeit und in Würde geben, ohne irgendein Land um Hilfe zu bitten.*

Welches ist der zweite Grund?

Ieng Sary: *Wir haben ein detailliertes Dokument über einen politisch-militärischen Geheimplan der CIA der USA und des besiegten Regimes von Lon Nol entdeckt. Dieser Plan hatte das Ziel, nach unserem Sieg Verwirrung zu stiften. Dieser Plan beinhaltete drei Punkte: 1. Wenn wir nicht in der Lage gewesen wären, das Problem der Verpflegung der Bevölkerung zu lösen, hätten sie mit Hilfe von unter das Volk gemischten Agenten Unruhen geschaffen; 2. Viele Soldaten von Lon Nol, die die weiße Fahne gehißt hatten, haben in Wirklichkeit ihre Waffen versteckt. Sie hatten die Absicht, uns nach der Einnahme von Phnom Penh anzugreifen; 3. Sie hatten geplant, unsere Truppen zu korrumpieren und ihren Kampfgeist zu schwächen, wozu sie die Prostituierten, Alkohol und Geld benutzen wollten.*

Ist Phnom Penh immer noch ohne Bevölkerung?

Ieng Sary: *Nein, ungefähr 100 000 Menschen sind zurückgekehrt, und weitere werden nach und nach zurückkehren. Die Schulen, Krankenhäuser und Betriebe haben nach und nach ihre Tätigkeit wiederaufgenommen. Die Leute können nach Phnom Penh zurückkehren, wenn sie den Wunsch haben oder auch auf dem Lande bleiben. Unser ganzes Volk arbeitet Tag und Nacht, um das Land wiederaufzubauen. Kambodscha ist ein riesiger Arbeitsplatz geworden.*



Haben Sie das Ernährungsproblem gelöst?

Ieng Sary: *Es gibt genug, um das Volk zu nähren. Es ist kein Überfluß, aber es ist ausreichend. Und es gibt allen Grund, eine gute Reisernte zu erwarten.*

Wie ›wird alles noch anders werden‹ ?

Derzeit führen die "Komödianten im Künstlerhaus" Brechts "Die Mutter" nach dem Roman von Maxim Gorki auf. Das Stück umfasst den Zeitraum von 19o5 bis zum Februar 1917. Es ist ein Lehrstück, d.h. es zeigt anhand der Arbeiterfrau Pelagea Wlassowa erstens die Entwicklung der in alten Vorurteilen befangenen Frau zur Bolschewikin, und zweitens die Geschichte der sozialen Revolution in dieser Etappe. Die Verteidigung des Lohns, der Kampf um das Teewasser und um die Macht im Staat wird an Beispielen deutlich.

Wir sehen die Agitation unter den Arbeitern, Bauern, und auch unter den Intellektuellen. Der Kampf gegen Analphabetentum, gegen Versöhnung mit den Kapitalisten und ihrem Staat, gegen Religion als "Opium des Volkes", die Unentbehrlichkeit jedes Einzelnen, jedes "Maulwurfs der Revolution" stellt sich ebenso dar wie die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiter, und dass sie die führende revolutionäre Klasse sind, dass ihre höchste Klassenvereinigung ihr Kampfstab ist - die Partei.

Es ist ein ausgezeichnetes Stück, um auch auf dem Sektor des Theaters den Kommunismus zu propagieren... Denn "*er ist vernünftig. Jeder versteht ihn. Du bist doch kein Ausbeuter, du kannst ihn begreifen. Die Dummköpfe nennen ihn dumm und die Schmutzigen nennen ihn schmutzig.... Er ist das Einfache, das schwer zu machen ist (Brecht, Die Mutter)*".

Brecht schrieb das Stück 1931, es wurde am 12. Jahrestag des Todes von Rosa Luxemburg uraufgeführt. Es war ein aktuelles Stück, das direkt Antwort gab auf die Situation der deutschen Arbeiterklasse. Die Wirtschaft war in der schwersten Krise seit dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium. Das Finanzkapital war drauf und dran, sich mit Faschismus und Krieg den Ausweg für die Krise zu bahnen und wollte so auch der Revolution zuvorkommen. Die deutsche Arbeiterklasse kämpfte eine Abwehrschlacht gegen die Offensiven des Grosskapitals. Sie war in zwei Parteien gespalten, deren eine, die SPD, auf Versöhnung mit dem Kapital ausgerichtet war, deren andere, die KPD, einen zähen Kampf für die Einheit der Klasse gegen ihre Todfeinde führte. Die KPD war eine echte Massenpartei, aber sie war 1932 in grosser Gefahr (ein Jahr später wurde sie und alle Errungenschaften der Arbeiterklasse vom Faschismus zerschlagen).

In diese Situation griff das Stück ein und bewies lebendig die Notwendigkeit, die Partei wie einen Augapfel zu beschützen, damit durch sie die Einheit der Klasse hergestellt werde.

Heute, 58 Jahre nach der Oktoberrevolution, 43 Jahre nach der Uraufführung des Stückes, ist es in seiner allgemeinen Aussage gültig wie am ersten Tag. Folgendes aber hat sich verändert: Das Bewusstsein von der Oktoberrevolution ist in Österreich weitgehend verschüttet. 5o Jahre Antikommunismus und Reformismus haben trotz der objektiven Fortschritte der Revolution in der Welt ihre Wirkung erzielt. Die Sowjetunion ist kein Arbeiterstaat mehr, Lohndrückerei, verstärkte Arbeitshetze und Abschaffung so gut wie aller politischen Freiheiten für die Arbeiterklasse kennzeichnen heute die Lage.

Viele Leute zweifeln nun daran, dass eine Partei der Arbeiterklasse notwendig ist. Sie sagen: "Wenn so eine Partei zur Macht kommt, hört sie nicht mehr auf uns. Statt für die Arbeiter zu kämpfen, entfernt sie sich von ihnen und unterdrückt sie." Tatsächlich sind diese Ansichten nicht aus der Luft gegriffen. Die Geschichte des Reformismus (die Sozialdemokratie von Scheidemann bis Schmidt, von Renner bis Kreisky) und des modernen Revisionismus scheinen diese Ansichten zu bestätigen. Die Entwicklung revolutionärer Parteien zu bürgerlichen erfolgte aber nicht zwangsläufig sondern hatte konkrete Gründe, auf die im Rahmen dieses Artikels nicht näher eingegangen werden kann.

Ausserdem meinen viele, dass eine Partei, die als Vorhut der Klasse diese im Klassenkampf führt, heute nicht mehr notwendig ist. Sie sagen: "Das gilt vielleicht für Russland und gilt möglicherweise für China. Uns aber ist es doch noch nie so gut gegangen wie heute. Der Kommunismus ist etwas für arme Länder".

Deshalb müssen wir zeigen, dass die Grundlage dieser Gesellschaft und die Grundlage aller ihrer Misstände nach wie vor die Ausbeutung der Arbeiter ist. Deshalb müssen wir zeigen, warum die Arbeiterklasse heute nach wie vor eine kommunistische Partei braucht. Wir müssen zeigen, dass die höchste Form der Klasseneinheit der Arbeiter ist. Wir müssen beweisen, dass die Kommunisten keine von der Arbeiterklasse unterschiedlichen Interessen haben, weil sie wissen, dass das Volk führen kann im Kampf für die vollständige Befreiung des Menschen von der Ausbeutung durch den Menschen.



Was bedeutet es also, wenn dieses Stück ohne Stellungnahme zur jetzigen Klassenkampfsituation in nahezu klassischer Perfektheit das Lied von der proletarischen Mutter singt, und als Kampf der russischen Arbeiter vor mehr als 6o Jahren 1975 aufgeführt wird? Es bedeutet zu historisieren, Geschichtsunterricht theatralisch zu erteilen. In dieser klassischen Aufführung haben uns "Die Komödianten" gelehrt, Brecht - mit den fortgeschrittensten Theatertechniken - wie Schiller zu spielen. Auch Schiller hatte seinerzeit mit den Mitteln des Theaters Stellung genommen zu den Nöten seiner Klasse, der zur Macht sowohl kriechenden als auch stürmenden Bourgeoisie.

Kein Wunder, dass etwa ein sozialdemokratischer Funktionär sich die Hände heiss klatscht zur Aufführung und nachher (und vorher) uns Kommunisten sagt: Wie, was? Ihr wollt in Österreich heute eine Partei, die damals in Russland erfolgreich war? Ihr Schematiker, ihr Chaoten! Ist es denn den Arbeitern jemals so gut gegangen wie heute?

Die Genossen und fortschrittlichen Menschen bei "den Komödianten" haben indirekt Stellung bezogen. Indem sie bewusst auf eine Bearbeitung verzichten, die eingreift in die heutige, konkrete, besondere Klassenkampfsituation, insbesondere in die Frage des Parteiaufbaues. Es hat ihnen genügt, eine Aufführung zu schaffen, die niemand mit einer nebulosen Linksheit in seinem Gemüt weht tut. Eine Aufführung, die sich würdig einreiht in die grossen "Mutter"-Aufführungen einer Weigel und einer Giehse. Das hat alle Kritik in den hiesigen Zeitungen ihnen auch bestätigt. Und ob nun die Genossin Ilse Scheer die Mutter spielt oder die Mary Stuart, sie beweist in jedem Fall, was für eine grossartige Schauspielerin sie doch ist. "Die Mutter" aber ist ein Stück, das davon lebt einzugreifen. Das galt 1932 und das gilt heute.

"Die Komödianten" wollen vielleicht nicht Position beziehen, ob jetzt die Arbeiterklasse eine kommunistische Partei braucht, um an die soziale Revolution heranzukommen.... Entweder wollen die Komödianten heute so eine Partei gar nicht mehr, oder sie wollen nur ganz einfach Theater spielen, sodass ihre fortschrittliche Gesinnung sie höchstens dazu bringt, statt der Mary Stuart "Die Mutter" zu spielen. Es läuft sich auf eins hinaus: Wenn sie es so machen wie derzeit im Künstlerhaus, werden die Aufgaben und Ziele der Arbeiterklasse ganz einfach zum Theater, statt dass die Aufgaben des Theaters mit seinen Mitteln zu flankierenden Massnahmen werden, um die Arbeiterklasse in ihren Kämpfen um ihre Ziele zu unterstützen.

Dennoch ist es sehr gut, wenn Stücke wie "Die Mutter" aufgeführt werden, ob nun von den "Komödianten" oder von anderen Ensembles. Fortschrittliche Menschen, Leute, die mit dem Kommunismus sympathisieren und alle, die in der einen oder anderen Weise über die Misstände dieser Gesellschaft empört sind, erhalten durch solche Stücke Denkanstösse. Solche Stücke steigern in einem gewissen Ausmass die Bereitschaft, sich mit der Notwendigkeit des Kommunismus gerade heute auseinanderzusetzen. Deswegen sollte jeder hingehen und sich das Stück anschauen.

Wir, die wir für den Kommunismus kämpfen, werden durch so ein Stück auf eine gute Weise ermutigt. Wir können auch im Theater die Lehre ziehen, dass im Auf und Ab des Tageskampfes die Wahrheit auf unserer Seite ist. Ihr zum Durchbruch zu verhelfen, ist unsere ständige Tätigkeit.

R. Sch.

Benya-Formel: Nichts Gutes für die Arbeiterklasse

Lohn und Krise

Seit Wochen ist ein heftiges Kesseltreiben gegen die Löhne und Gehälter im Gange. Von vorne greifen die Kapitalistenklasse und der bürgerliche Staat an, von hinten die Gewerkschaftsführer. Auf einer Versammlung der Tintenkulis der Bourgeoisie, auch Pressekonferenz genannt, bezeichnete der Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer, Mussil, das Ziel des Angriffes: Die Lohnpolitik müsse sich dem Rückgang des Bruttonationalproduktes anpassen, sagte er laut "Presse" vom 14.11.1975. Die sogenannte Benya-Formel sei eben keine Schönwetterformel. Wenn man diese nämlich bei positiven Wachstumsraten zur Inflationsrate addiere, so müsse das gleiche bei Raten mit negativen Vorzeichen geschehen, sagt der Kapitalisten-General.

Was ergibt diese Anwendung der Benya-Formel? 8,5 % Teuerungsrate minus 3 % ergibt eine Lohnerhöhung von 5,5 %! Das wäre d i e Anpassung der Lohnpolitik, die den Kapitalisten am besten passen würde. So feierte das Unternehmerblatt "Die Wirtschaft" den Lohnraubabschluss in der papierverarbeitenden Industrie (7,9 % Istlohnerhöhung) mit schlecht verhehlter Freude als einen "relativen Erfolg".

Bei der Mitgliederversammlung der Industriellenvereinigung Mitte November meldete Igler, der Präsident dieses mächtigen Kapitalistenverbandes, ein weitgehendes Entgegenkommen der "Sozialpartner", also der Gewerkschaftsführer. "Anzeichen der Besonnenheit an der Spitze des Sozialpartners" könnten dazu führen, so sagte er laut Pressedienst der Industrie vom 13.11.1975, "dass die Lohnverhandlungen im Geiste des Realismus und der Anpassung an eine schrumpfende Wirtschaft geführt werden".

Realismus=Reallohnsenkung

Darauf wollen auch die bürgerlichen Gewerkschaftsführer die Lohnabhängigen festlegen. In der Dezembernummer der "Solidarität" erklärte ÖGB-Präsident Benya, dass jetzt "besonders verantwortungsbewusst vorgegangen werden" müsse. Das heisst, "dass wir mit den nominellen Zuwachsraten bei den Lohn- und Gehaltsbewegungen schrittweise zurückgehen müssen, und dieser Prozess ist ja im Gange".

Eine Reallohnsenkung soll in der gegenwärtigen Lohnrunde durchgedrückt werden. Und in den kommenden Jahren sollen - wie Benya in der gleichen Nummer der "Solidarität" andeutete - die Lohnabhängigen eine weitere Senkung ihres Lebensstandards hinnehmen, "wenn wir weiterhin eine gesunde Gesellschaftsordnung, möglichst wenig soziale Spannungen und möglichst viel Gleichheit in unserem Land haben wollen." Auf der erwähnten Pressekonferenz warnte Mussil: "Jedes Zuviel an Lohnerhöhungen geht den Gewerkschaften in der Menge der Arbeitsplätze verloren". Indem man die Lohnabhängigen vor die scheinbar einleuchtende Alternative stellt: Entweder Lohnsenkung oder Arbeitslosigkeit!, will man sie wehrlos machen gegenüber den Angriffen des Kapitals. Die Bourgeoisie will den Lohnabhängigen einreden, dass sie gleichsam das Schicksal der Wirtschaft in Händen halten. Wenn sie die Senkung ihres Lebensstandards hinnehmen, dann wird sich das Kapital schon wieder aus der Krise herauswurschteln. Dann kann ein hohes Beschäftigungsniveau gesichert werden, wie die Regierung immer wieder beteuert.

7 fette Jahre für das Kapital

Gehen wir diesen Behauptungen auf den Grund, fragen wir einmal, wie denn diese laut Benya so famos "gesunde" Gesellschaftordnung überhaupt in die Krise gekommen ist. Die vergangenen sieben Jahre waren fette Jahre für das Kapital, Jahre, wie sie das Kapital schon lange nicht mehr erlebt hatte. Die Kapitalisten haben in dieser Periode die Produktion kolossal ausgedehnt. Die Investitionen wuchsen nahezu um das Doppelte. In den fetten Jahren machten die Investitionen fast ein Drittel des Sozialproduktes aus. Dieser enorm hohe Anteil wurde unter allen hochentwickelten kapitalistischen Staaten nur noch von Japan erreicht!

Hinter dieser enormen Ausweitung der Produktion blieb die Konsumtion - die Menge an Waren, die die breiten Massen für die Fristung ihres Lebens kaufen konnten - weit zurück. 1967 nahm die Konsumtion nur noch in dem bescheidenen Ausmass zu wie im Krisenjahr 19 7!

Warum blieb das Wachstum der Konsumtion zurück? Weil die Kapitalisten die Löhne und Gehälter so niedrig als möglich hielten. Die Kapitalisten müssen die Löhne und Gehälter so niedrig als möglich halten, weil sie möglichst hohe Profite machen müssen. Sie müssen steigende Profite machen, wenn sie sich in der Konkurrenz behaupten wollen.

Zwar stiegen auch die Löhne. Aber selbst nach den offiziellen Angaben des Statistischen Zentralamtes stiegen die Profite bei weitem rascher als die Löhne. Was ging aber den Lohnerhöhungen nicht alles voraus? Die Teuerung, die sich von Jahr zu Jahr beschleunigte. Die Intensivierung der Arbeit, durch die die Arbeiter gezwungen wurden, immer mehr körperliche und geistige Kräfte zu verausgaben.

Es kann aber nur eine Zeitlang gut gehen, wenn sich die Produktion immer mehr von der Konsumtion entfernt (siehe Tabelle). Die Konsumgüterindustrie ist dann schliesslich gezwungen, ihre Investitionen einzuschränken. Dadurch aber können die Erzeuger von Produktionsmitteln weniger absetzen, weshalb sie die Produktion einschränken und Arbeiter abbauen. Das hat wieder Auswirkungen auf die Hersteller von Konsumgütern. Diese schränken die Produktion ein und investieren noch weniger. Das betrifft wiederum die Produktionsmittelindustrie usw. usw. Die ach so "gesunde" kapitalistische Wirtschaft gerät in die Krise, sie wird erschüttert von einer unausrottbaren kapitalistischen Krankheit, die Überproduktion heisst.

Krise hinausgezögert

Die österreichischen Kapitalisten konnten den Eintritt der Krise etwas hinauszögern. Infolge der relativ niedrigen Löhne, infolge der enormen Ausdehnung der Überstundenschinderei konnten sie vor allem in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres ihre Exporte kräftig steigern. Als sich aber die Krise in den anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern vertiefte, stiess die Ausdehnung der Exporte auf eine unüberwindliche Schranke. Die Exporte begannen zu schrumpfen - die Überproduktion wurde somit auch in Österreich wirksam.

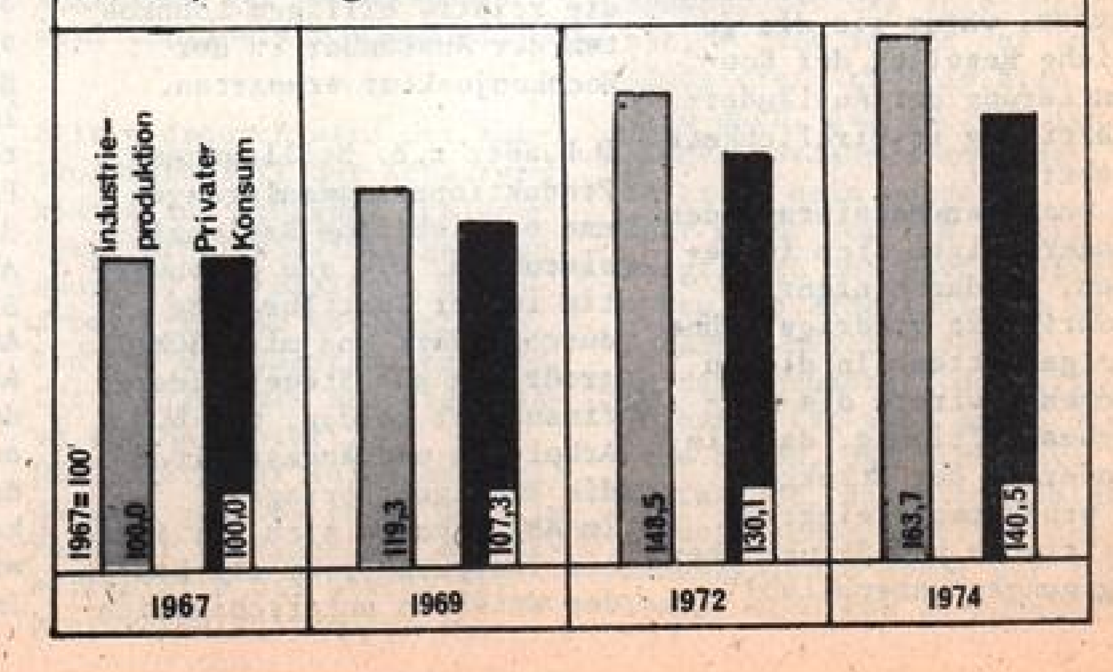
Die Kapitalisten blieben auf ihren Lagern sitzen, die Produktion begann zu schrumpfen, die Profite sinken, die heilige Kuh des Kapitals leidet also an Schwindsucht. Das Kapital ist in der Krise!

Von den Kapitalisten über die Gewerkschaftsführer bis zur Regierung zerbricht sich nun alles den Kopf, wie das Kapital aus der Krise herausgelangen könne. Lohnkürzung! rufen sie nun alle. Lohnkürzung! - das hilft, das nützt uns allen, den Arbeitern ebenso wie den Unternehmern! Dann werden die Profite wieder steigen, dann sind wir fein heraus.

Lohnkürzung bedeutet Steigerung der Profite. Dadurch könnte es zu einem Aufschwung kommen. Aber: Ein solcher Aufschwung kann nur von kurzer Dauer sein! Warum? Weil durch die Lohnsenkung die breiten Massen noch weniger Konsumtionsmittel kaufen können. Die Konsumgüterindustrie muss daher ihre Produktion noch mehr einschränken. (Sie mag versuchen, ihren Überschuss im Ausland zu verkaufen. Da aber in den anderen kapitalistischen Ländern die Löhne ebenfalls gesenkt werden, geht auch dort die Nachfrage nach Konsumtionsmitteln zurück. Das heisst, die Konsumgüterproduzenten werden im Ausland ebensowenig Glück haben wie im Inland). Die Kapitalisten der Produktionsmittelindustrie mögen im Taumel der Begeisterung über die wieder steigenden Gewinne die Produktion ausgedehnt haben. Die Einschränkung der Produktion in der Konsumgüterindustrie und damit die Verminderung der Nachfrage nach Rohstoffen, Werkzeugen, Maschinen usw. wird sie hart treffen.

Industrieproduktion und privater Konsum:

Anhand der Entwicklung in Österreich im Laufe der letzten 7 Jahre kann man sehen, wie der private Konsum mit einer Steigerung von 40,5% hinter der Steigerung der Industrieproduktion um 63,7% im gleichen Zeitraum zurückblieb.



Sie müssen ebenfals einschränken. Die Produktion wird schliesslich in allen Branchen noch stärker sinken. Die Profite werden noch stärker von der Schwindsucht ergriffen werden. Das Kapital gerät noch tiefer in die Krise.

«Massenkaufkraft» der KPÖ eine Seifenblase

Eine andere, aber nichts desto weniger ebenso bürgerliche Antwort auf die jetzige Situation gibt die KPÖ. Lohnkürzung - das ist eine ganz und gar verfehlte Wirtschaftspolitik!, rufen die KPÖ-Führer. Man muss die Löhne erhöhen, damit die Massenkaufkraft steigt. Dann kommen wir wieder aus dem Schlamassel heraus.
Dem Konsumgüterproduzenten, einem Möbelfabrikanten zum Beispiel, könnte die Steigerung der Massenkaufkraft nur recht sein. Gut, denkt er sich, wenn die anderen Kapitalisten die Löhne erhöhen, dann kann ich mehr Möbel verkaufen. Ich selbst kann natürlich die Löhne meiner Arbeiter nicht erhöhen, da würde ja mein Profit sinken. Und wie unser Möbelfabrikant so denken alle Kapitalisten. Sie stemmen sich mit aller Kraft gegen Lohnerhöhungen. Sie tun das nicht aus Unverstand, sondern weil sie müssen. Wer bei der Profitmacherei nicht mithalten kann, der geht unter. Die Profitmacherei aber ist es ja gerade, die immer wieder zur Überproduktion führt. In allen kapitalistischen Ländern versucht das Kapital, durch Lohnkürzung, durch Verstärkung der Antreiberei usw. wieder aus der Krise herauszukommen. Wie wir gesehen haben, wird die Krise dadurch nicht gelöst. Gelöst wird sie nur durch einen gewaltsamen Prozess: Durch die massenhafte Vernichtung von Kapital. Maschinen, Werkshallen, ganze Fabriken werden stillgelegt, die kleineren Kapitalisten werden ruiniert, mit Haut und Haar gefressen von den grossen. Nur durch diesen gewaltsamen Ausgleich können Produktion und Verwertungsbedürfnis des Kapitals, die Profitmacherei, wieder miteinander in Einklang gebracht werden.
Für die Arbeiter und alle übrigen Lohnabhängigen bedeutet das: Lohnkürzung und Arbeitslosigkeit. Infolge der Produktionseinschränkungen, infolge der Stillegung von Anlagen und Fabriken entsteht ein wachsendes Arbeitslosenheer. Vermehrt wird diese Reservearmee noch durch die Rationalisierung, auf die sich die Kapitalisten in der Krise noch stärker werfen als in Zeiten des Wachstums. Das anwachsende Arbeitslosenheer drückt die Löhne noch weiter hinunter. Im Gegensatz zu früheren Krisen reichten in der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1933 auch die kolossale Lohndrückerei, die massenhafte Entwertung und Vernichtung von Kapital für einen neuerlichen Wirtschaftsaufschwung nicht mehr aus. Die kaptitalistische Wirtschaft wurde erst wieder in Gang gesetzt durch die Produktion für den Krieg, für einen Krieg, in dem die imperialistischen Mächte um die Neuaufteilung der Welt kämpften. Die enorme Vernichtung von Kapital während des Zweiten Weltkrieges schuf dann wieder die Voraussetzung für einen abermaligen Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft.
Heute befindet sich das Kapital in der tiefsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Es ist der grundlegende Widerspruch des Kapitalismus, der Gegensatz zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung, der immer wieder zu Krisen führt und damit zu Not, Elend, Arbeitslosigkeit und Krieg. Nur durch den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung können Krisen ein für allemal beseitigt werden. Einen anderen Weg zur Verhinderung von Krisen gibt es nicht.

Kraft für den Sturz der Ausbeuterordnung

Damit die Arbeiterklasse dieses Ziel, den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, erreichen kann, muss sie sich lösen vom Einfluss der Bourgeoisie, muss sie ihre Einheit herstellen und die nötigen Kräfte sammeln. Ein wichtiger Frontabschnitt in diesem Kampf gegen das Kapital und seinen Staat ist der Kampf um den Lohn.
Wenn wir heute sagen, dass die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen eine Erhöhung ihrer Reallöhne brauchen, so tun wir das natürlich nicht deswegen, weil wir der Meinung sind, dass durch Lohnerhöhungen die Krise gelöst werden könnte. Den Kampf um den Schilling wie auch den Kampf um alle anderen ökonomischen und gewerkschaftlichen Forderungen muss die Arbeiterklasse gerade auch in der Krise führen, damit sie nicht vollendshinabgedrückt, damit sie nicht demoralisiert, geistig gebrochen und körperlich ruiniert wird. Wie könnte denn jemals eine völlig demoralisierte Masse für den Sozialismus kämpfen?
In diesen Kämpfen sammeln die Arbeiter wichtige Erfahrungen, die sie brauchen, um ihre Lage besser zu begreifen. Sie sammeln darin Kraft. Braucht doch die Arbeiterklasse für den Sturz der Ausbeuterordnung enorme Kräfte.
In diesem Sinne verstehen wir den Kampf für Lohnerhöhungen ebenso wie den Kampf um alle anderen Forderungen der Arbeiterklasse nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck: Für die Befreiung der Arbeit von der kapitalistischen Knechtschaft. F.S.

Wie wir bereits vor einiger Zeit berichteten, gelang es einigen Kollegen, unter den Angestellten der Zivilingenieurbüros eine Arbeitsgruppe zu organisieren, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Interessen der Werktätigen in Planung und Technik zu untersuchen. In der Folge war für sie immer klarer die Notwendigkeit der Organisierung des gewerkschaftlichen Kampfes um ihre materiellen und sozialen Interessen geworden. Dabei war es ihnen auch gelungen, im Zuge der Verhandlungen um die neuen KV-Abschlüsse Kollegen zu organisieren und auch Forderungen zu den Verhandlungen aufzustellen. Diese wurden dann auch von dem gewerkschaftlichen Verhandlungskomitee als Grundlage ihrer Forderungen an die Ingenieurkammer genommen.

Der hier abgedruckte Bericht eines Kollegen soll auch noch aufzeigen, welche Perspektiven im Kampf um eine Sicherung des Lebensniveaus auch nach Ablehnung der Forderungen durch die Unternehmer vorhanden sind. Ob es richtig ist, einfach mit den Forderungen runter zu gehen, wie es die Klassenversöhnler aller Schattierungen predigen, oder ob man alles daransetzen muss, immer mehr Kollegen für den Kampf zu gewinnen und wie dadurch erst die Kraft entstehen kann, die notwendig sein wird, um sich gegen die Unternehmer erfolgreich zur Wehr zu setzen. -Red.-

KV-Verhandlungen bei Angestellten der Zivilingenieurbüros

Für eine ausreichende Erhöhung!

Die erste Runde der KV-Verhandlungen bei den Zivilingenieurskammer stellte die Ingenieurskammer vor eine neue Situation: Erstens durch den Inhalt des Forderungsprogrammes und zweitens durch die Grösse und Zusammensetzung des gewerkschaftlichen Verhandlungskomitees (6 Betriebsräte, 5 Mitglieder der Arbeitsgruppe Werktätige in Planung und Technik und 2 Gewerkschaftssekretäre).
Die Ingenieurkammer hatte offensichtlich nicht damit gerechnet, dass die Forderungen zum neuen Kollektivvertrag aus dem Lager der Lohnabhängigen und in der Branche Tätigen, sondern, wie ihre Kommentare und Hetzorgien in "Konstruktiv", ihrem Unternehmerorgan, bewiesen, "von einigen Scharfmachern in der Gewerkschaft" aufgestellt, "die die Verhältnisse in den Büros doch nicht so genau kennen" und die "von aussen in eine sich nahtlos und natürlich vollziehende Sozialentwicklung (natürlich deshalb, weil sie im Konkurrenzkampf erfolgt) mit unnotwendig übertriebenen Forderungen beeinflussen wollen, die nur zur Vergiftung der Atmosphäre beitragen können und unter Umständen sogar als existenzbedrohend angesehen werden können." So etwas kann doch unmöglich aus den "eigenen Reihen" kommen!
Ausserdem merkte man an manchen wehmütigen Reminiszenzen während der Verhandlung, dass die bisherigen KV-Verhandlungen eher partnerschaftliche Packeleien unter Kollegen als das Aufstellen und Vertreten von notwendigen Forderungen von Seiten der Lohnabhängigen waren. Gerade an dem Forderungsprogramm und der Reaktion der Ingenieurkammer darauf zeigte sich, dass hier einander entgegenstehende Interessen aufeinanderprallen. In ihrer Argumentation versuchten die Vertreter der Kammer, diese offenen Konfliktpunkte zu verschleiern, den Standpunkt des gewerkschaftlichen Verhandlungskomitees zu verunsichern und die Widersprüche auf eine intellektuelle Ebene zu manövrieren: "Da müssen sie schon besserer Argumente bringen, um uns zu überzeugen! Für uns sind diese Begründungen nicht ausreichend." Mit **solchen Schulmeistermethoden und Einschüchterungsversuchen gelang es ihnen auch, bei einzelnen Komiteemitgliedern Zweifel über die ausreichende und richtige Vorbereitung der Verhandlungsführung zu erzeugen.**

Ein Teil des Verhandlungskomitees ist jedoch der Ansicht, dass auch bei besserer Vorbereitung und Argumentation bzw. Unterstützung durch einen Juristen kein anderes Ergebnis herausgekommen wäre, da es hier um materielle Interessen geht, deren Durchsetzung nicht eine Frage des Verhandelns, Argumentierens und Begründens, sondern eine Frage des Kräfteverhältnisses ist.

Folgende Forderungen wurden abgelehnt:

1. **Teuerungsabgeltung für 18 Monate: S 1.5oo,-- einheitlich für alle auf die Ist-Gehälter.**
2. **Maximal ein freier Mitarbeiter auf je fünf Angestellte.**
3. **Verteilung der normalen Arbeitszeit einvernehmlich mit den Dienstnehmern (wo kein Betriebsrat).**
4. **Nur mehr Überstunden mit 1oo % Abgeltung.**
5. **Zeitausgleich für Überstunden entsprechend der materiellen Abgeltung.**

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE